

Genehmigt: 29.01.2026

Protokoll 20

Stadtratssitzung

Donnerstag, 20.11.2025, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr

Rathaus, Grossratssaal

Für das Wortprotokoll mit Audio beachten Sie unser [Audioprotokoll](#) auf der Website.

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 17:00 bis 19:00 Uhr	3
2024.SR.0254	4
1 Begrüssung und Mitteilungen	
2025.SR.0331	4
2 Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK): Ersatzwahl Vizepräsidium	
2025.SR.0336	5
3 Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK): Ersatzwahl stellvertretendes Mitglied	
2025.SR.0335	5
4 Protokoll Stadtrat 17 vom 16.10.2025; Genehmigung	
2024.SUE.0050	6
5 IN245-001013 (alt: I2500053), Fr. 500 000.00, Abteilung Schutz und Rettung Bern: Beschaffung von zwei Mehrzweckfahrzeugen für die Milizfeuerwehr der Stadt Bern; Kreditabrechnung	
2025.SUE.0031	7
6 Stadtfest 2026: Befreiung von städtischen Gebühren	
2024.SUE.0038	22
7 Ausbildung Angehörige Zivilschutz ZSO Bern plus – Leistungsvertrag mit dem Ausbildungszentrum Bevölkerungsschutz RKZ Spiez 2026 – 2030; Verpflichtungskredit	
2024.SR.0209	23
8 Motion Fraktion SP/JUSO (Chandru Somasundaram, SP/Paula Zysset, JUSO): Finanzielle Hürden bei Einbürgerungen senken; Ablehnung/Annahme Postulat	
2024.SR.0015	31
9 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Bernhard Hess/Thomas Glauser): Auf öffentlich zugänglichen Plätzen, den die Stadt für öffentlich zugängliche Veranstaltungen zur Verfügung stellt (Bsp. «Sternenmärit»), muss weiterhin das Zahlen mit Bargeld möglich sein; Ablehnung	
Schluss der Sitzung: 19.00 Uhr	36
Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 22:40 Uhr	37
2024.SR.0015	38
9 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Bernhard Hess/Thomas Glauser): Auf öffentlich zugänglichen Plätzen, den die Stadt für öffentlich zugängliche	

Veranstaltungen zur Verfügung stellt (Bsp. «Sternenmärit), muss weiterhin das Zahlen mit Bargeld möglich sein; Ablehnung	
2020.FPI.000154	44
20 E3 Zeitmanagement; neues Lizenzmodell und Nachlizenzierung: Investitions- und Verpflichtungskredit	
2018.FPI.000031	44
21 Erwerb von Liegenschaften	
2025.SR.0270	51
22 Dringliche Interpellation: Massiver Mietzinsanstieg nach Sanierung der PVK an der Bahnstrasse	
2024.SR.0300	61
10 Motion Fraktion SP/JUSO (Chandru Somasundaram, SP/Johannes Wartenweiler, SP//Halua Pinto de Magalhães, SP/Ingrid Kissling-Näf, SP): Ausbau der Solarenergie in der Stadt Bern jetzt; Annahme als Richtlinie	
Verschoben und eingereicht.....	68
Schluss der Sitzung: 22.39 Uhr.....	70

Anwesenheit in der Sitzung von 17:00 bis 19:00 Uhr

Stadtrat anwesend

Tom Berger, Präsident

Valentina Achermann
Janina Aeberhard
Nadine Aebischer
Timur Akçasayar
Debora Alder-Gasser
Lena Allenspach
Emanuel Amrein
Mirjam Arn
Oliver Berger
Natalie Bertsch
Gourab Bhowal
Lea Bill
David Böhner
Laura Brechbühler
Michael Burkard
Carola Christen
Laura Curau
Andreas Egli
Nik Eugster
Alexander Feuz
Jelena Filipovic
Dominik Fitze
Seraina Flury
Katharina Gallizzi
Franziska Geiser

Helin Genis
Thomas Glauser
Bernadette Häfliger
Georg Häsler
Bernhard Hess
Dominique Hodel
Thomas Hofstetter
Stephan Ischi
Monique Iseli
Seraphine Iseli
Ueli Jaisli
Bettina Jans-Troxler
Anna Jegher
Raffael Joggi
Nora Joos
Barbara Keller
Ingrid Kissling-Näf
Fuat Köçer
Nora Krummen
Mirjam Läderach
Anna Leissing
Christoph Leuppi
Maurice Lindgren
Nicolas Lutz
Salome Mathys
Esther Meier

Matteo Micieli
Szabolcs Mihályi
Tanja Miljanović
Dominic Nellen
Roger Nyffenegger
Shasime Osmani
Cemal Özçelik
Mehmet Özdemir
Chantal Perriard
Ronja Rennenkampff
Simone Richner
Mirjam Roder
Michael Ruefer
Fabian Rüfenacht
Judith Schenk
Lukas Schnyder
Tobias Sennhauser
Chandru Somasundaram
Michelle Steinemann
Ursula Stöckli
Irina Straubhaar
Johannes Wartenweiler
Lukas Wegmüller
Béatrice Wertli
Janosch Weyermann
Karel Ziehli

Stadtrat entschuldigt

Laura Binz

Corina Liebi

2024.SR.0254

1 Begrüssung und Mitteilungen

Präsident: Es ist Zeit, mit der heutigen Stadtratssitzung zu beginnen. Es ist die zweit-letzte in diesem Jahr, am 20. November. Heute hat es zum ersten Mal geschneit in Bern. Vielleicht ist das auch ein Grund, dass noch nicht ganz so viele da sind. Aber wir sind beschlussfähig und können die Sitzung starten. Wie immer wäre das jetzt der Moment, in dem wir realisieren könnten, dass es Zeit wäre, ruhig zu werden. Merci viel-mals.

Ich gebe euch die Entschuldigungen für die heutigen Sitzungen bekannt. Für beide Sitzungen abgemeldet sind Laura Binz von der SP und Corina Liebi von der Jungen GLP. Für die zweite Sitzung entschuldigt sind Jelena Filipovic vom Grünen Bündnis und Fuat Köçer von der SP. Etwas später kommen Bernadette Häfliger, SP, Michael Ruefer, GFL, und Thomas Glauser, SVP. Ich sage es noch einmal, ich bitte euch, eure Plätze einzunehmen, die Gespräche runterzufahren. Und wenn ihr dringende Gespräche habt, geht bitte raus.

Rücktritte gibt es heute keine zu vermelden und wir haben auch keine neuen Ratsmitglieder zu begrüßen.

Nachträglich zum Geburtstag gratulieren könnt ihr Natalie Bertsch. Sie hatte vorgestern Geburtstag. Und gestern hatte Lea Bill Geburtstag.

In der Ratspause findet die Sitzung der Stadtratsgruppe "Sport" statt. Die Mitglieder der Gruppe haben die Einladung erhalten. Ihr wisst auch, wo diese Sitzung stattfindet.

Dann habe ich eine Bitte an euch, ihr habt die Einladung der Burgergemeinde Bern zum jährlichen Austausch/Treffen am 10. Dezember erhalten. Ich bin mir bewusst: Die Anmeldefrist ist noch lange nicht verstrichen. Aber ihr macht den Organisatoren solcher Anlässe immer einen Gefallen, wenn ihr euch möglichst rasch an- oder abmeldet. Und nach dem Ereignis mit dem Schlachthaus-Theater möchte ich euch einfach auch sagen: Meldet euch doch bitte an, wenn ihr an solche Anlässe geht, denn für die Organisatoren ist es ein ziemlicher Stressmoment, wenn plötzlich doppelt so viele Leute da sind, wie angemeldet.

Wie immer: bitte nicht vergessen zu badgen. Und damit es auch heute klar und deutlich gesagt ist: Einreichen der Vorstösse, "gäng wie gäng" – die dringlichen Vorstösse bis 21.00 Uhr, die nicht dringlichen bis 21.30 Uhr. Komischerweise funktioniert der Drucker immer zwischen 21.25 und 21.30 Uhr dummerweise gerade nicht. Bedient ihn doch einfach mal etwas früher. Dann habt ihr auch selbst nicht so viel Stress.

2025.SR.0331

2 Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK): Ersatzwahl Vize-präsidium

Präsident: Das war es mit den Mitteilungen und der Begrüssung für die heutige Sitzung.

Wir kommen zu den Traktanden 2 und 3, die wir gemeinsam behandeln. Es geht um Ersatzwahlen in die Kommission für Soziales, Bildung und Kultur, die SBK. Die Nominationen liegen euch vor. Für das Amt der Kommissionsvizepräsidentin nominiert die GFL Carola Christen und die GLP-EVP nominiert neu als stellvertretendes Mitglied De-

bora Alder-Gasser von der EVP. Ich gehe davon aus, dass Sie einverstanden sind, dass wir diese zwei Wahlen gemeinsam durchführen.

Gibt es zu den vorliegenden Wahlvorschlägen weitere Wahlvorschläge und Kandidaturen? – Das ist nicht der Fall. Dann wählen wir mit Handerheben. Wer Carola Christen zur neuen Vizepräsidentin und Debora Alder-Gasser als stellvertretendes Mitglied in die SBK wählen will, bezeugt dies mit Handerheben. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall.

Ich gratuliere zur Wahl in diese neuen Ämter.

Wir kommen bereits zu Traktandum Nummer 4.

Antrag

GFL

Der Stadtrat wählt Carola Christen (GFL) als Vizepräsidentin der Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK) für die zurückgetretene Francesca Chukwunyere.

Wahl

<i>Per Handerheben einstimmig gewählt.</i>
--

2025.SR.0336

3 Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK): Ersatzwahl stellvertretendes Mitglied

Gemeinsame Beratung der Traktanden 2 und 3. Siehe Traktandum 2.

Antrag

GLP/EVP

Der Stadtrat wählt Debora Alder-Gasser (EVP) als stellvertretendes Mitglied der Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK) für die zurückgetretene Gabriela Blatter.

Wahl

<i>Per Handerheben einstimmig gewählt.</i>
--

2025.SR.0335

4 Protokoll Stadtrat 17 vom 16.10.2025; Genehmigung

Präsident: Es ist eine Protokollgenehmigung. Es geht um das Protokoll der Stadtratsitzung vom 16. Oktober 2025. Es sind keine Änderungsanträge eingegangen. Ist dieses Protokoll bestritten? – Das ist nicht der Fall. Dann gilt dieses Protokoll als genehmigt mit Dank an die Verfasser*innen.

2024.SUE.0050

5 IN245-001013 (alt: I2500053), Fr. 500 000.00, Abteilung Schutz und Rettung Bern: Beschaffung von zwei Mehrzweckfahrzeugen für die Milizfeuerwehr der Stadt Bern; Kreditabrechnung

Präsident: Traktandum Nummer 5 ist ein Sachgeschäft ohne Referendum. Es geht um die Abteilung Schutz und Rettung Bern, die Beschaffung von zwei Mehrzweckfahrzeugen für die Milizfeuerwehr der Stadt Bern, konkret um die Kreditabrechnung. Im vorliegenden Geschäft beraten wir einen Nachkredit und eine Kreditabrechnung. Das Geschäft wurde in der vorberatenden Kommission FIKO nicht einstimmig verabschiedet, weswegen es für die Stadtratssitzung traktandiert wurde. Für die vorberatende Kommission FIKO erteile ich das Wort Ingrid Kissling-Näf.

Ingrid Kissling-Näf (SP) für die Kommission: Es geht – es ist ein mehrfach verschobenes Geschäft und wird wahrscheinlich das kürzeste Geschäft heute sein – um die Beschaffung von zwei Mehrzweckfahrzeugen für die Milizfeuerwehr der Stadt Bern bzw. um deren Kreditabrechnung. Ein Nachkredit wurde erst mit der Kreditabrechnung beantragt. Der Kredit wird dabei um mehr als 6% überschritten. Die Gemeindeordnung sieht eine Sanktion vor, und zwar einmalig in der Höhe von 10% der gesamten Kreditabrechnungssumme. Die Finanzkommission hat das Geschäft am 27. August behandelt. Der Kredit wurde genehmigt. Und wir beantragen nun dem Stadtrat, diesen in der Geschäftsordnung vorgeschlagenen Abzug zu machen. Weil der Nachkredit erst mit der Kreditabrechnung beantragt wurde und überschiesst, ist die Folge davon, dass wir den Globalkredit der Dienststelle Schutz und Rettung für das Jahr 2026 um 3'238,20 Franken kürzen müssen. Der Antrag wäre, dass wir den Kredit bewilligen und diese Kürzung vornehmen. Herzlichen Dank.

Präsident: Ingrid, jetzt musst du mir kurz helfen. Ich war kurz abgelenkt. Hast du jetzt gerade im Namen der FIKO einen Antrag gestellt? Du musst dich nochmal schnell anmelden.

Ingrid Kissling-Näf (SP) für die Kommission: Vielen Dank. Der Antrag lautet wie folgt: Der Stadtrat genehmigt die nicht teuerungsbedingten Mehrkosten von 32'382 Franken. Und damit verbunden ist die Kürzung des Globalkredits der Dienststelle Schutz und Rettung um diese 3'238,20 Franken. Das ist der Antrag.

Präsident: Merci, genau. Das ist der Antrag des Gemeinderates. Ich war kurz verwirrt, ob das noch ein neuer Antrag war. Gibt es zu diesem Geschäft Diskussionsbedarf? – Das ist nicht der Fall. – Wünscht der Gemeinderat das Wort? – Das ist auch nicht der Fall. Dann stimmen wir darüber ab, ob ihr dem Antrag des Gemeinderates zum Nachkredit und zur Kreditabrechnung zustimmen wollt.

Abstimmung Nr. 012

2024.SUE.0050

Annahme

Ja	53
Nein	3
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt diesem Geschäft zugestimmt. Das war wohl wirklich das kürzeste Traktandum heute Abend. Merci hierfür. Wir kommen zu Traktandum Nummer 6.

2025.SUE.0031

6 **Stadtfest 2026: Befreiung von städtischen Gebühren**

Präsident: Es ist ein Sachgeschäft ohne Referendum. Es geht um das Stadtfest 2026, die Befreiung von städtischen Gebühren. Bevor wir zum Kommissionsvotum kommen, eine wichtige Vorbemerkung. Es würde sich lohnen, dass alle zuhören. Wir reden an jeder Fraktionspräsidienkonferenz über Anträge und die Frist, bis wann diese eingereicht werden und wie diese eingereicht werden. Es ist leider einmal mehr ein Beispiel, wie es eigentlich nicht laufen sollte. Wir haben Anträge der Fraktion GB/JA!. Die sind auf der Antragsliste im Web. Jetzt habt ihr zwei Tischvorlagen. Das eine ist ein Antrag der Fraktion Mitte. Das andere ist ein Antrag der Fraktion GFL. Die Fraktion GFL hat aber diese Tischvorlage nochmals geändert, insofern als wir über die Anträge der GFL punktweise abstimmen werden. Und das führt dazu, dass wir die einzelnen Lemmata im GFL-Antrag den Anträgen der GB/JA! gegenüberstellen müssen. Soweit so unklar. Bitte hört aktiv zu, sobald wir zu den Abstimmungen kommen. Ich werde euch so gut wie möglich durch die ganze Abstimmungskaskade führen, damit ihr wisst, wann wir wo welchen Antrag gegenüberstellen. Somit erteile ich für die vorberatende Kommission RWSU das Wort Simone Richner, die noch angemeldet werden müsste.

Simone Richner (FDP) für die Kommission: Das vorliegende Geschäft betrifft die Befreiung des Vereins Berner Stadtfest von städtischen Gebühren im Zusammenhang mit der Durchführung des Stadtfestes 2026, das vom 19. bis 21. Juni in der Berner Innenstadt stattfinden soll. Nach dem erfolgreichen Fest 2020 beabsichtigt der Verein, das Stadtfest künftig etwa alle vier Jahre zu veranstalten, um einen wiederkehrenden gesellschaftlichen Höhepunkt im Veranstaltungskalender der Stadt Bern zu etablieren. Das Fest soll als inklusiver, kostenloser und vielfältiger Begegnungsort dienen, der die kulturelle, soziale und wirtschaftliche Vielfalt Berns sichtbar macht und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt. Es soll als ein Event, der von den Bernerinnen und Bernern für die Bernerinnen und Berner organisiert wird, die Identifikation mit der Stadt fördern und zur positiven Aussenwahrnehmung beitragen.

Das geplante Budget für das Stadtfest 2026 beläuft sich auf rund 1,4 Mio. Franken, wobei etwa 60% durch Sponsoring finanziert werden sollen. Der verbleibende Teil soll durch Standgebühren, weitere Einnahmen sowie die beantragte Gebührenbefreiung gedeckt werden. Dies betrifft die Kosten für die Nutzung des öffentlichen Bodens, die Signalisation, die Strassenreinigung und die Polizeieinsätze insgesamt im Umfang von maximal 407'800 Franken. Gemäss Artikel 10 Absatz 4 des Gebührenreglements der Stadt Bern kann eine Gebührenbefreiung gewährt werden, wenn ein überwiegendes öffentliches Interesse an der Veranstaltung besteht. Dieses öffentliche Interesse wurde in der Kommission nicht bestritten. Das Stadtfest ist öffentlich, kostenlos und für alle zugänglich. Es fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt und trägt zur Belebung der Innenstadt bei. Zudem bietet es eine Plattform für Berner Vereine, Kulturschaffende und Betriebe, was wiederum die Stadt als lebendige, offene und vielfältige Metropole stärkt.

In der Kommission gab es sodann eine kritische Diskussion, insbesondere in Bezug auf die finanzielle Absicherung und die Werbefreiheit des Festes. Es wurde die Frage auf-

geworfen, ob der Umfang der Gebührenbefreiung im Einklang mit den Prinzipien einer nachhaltigen und fairen Stadtpolitik steht. Zudem wurde angeregt diskutiert, inwieweit kleinere lokale Initiativen und zivilgesellschaftliche Gruppen ausreichend in die Planung und Durchführung eingebunden würden. Dank dieser kritischen Auseinandersetzung konnte sich die Kommission sodann grossmehrheitlich davon überzeugen, dass das Stadtfest insgesamt einen gesellschaftlichen Mehrwert für die Stadt bietet und die beantragte Gebührenbefreiung rechtlich abgedeckt und finanziell vertretbar sei. In Anbetracht dessen empfiehlt die Kommission dem Stadtrat mit 7 Ja zu 2 Nein mit einer Enthaltung, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen und den Verein Berner Stadtfest für die Veranstaltung vom 19. bis 21. Juni 2026 von den städtischen Gebühren in der Höhe von maximal 407'800 Franken zu befreien.

Präsident: Ihr könnt euch anmelden für die Fraktionsvoten. Simone müsste nochmal angemeldet werden.

Simone Richner (FDP) für die Fraktion: Mit dem Stadtfest 2026 geht es um mehr als nur um eine Veranstaltung. Es geht um ein Fest, das weit über die Grenzen der Innenstadt hinausgeht, und einen Höhepunkt im kulturellen Leben unserer Stadt, der die Bernerinnen und Berner zusammenbringt und die Stadt als lebendigen, kreativen und weltoffenen Ort repräsentiert. Nach dem überwältigenden Erfolg des Stadtfests 2022, bei dem ich selbst mit einem Stand vor Ort sein durfte, ist es nur konsequent, dieses Fest weiter zu etablieren und es alle vier Jahre als festen Bestandteil im Veranstaltungskalender Berns zu verankern. Das Stadtfest 2022 hat uns allen gezeigt, was möglich ist, wenn eine solche Veranstaltung gut organisiert wird. Die Strassen der Berner Innenstadt waren voller Leben, Kreativität und Austausch. Es war ein Fest, das unsere Vielfalt widerspiegelte und einen wertvollen Beitrag zur Belebung der Innenstadt und zur Förderung der lokalen Wirtschaft leistete.

Das Konzept für 2026 verspricht, diese Erfolgsgeschichte fortzuschreiben und noch weiter auszubauen mit einem vielfältigen, inklusiven und nachhaltigen Programm, das die Stadt als kulturelles Zentrum präsentiert. Die beantragte Befreiung von städtischen Gebühren in dieser Höhe ist keine unbedeutende Zahl. Sie ist jedoch erforderlich, damit dieses Fest in seiner geplanten Grösse und Qualität realisiert werden kann. Ohne das Entgegenkommen der Stadt wäre ein solches Stadtfest in dieser Dimension schlichtweg nicht möglich. Ein solcher Event mit all den logistischen Herausforderungen, der Sicherheitsinfrastrukturen und der städtischen Dienstleistungen kann nicht ohne die notwendige Unterstützung der Stadt durchgeführt werden. Die FDP-Fraktion steht hinter der Notwendigkeit dieser Gebührenbefreiung. Wir sehen sie nicht als Gnade, sondern als eine Investition in den sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Mehrwert, den das Stadtfest für uns alle bringt.

Es ist ein Fest, das Bern als lebensfrohe und vielfältige Stadt präsentiert, das die Gemeinschaft stärkt und gleichzeitig der lokalen Wirtschaft, Gastronomie und dem Handel einen Aufschwung verleiht. In Bezug auf die Anträge von GB-JA! möchte ich jedoch ausdrücklich festhalten, dass wir diese ablehnen. Es gibt eine Grenze, ab der ein solches Fest schlichtweg nicht mehr zu stemmen ist. Wenn man weitere Auflagen hinzufügt, müssten auch die Zuschüsse eigentlich entsprechend angepasst werden. Andernfalls riskieren wir, dass das Fest in seiner Qualität und Wirkung beeinträchtigt wird oder gar niemand mehr einen solchen Event durchführen will. Die FDP-Fraktion ist überzeugt, dass das Stadtfest 2026 ein unverzichtbarer Bestandteil der städtischen Kultur ist und deshalb der Antrag auf Gebührenbefreiung in dieser Form notwendig und gerechtfertigt ist.

Wir werden dem Antrag des Gemeinderats zustimmen und die Anträge von GB/JA! ablehnen. Die der Mitte werden wir annehmen. Jenen der GFL lassen wir noch offen. Wir danken dem Verein Berner Stadtfest für sein herausragendes Engagement und freuen uns auf ein weiteres, unvergessliches Stadtfest, das Bern nicht nur bereichert, sondern auch weiter voranbringen wird.

Präsident: Für die Fraktion GFL, Mirjam Roder.

Mirjam Roder (GFL) für die Fraktion: Ich kann es kurz und schmerzlos machen. Wir werden diesem Geschäft, sprich dieser Gebührenbefreiung für das Stadtfest, zustimmen. Warum? Wir sehen es als eine Gelegenheit, wo sich Vereine und lokale Künstler*innen präsentieren können, und als Chance für die Stadt zu zeigen, dass sie lebendig, vielfältig, kreativ und offen ist. Die Stadt verzichtet dafür auf rund 400'000 Franken. Es ist nicht übermässig viel, aber es ist eben auch nicht nichts. Und an dieser Stelle möchte ich doch noch kurz sagen, dass ich es ein bisschen amüsant finde, dass die Parteien, die sonst bei jeder zweiten Vorlage erklären, die Stadt müsse sparen und keine unnötigen Ausgaben tätigen, hier Feuer und Flamme sind und bereitwillig auf knapp eine halbe Million Franken verzichten.

Aber da das vollständige Konzept noch nicht vorliegt, kaufen wir sozusagen ein bisschen die Katze im Sack. Deshalb haben wir grosses Verständnis für die Anträge des GB, die für diese Summe den Anspruch haben, dass das Fest auch im Sinne der politischen Werte dieser Stadt umgesetzt wird. Inhaltlich sind wir auch einverstanden mit den Anträgen des GB. Aber weil sie so absolut formuliert sind, so dass die Gebührenbefreiung ohne das nicht gewährt werden soll, können wir leider nicht zustimmen. Auch gehen uns Formulierungen wie "Jeder Stand muss XY erfüllen" zu sehr ins Mikromanagement. Es ist zwar ein bisschen spitzfindig – und wir gehen schon auch davon aus, dass es nicht in ihrem Sinn ist, dass das Stadtfest gleich abgebrochen werden muss, wenn ein einziges Auto durch die Altstadt fährt –, aber trotzdem können wir leider nicht zustimmen, weil es aus unserer Sicht zu sehr, wie auch schon Simone gesagt hat, die Organisation eines solchen Festes erschwert. Es ist ein privater Verein, der das Fest organisiert und keinen Profit machen möchte. Diese Arbeit muss auch anerkannt werden. Und statt dass wir jedes Mal sagen "Ja, inhaltlich sind wir zwar dafür, aber so wie es formuliert ist, können wir dem nicht zustimmen" und dann halt alles ablehnen, dachten wir: Dieses Mal machen wir es anders. Dieses Mal machen wir einen Kompromissvorschlag, über den wir, wie Tom schon gesagt hat, gerne punktweise abstimmen möchten. Wären die Anträge schon in der Kommission gekommen, hätten wir es dort gemacht. Und ich entschuldige mich ausdrücklich für die kurzfristige Einreichung. Aber wir sind halt nun mal ein Milizparlament. Unser Kompromiss soll das Anliegen des GB aufnehmen und nochmals von Seiten des Stadtrats einen klaren Auftrag an den Verein signalisieren, dass das Fest doch bitte die politischen Grundsätze dieser Stadt einhalten soll. Unser Antrag ist im Vergleich zu den GB-Anträgen allgemeiner formuliert. Das ist bewusst so.

Wer schon einmal ein grösseres Fest organisiert hat, weiss, dass es leider nicht ganz einfach ist, eine Finta (Frauen, Inter*, Non-binäre, Trans* und Agender Personen)-Quote von mindestens 50% hinzubekommen. Deshalb wollen wir hier keine fixe Zahl vorgeben, sondern haben uns für eine angemessene Quote entschieden und setzen hier auf den gesunden Menschenverstand. Dass mit "angemessen" nicht eine Quote von 20% gemeint ist, dürfte wohl allen klar sein. Wir finden auch: Das muss vorerst einmal reichen und wir müssen ihnen die Chance geben, das so umzusetzen. Sie haben ja auch Dinge vom letzten Mal bereits umgesetzt. Und auf ihrer Website sind auch einige

Punkte in diese Richtung bereits ersichtlich. Und wenn es dann trotzdem eine Mega-Kommerz-Fleisch-Auto-Männer-Party wird, dann sprechen wir halt das Geld das nächste Mal nicht mehr.

Präsident: Für die Fraktion Mitte, Michelle Steinemann.

Michelle Steinemann (Mitte) für die Fraktion: Ein Stadtfest gehört zu einer Stadt. Und ich freue mich schon wahnsinnig auf den nächsten Juni. Selbstverständlich sind wir als Mitte-Fraktion dafür, dass die Stadt einen finanziellen Beitrag leistet und damit sicherstellt, dass das Fest stattfinden kann. Darum werden wir dem Gebührenerlass selbstverständlich zustimmen. Ich möchte sehr gerne den Organisatoren ein ganz grosses Dankeschön aussprechen. Es sind Leute, die die Sache einfach in die Hand nehmen, Zeit investieren, Risiken auf sich nehmen, um der breiten Berner Bevölkerung ein Fest zu ermöglichen. Es braucht Zeit, es braucht auch die richtigen Kompetenzen – denn so ein Riesenfest macht man nicht einfach so –, Durchhaltewillen und – ich bin sicher – auch einige Nerven. Es hat sie niemand gefragt, das zu machen. Sie machen es freiwillig. Und sie wären nicht dazu verpflichtet. Und ich finde es wahnsinnig, dass sie einfach sagen: "Komm, das machen wir jetzt, weil wir uns freuen, wenn die Leute auch Freude haben. Und darum nehmen wir die ganze Organisation auf uns." Es bedeutet ein bisschen mehr Aufwand, als einfach eine Fete im Bierhübeli zu machen. Und gerade in einer Welt der Individualisierung, wo man lieber 600 Franken für ein Fitness-Abo zahlt als 50 Franken in einem Verein, weil man damit umgeht, dass man an der Dorfkilbi auch noch helfen muss, sind Menschen, die anpacken, wahnsinnig wichtig. Darum danke ich allen, die so etwas von sich aus in die Hand nehmen. Und wenn sich schon Private für unser Berner Stadtfest engagieren, dann soll man ihnen aus unserer Sicht möglichst wenige Hürden auferlegen.

Ich habe mich beim OK erkundigt. Das OK ist im engen Kontakt mit der Stadt und kennt natürlich auch den politischen Willen der Stadt. Ich meine, das sind Berner, die wissen, dass wir grosses Gewicht auf Nachhaltigkeit legen, auf regional, lokal, auf junge Künstler. Und sie werden dem auch entsprechen, wenn immer möglich. Aber es muss sich irgendwie finanzieren und es muss machbar sein. Foodstände müssen den Lohn zahlen und Platzgebühren. Die Künstler*innen müssen verfügbar sein und auch auftreten wollen. Also, man muss am Schluss damit arbeiten, wer auftreten will. Und ein Essensangebot muss auch einer breiten Berner Bevölkerung schmecken. Im Wissen, dass das OK mit der Stadt im Austausch ist, und um keine weiteren Auflagen zu machen, lehnen wir die Anträge von GB/JA! und der GFL ab.

Jetzt noch zu unserem Antrag: Wir sind der Meinung, dass, wenn es Sponsoren gibt, die unser Fest finanzieren wollen, wir das als Stadt nicht auch noch übernehmen müssen. Wir müssen auf unsere Finanzen schauen. Wir haben, ich will schnell daran erinnern, als Parlament mickrige 40'000 Franken für ein Jubiläum der Ombudsstelle nicht gesprochen. Und wir müssen auch nicht zahlen, wenn es schon andere übernehmen. Dafür nehmen wir auch in Kauf, dass die Logos der Sponsoren sichtbar sind, was meiner Meinung nach auch etwas anderes ist, als wenn man aufdringliche Kaufempfehlungen anschauen muss. Und falls wider Erwarten, ein Gewinn ausgewiesen werden sollte – es ist kein Gewinn budgetiert –, soll ein Teil als Polster dienen für das nächste Fest und auch als Motivation, und nach Abzug dieses Sockels ein Teil zurück in die Stadtkasse fliessen. Mit unserem Antrag sichern wir ein Stadtfest und zeigen, dass unsere Finanzen uns wichtig sind.

Präsident: Für die Fraktion SP-JUSO, Lukas Wegmüller.

Lukas Wegmüller (SP) für die Fraktion: Die SP-JUSO-Fraktion unterstützt das Berner Stadtfest 2026 selbstverständlich und bedankt sich bei den Organisator*innen für ihr Engagement. Wir finden das Stadtfest in der Berner Innenstadt eine schöne Sache. Und das Stadtfest 2022 bleibt uns in sehr guter Erinnerung. Weil auch das überwiegende öffentliche Interesse gemäss dem städtischen Gebührenreglement gegeben ist, unterstützen wir den Antrag für eine Gebührenbefreiung bis Maximum 407'800 Franken. Wir begrüssen den auf alle Altersgruppen ausgerichteten Charakter des Fests. Wir verstehen es explizit als ein Fest für alle Bevölkerungsgruppen dieser Stadt. Und ich hoffe, dass dem auch entsprechend Rechnung getragen wird. Selbstverständlich erwarten wir, dass alle städtischen Auflagen – Awareness, Sicherheit, Nachhaltigkeit etc. – eingehalten werden. Weil wir aber davon ausgehen, dass dem so ist, sehen wir eine positive Wirkung für die gesamte Stadt und freuen uns schon jetzt darauf. Die Anträge lehnen wir als Fraktion mehrheitlich ab. Wir haben teilweise unterschiedliche Sympathien für einzelne Anträge. Und einige von uns werden diese deshalb auch entsprechend annehmen. Aber die Anträge kamen leider wieder einmal sehr kurzfristig und wir konnten uns als Fraktion keine eigene gesamthafte Meinung bilden. Eine Diskussion dazu wäre für uns wichtig gewesen. In der Kommission waren die Anträge ebenfalls noch kein Thema. Grundsätzlich finden wir es aber nicht zielführend, jetzt nochmals eine neue Verhandlungsrunde mit dem Verein Stadtfest zu starten, insbesondere auch, weil ein Teil der Anträge aus dem Jahr 2022 vom Verein Stadtfest berücksichtigt worden ist. Ich danke für Ihre Unterstützung und Ihre Aufmerksamkeit.

Präsident: Für die Fraktion AL-PdA-TIF, Raffael Joggi.

Raffael Joggi (AL) für die Fraktion: Die AL/PdA/TIF-Fraktion wird den Gebührenerlass ablehnen. Wir haben nichts gegen ein Stadtfest, im Gegenteil: Wir finden das sogar eine tolle Idee. Wir finden eigentlich auch die Initiative gut. Die Initiative muss ja von wo her kommen. Es geht jetzt also nicht darum, jetzt hier nur diesem wirtschaftsstarken Verband, der dahintersteht und sich fast liest wie eine Einladungsliste des WEF (World Economic Forum) in Davos, mal die Suppe madig zu machen. Nein, sie sollen kommen mit ihrer Initiative. Aber was macht der Gemeinderat dann an dieser Stelle? Da wird jetzt hier wieder eine knappe halbe Kiste an Gebühren erlassen. Und es ist nicht nur ein Gebührenerlass. Es sind ja auch Kosten. Also es ist nicht nur so, dass wir auf Einnahmen verzichten, vielmehr legen wir auch noch was drauf. Vor zwei Wochen haben wir schon 1,1 Millionen für Container ausgegeben. Diese Woche sind es jetzt nur eine halbe Million. Es läuft auf jeden Fall gut bei der bürgerlichen und der sozialdemokratischen Kasse. Da wird mit vollen Händen ausgegeben.

Aber was bringt uns jetzt dieses Fest? Was hat der Gemeinderat hier für eine Rolle? Wir finden, wenn es schon im Vortrag heisst, es gebe schlechte Stadtfeste und gute Stadtfeste und das Zürich-Fest sei ein nicht so gutes Stadtfest, Badenfahrt sei ein sehr gutes Stadtfest – ja, was heisst das denn? Wie gedenkt der Gemeinderat hier eigentlich Einfluss zu nehmen – wenn man schon Geld dafür spricht –, um es zu einem guten Stadtfest zu machen?

Also wenn ich das jetzt hier und auf der Webseite lese, ich weiss nicht, ob ihr auch darauf wart: Es ist von 1,4 Millionen die Rede und bis knapp 70% soll durch Sponsoring an Einnahmen generiert werden. Sie werfen quasi 400'000 Franken in den Ring und dazu kommt Sponsoring im Rahmen von einer knappen Million. Also sollen jetzt eigentlich unsere 400'000 Franken ein Sponsoring von einer Million möglich machen. Ist das ein Stadtfest, wie wir uns das vorstellen, ist das ein Stadtfest, wie die Badenfahrt es

macht? Wenn ich das richtig verstanden habe, dann nein. Ein breit abgestütztes Stadtfest würde bedeuten, dass die Bevölkerung hier mithilft, viel unentgeltliche Arbeit gemacht wird aus der Freude daran, kleine lokale Stände dastehen werden. Und da sehe ich nicht, wie man damit Sponsoring-Gelder von einer Million zusammenkriegen kann. Ich stelle es mir jetzt eher so vor, dass es wieder so was wird wie eine Sperrung der Kornhausbrücke, wo dann Amag eine Autoshow machen kann, keine Ahnung, was das so sein wird, oder irgendein E-Prix light. Aber ob das so ist, wissen wir halt nicht, denn – es wurde schon gesagt – wir kaufen die Katze im Sack. Es ist sehr wenig klar. Die Goldpartner sind klar, die in diesem Verein vertreten sind. Im Beirat sind auch namhafte Grössen aus der Wirtschaft, aber wenige Leute bis keine aus der Bevölkerung, die etwas im kleinen Rahmen machen würden. Aus diesem Grund verstehen wir nicht, warum man hier einmal mehr den öffentlichen Raum preisgeben soll. Es gibt weiss Gott genug Feste und elende Pop-Ups und Fondue-Zelte. Und man kann dann auch noch saunieren gehen und dann nochmals Momos essen und dann nochmals ins Fondue-Zelt gehen.

Wir sehen den Grund nicht, dass man vorpreschen muss und möglichst schnell ein Stadtfest auf die Beine stellen soll. Wenn es ein Stadtfest geben soll in unserem Sinne, dann soll sich die Verwaltung, der Gemeinderat dafür einsetzen. Das wurde auch schon früher so gemacht. Wenn wir keine Ressourcen haben, um das mit der Bevölkerung zusammen zu stemmen, dann gibt es halt kein Stadtfest. Also es kann nicht sein, dass wir das jetzt hier einfach nur mit einem Exemplar an Public-Private-Partnership ermöglichen sollen, wenn es eigentlich letztendlich gar nicht klar ist, ob die Bevölkerung hier überhaupt mitmachen will. Wer mitmacht, sind die Leute, die bezahlt werden, die diese Pavillons aufstellen, die dort stehen müssen und uns für Geld irgendwas andrehen. Und das hat nichts mit einem Stadtfest zu tun, wie wir uns das vorstellen.

Zu den Anträgen: Also ich habe jetzt den von der Mitte gelesen. Und ich finde den eigentlich ganz toll. Also, wenn sie schon Gewinn machen, dann sollen sie bitte auch was davon zurückgeben. Aber ich verstehe den ersten Teil des Antrags nicht. Was heisst das dann? Noch mehr Sponsoring? Sind 70% nicht genug? Was heisst denn hier "Im Gegenzug noch sicherzustellen ..."? Dass das Stadtfest quasi noch besser gesponsert werden kann, um dann den Gewinn abzuschöpfen? Es ist uns nicht klar, wie das gehen soll. Aus diesem Grund werden wir diesen ablehnen. Alle Anträge von GB/JA! nehmen wir bei der Ausmehrung an und ansonsten den der GFL. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Präsident: Für die Fraktion GB/JA!, Esther Meier.

Esther Meier (GB) für die Fraktion: Nach 2016 und 2022 soll nächstes Jahr wieder ein Stadtfest stattfinden. Ja, warum nicht? Wir von der GB-JA!-Fraktion haben grundsätzlich nichts gegen ein Stadtfest, aber wir verstehen nicht, warum ein privat organisierten Grossevent mit kommerziellem Charakter, der einen erheblichen Teil des öffentlichen Raums in Anspruch nimmt, von der Stadt Bern zusätzlich mit über 400'000 Franken subventioniert werden soll, ohne dass dafür gewisse Standards eingehalten und eingefordert werden. Die Organisatoren geben auf der Webseite an, die öffentliche Hand sei nicht an der Finanzierung beteiligt. Es sei lediglich eine Befreiung von den städtischen Gebühren beantragt. Dabei machen die über 400'000 Franken fast einen Viertel des Gesamtbudgets des Stadtfests aus. Die restlichen Einnahmen stammen vom Verkauf von Werbeflächen und den Standmieten.

Das heisst im Klartext erstens, dass die Stadt Bern die Werbeplattformen der Sponsor*innen mit kommerziellen Interessen grosszügig mitsubventioniert, und zweitens,

dass die Durchführung des Festes ganz existenziell davon abhängt, dass die Stadt Bern sämtliche Dienstleistungen, die sie erbringen muss, wie zum Beispiel die Signalisation, die Polizeipräsenz und die Reinigung, gratis zur Verfügung stellen muss; und das eben ohne, dass aus dem Vortrag hervorgeht, dass die Stadt Bern verbindliche Vorgaben oder Standards eingefordert hat. Jedenfalls wird das eben aus dem Absatz, der uns im Vortrag als Konzept verkauft wird, wirklich überhaupt nicht ersichtlich. Ausführlicher als dieses Konzept ist immerhin der Abschnitt zur Haltung des Gemeinderats, der darin schreibt, dass fehlende inhaltliche und qualitative Vorgaben ein Fest gefährden können und auf den positiven Effekt der Vorgaben verweist, die der Stadtrat mit der letzten Genehmigung verknüpft hat. Ob und inwiefern diese auch beim Stadtfest 2026 wieder gelten beziehungsweise wie streng sie umgesetzt werden, lässt sich aufgrund des Vortrags aber leider nicht nachvollziehen.

Also das erklärt vielleicht auch, warum die Anträge teilweise so spät gekommen sind, weil man sich die Informationen wirklich auch noch auf der Webseite zusammensuchen musste. Und die waren nicht im Vortrag enthalten. Wir hoffen zwar, dass es irgendwo doch noch ein Konzept gibt, das den Namen verdient und dem Gemeinderat auch vorliegt. Ja, vielleicht kann nachher der Gemeinderat auch glaubhaft versichern, dass es auch verbindliche Vereinbarungen gibt zwischen der Stadt und der Trägerschaft des Stadtfests. Aber für Glauben und Hoffen können wir in die Kirche gehen, heute Abend sind wir aber im Stadtrat.

Wegen dieser fehlenden Verbindlichkeiten hat die GB-JA!-Fraktion darum Anträge eingereicht, die den Gebührenerlass für das Stadtfest 2026 wieder an Vorgaben knüpft mit dem Ziel, dass es tatsächlich ein Fest für alle und sein und seinem Anspruch gerecht wird, vielfältig, ausgewogen, inklusiv, nachhaltig und lokal zu sein. Wir fordern darum, dass der gesamte Festperimeter vom Bahnhof bis zum Bärenpark während des dreitägigen Fests autofrei wird, ausgenommen sind natürlich die Blaulichtorganisationen. Wir sind der Meinung, dass das Fest nicht nur auf Kosten des Platzes, den sich Fussgänger*innen und Velofahrer*innen bereits teilen müssen, durchgeführt werden darf, sondern dass die Autos auch ihren Beitrag leisten müssen. Ausserdem haben wir im Mai die Motion für eine autofreie Altstadt überwiesen. Warum das also nicht gleich beim Stadtfest für drei Tage probeweise umsetzen?

Das Stadtfest soll auch ein Fest für die Bevölkerung sein und keine Publicity-Plattform, egal ob man es Sponsoring oder Werbung nennt. Deshalb fordern wir mit einem anderen Antrag, dass auf dem gesamten Perimeter auf Werbung verzichtet wird. Auch beim gastronomischen Angebot soll sichergestellt werden, dass alle Stände mindestens ein vegetarisches oder veganes Menü sowie ein preisgünstiges Menü anbieten. Die Stadt Bern fördert zudem ein vielfältiges kulturelles Angebot. Dieser Anspruch soll auch für das Stadtfest gelten. Menschen, die strukturell mit grösseren Herausforderungen konfrontiert sind, um sich in der Kulturszene zu etablieren, soll ein niederschwelliger Zugang geboten werden. Deshalb fordern wir, dass eine Bühne spezifisch für junge lokale Kunst- und Kulturschaffende reserviert ist. Zudem sollen mindestens 50% der auftretenden Frauen, inter-, nonbinäre, trans- oder agender Personen sein. Wenn die Stadt Bern das Stadtfest mit fast einer halben Million Franken unterstützt und den öffentlichen Raum zur Verfügung stellt, soll sie auch Bedingungen an die Unterstützung knüpfen, die sicherstellen, dass es ein Fest wird, das mit seinem Charakter den Zielen und Werten der Stadt Bern entspricht; Bedingungen, die sicherstellen, dass es tatsächlich ein Fest für alle wird.

Wir bitten euch darum, die Anträge zu unterstützen. Falls die Anträge keine Mehrheit finden, wird die GB-JA!-Fraktion den vollständigen Gebührenerlass ablehnen. Ebenfalls ablehnen werden wir den Antrag der Mitte. Bei den Anträgen der GFL werden wir un-

sere bevorzugen, aber denjenigen der GFL je nach Ausgang auch unterstützen. Vielen Dank für eure Unterstützung.

Präsident: Wir kommen zur Fraktion SVP. Die SVP teilt sich das Fraktionsvotum. Für den ersten Teil hat das Wort Ueli Jaisli.

Ueli Jaisli (SVP) für die Fraktion: Ich kann mich kurzfassen, das meiste ist schon gesagt worden. Ich will mich nicht wiederholen. Wir von der Fraktion SVP finden das Fest eine gute Sache. Es wird ein Fest für alle sein, wie wir es auch schon erlebt haben beim Vorherigen. Ich möchte einfach in erster Linie allen Organisatoren und Organisatorinnen danken, die hier aktiv und gut mitgewirkt haben. Das Ganze ist sicher eine gute Sache. Bei uns herrscht Freude auf nächsten Juni. Freude herrscht und wir sind gespannt auf das Fest. Und so wie es jetzt daherkommt, wie es aufgegleist ist, wird es sicher eine gelungene Sache und es wird für alle etwas dabei haben.

Was wir nicht unterstützen können, sind die Anträge. Die sind einfach ein bisschen weltfremd. Zum Beispiel die Quotenregelung bei den Finta: Ich frage mich, ob man, wenn dieses Quorum nicht erreicht, das Fest verschieben muss, bis endlich das Quorum erreicht ist. Es ist irgendwie Schnee von gestern, was hier verlangt wird. Es sind nur Stolpersteine drin, damit es nachher irgendwie reibungslos über die Bühne gehen könnte. Auch der Zwang für die Gastrobetriebe zu vegetarisch und vegan, ist irgendwie weltfremd. Das kann man nicht realisieren. Von mir aus gesehen, wird es genügend Stände haben mit veganen Sachen, mit vegetarischen Sachen. Man kann nicht jeden Gastrobetrieb zwingen, das auch noch zu führen, neben allen sonstigen Aufwänden, die für die Leute entstehen werden. Im Grossen und Ganzen kann ich dazu sagen: Die GB-JA-Anträge werden wir ablehnen, diejenigen der GFL werden wir auch ablehnen und den Antrag der Mitte werden wir annehmen.

Präsident: Für den zweiten Teil hat das Wort Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Zuerst verteidige ich die GFL und die Mitte. Wir haben manchmal auch Anträge spät eingereicht. Das kann einfach mal passieren. Man kann darüber diskutieren. Das Thema ist auch nicht dermassen komplex, dass wir noch extra eine Fraktionssitzung durchführen müssten, um zu diesen Anträgen Stellung zu nehmen. Ich glaube, das gehört zur parlamentarischen Beratung, dass man das Recht hat, selbst am Tag der Beratung, noch einen Antrag einzureichen. Man hat natürlich das Risiko, dass er abgelehnt wird. Das haben wir auch schon häufig erleben müssen. Aber ich mache euch keinen Vorwurf. Natürlich ist es praktischer, wenn man ihn früher hat – aber immer gerade wie ein Schulmeister zu reden, ist für mich auch der falsche Ansatz.

Ich komme nur ganz kurz zu ein paar ausgewählten Punkten. Ich sage immer, ein Fest zu organisieren, muss auch noch Freude machen. Und wir hatten die Anträge so ein bisschen mutatis mutandis auch schon in anderen Jahren gehabt. Beispielsweise Antrag 5, 50% Finta: Wie wollt ihr das kontrollieren? Soll bei einer Gruppe, die zu wenig Finta hat, einer sagen: Ich bin Finta? Und dann geht der Feuz als Finta pro forma hin, damit man die Quote erreicht? Das kann doch auch nicht sein. Oder auch beim Essen mit 50% bzw. mit mindestens einem vegetarischen oder veganen Menü: Wichtig ist, dass es gut ist. Ein Kebab-Stand, der gut Kebab macht, muss nicht versuchen irgendwie vegane Speisen – Crêpes oder so – zu servieren. Und es hat wahrscheinlich auch keinen Sinn, wenn der nachher ein paar Rüebli in einem Sack hat und diese abgibt. Seid doch vernünftig, seid pragmatisch.

Ich bin einer, der durchaus gerne ein Fest hat, das wisst ihr. Aber macht es diesen Leuten nicht schwer. Auch das mit dem "kommerziell": Wenn irgendwo ein Plakat von Hanro hängt oder was auch immer oder irgendwie für Reisen oder was, könnt ihr das nicht im Fest-Perimeter an diesen Tagen des Stadtfest abdecken. Ich habe mich immer bei YB darüber aufgeregt – ihr wisst, ich bin nicht der grosse Sportler, ich war noch nicht oft an einem Match –, dass man die Biermarke der falschen Marke abhängen muss. Also, weiss Gott, wir sind nicht in Teheran und dem Iran, wo wir solche Sachen haben. Für mich geht das in eine falsche Richtung. Ich will hier jetzt nicht viel länger werden. Aber denkt daran. Es muss Spass machen, es muss lustig sein. Aber errichtet doch nicht solche Hindernisse. Ich glaube, wenn ihr irgendwie eine Frauengruppe macht, verlange ich auch nicht, dass ihr dort einen Fleischstand machen müsst, und dass in dieser Gruppe, die Musik macht, auch noch ein Mann spielen muss. Lasst es laufen. Und ihr könnt mir glauben: Von mir kommt nie ein solcher Antrag.

Präsident: Als letztes kommt die Fraktion GLP/EVP. Wenn ihr Einzelvoten habt, könnt ihr euch anmelden. Für die Fraktion GLP/EVP hat das Wort Debora Alder-Gasser.

Debora Alder-Gasser (EVP) für die Fraktion: Als GLP-EVP-Fraktion freuen wir uns, dass der Verein Berner Stadtfest vom 19. bis 21. Juni ein Berner Stadtfest für alle Berner*innen auf die Beine stellen wird; ein Fest, das die Vielfalt unserer Stadt in so vielerlei Hinsicht sichtbar machen wird. Da ein öffentliches Interesse am Berner Stadtfest besteht, begrüßen wir die Gebührenbefreiung von maximal 407'800 Franken. Wir sehen es als ein stimmiges Instrument, um dem Verein von städtischer Seite her die Unterstützung für sein Vorhaben von öffentlichem Interesse auszudrücken. Was wir weniger sinnvoll finden, ist, diese Gebührenbefreiung an Bedingungen festzumachen, wie GB/JA! sie vorschlägt. Wir finden, dass es nicht unsere Aufgabe als Stadtrat ist, dem Verein in Form von Mikromanagement den Handlungsspielraum einzuschränken.

Wir glauben an gesunden Menschenverstand und möchten dem Verein unser Vertrauen aussprechen, dass er die Stadt Bern bestens kennt und somit das kulinarische, kulturelle und verkehrstechnische Konzept so ausgestaltet, dass es zu Bern und seiner Bevölkerung passt. Der Verein hat ausserdem versucht, allen Anträgen vom letzten Mal gerecht zu werden und sie bestmöglich einfließen zu lassen. Gerade in Bezug auf die Ernährung werden die Forderungen bereits jetzt umgesetzt. Wir finden grundsätzlich, dass solche operativen Vorschläge lieber direkt über eine entsprechende Vereinstätigkeit anstatt hier im Stadtrat eingebracht werden sollten. Wir lehnen die Anträge von GB/JA und auch die der GFL deshalb ab. Den Antrag der Mitte lehnen wir auch ab, da wir ihn nicht zielführend finden und er zu kurzfristig kam – auch wenn das jetzt laut Feuz ein bisschen schulmeisterlich ist.

Auch wenn wir gehört haben, dass der Verein diesbezüglich schon aktiv wurde, ist es uns ein Anliegen zu betonen, dass es uns wichtig ist, dass der Verein die Beteiligung von kleinen, lokalen und zivilgesellschaftlichen Initiativen aktiv fördert. Solche lokalen und kleinen zivilgesellschaftlichen Initiativen sind per se mit ihrem Engagement bereits ausgelastet und hören nicht einfach so von der Teilnahme am Stadtfest. Wir erwarten vom Verein Berner Stadtfest proaktive Massnahmen, um deren Beteiligung zu fördern und sicherzustellen. Als GLP-EVP-Fraktion freuen wir uns bereits jetzt auf den 19. Juni und danken dem Verein für sein wertvolles Engagement für unsere Stadt und dieses Fest.

Präsident: Gibt es noch Einzelvoten? – Das ist nicht der Fall. Dann hat für den Gemeinderat das Wort Alec von Graffenried.

Alec von Graffenried, Direktor SUE: Herr Stadtratspräsident, liebe Stadträtinnen und Stadträte, liebe Gäste, herzlichen Dank für die engagierte Diskussion. Es ist etwas kalt draussen. Ich hoffe, am Stadtfest wird es dann schönes und warmes Wetter sein und es auch ein buntes und ein fröhliches Fest gibt. Das hängt natürlich auch von euch ab, indem ihr euch mit der nötigen Euphorie in dieses Fest hineinstürzt. Es wurde bereits gesagt: Es gibt bessere Stadtfeste und weniger gute Stadtfeste. Und auf Anregung von Reto Nause hat der Gemeinderat tatsächlich die Badenfahrt besucht, weil er ein erklärter Fan der Badenfahrt ist. Ich habe dieses Fest nicht gekannt. Ich habe aber viele Stadtfeste in der Schweiz besucht in den letzten Jahren und muss tatsächlich sagen, dass die Badenfahrt ein ausgezeichnetes Fest ist.

Warum ist es so ein gutes Fest? Es ist ein Fest, das privat organisiert wird. Es hat etwa 100 Stände. Und alle Stände müssen durch Vereine betrieben werden – Stände und Bühnen und Restaurants und alles. Um so eine Location zu betreiben, um einen Stand zu betreiben, braucht es etwa 100 Freiwillige. Also: Es sind 100 Stände mit 100 Freiwilligen, das sind etwa 10'000 Leute, die sich dort engagieren. Das heisst, es ist mehr oder weniger die ganze Bevölkerung von Baden, die sich dort an dieser Badenfahrt engagiert. Dafür ist sie nur alle fünf bis zehn Jahre, die Badenfahrt. Es ist ein weitgehend werbefreies Fest und es ist ein Fest von einer ausgezeichneten Qualität. Ihr könnt nachschauen, wann es das nächste Mal ist. Und ich empfehle euch hinzugehen. Was können wir daraus lernen? Wir können daraus lernen: Ein privat organisiertes Fest kann zum besten Stadtfest der Schweiz werden. Ein Fest lebt davon, dass sich möglichst viele, möglichst alle daran beteiligen. Und ein Fest lebt auch davon, dass es gewisse qualitative Vorgaben setzt und einhält. Das ist eben in Baden der Fall und daran sollten wir uns orientieren, wenn wir ein Stadtfest organisieren. Das Fest wurde im Jahr 2022 dann endlich durchgeführt. Das Fest litt bekanntermassen unter den Verschiebungen der Pandemie. Das hat vielleicht der Festvorbereitung auch nicht unbedingt gut getan, aber anschliessend wurde es tatsächlich ein gutes Fest. Es war auch gutes Wetter im Gegensatz zum Fest 2016, als es weitgehend geregnet hat. Ich fand es ein cooles Fest. Warum war es cool? Es war cool, weil das Organisationskomitee sehr offen ist. Es war offen, es konnte mitmachen, wer wollte. Und das Organisationskomitee hat viele Ideen, die an es herangetragen wurden, aufgenommen und umgesetzt.

Beispielsweise hatte damals die offene Kirche, die Heiliggeistkirche, gesagt: Wir machen auch eine Bühne. Und die haben dann eine Bühne auf dem Bahnhofplatz aufgestellt und diese Bühne selbstständig betrieben und bespielt. Das war ein wertvoller zusätzlicher Beitrag zum Fest. Und für solche Beiträge hat sich das Komitee offen gezeigt. Ebenfalls offen gezeigt hat sich das Organisationskomitee für die Ansprüche, die auch aus dem Stadtrat bereits beim letzten Mal an die Organisation getragen wurden: Sie sollen sich breit aufstellen, sie sollen offen sein. Anforderungen ans Food-Angebot wurden formuliert. Und die wurden alle aufgenommen. Ich empfehle euch: Geht doch auf die Homepage, schaut, wie Foodstände zum Mitmachen eingeladen werden – eben genau so: Sie sollen preisgünstige Menüs anbieten, vegetarische Menüs werden priorisiert. Das wird alles bereits heute umgesetzt.

Ebenso hat das Organisationskomitee die Ideen aufgenommen, möglichst divers, möglichst breit Künstlerinnen und Künstler auftreten zu lassen. Und sie haben sich, ich denke, ehrlich darum bemüht, auch diesen Anforderungen gerecht zu werden. Was ist für mich die Quintessenz aus diesen Ausführungen? Statt auszurufen und zu kritisieren, machen Sie besser mit, bringen Sie sich selbst ein. Ich glaube, das Komitee wäre offen für mehr Hilfe. Es ist ein Komitee, das sehr auf Engagement und Freiwilligkeit basiert. Und ich glaube, sie wären sehr dankbar, wenn sie noch etwas Unterstützung und

etwas Hilfe von verschiedensten Kreisen erhalten, damit das Fest dann tatsächlich ein buntes, ein farbiges und ein fröhliches Fest werden kann.

Der Festperimeter ist natürlich weitgehend autofrei. Aber nur die Blaulichtorganisationen auszunehmen, greift zu kurz – merci immerhin, dass die noch fahren dürfen. Aber wir haben auch viel ÖV. Wir haben die Reinigungsfahrzeuge. Wir haben die Anlieferung. Also, man müsste dann mit den Ausnahmen schon einigermaßen komplett sein. Beispielsweise wird es neu so sein, dass die Marktgasse und die Spitalgasse dem Fest zur Verfügung stehen sollen. Und logisch: Wenn das Fest dort ist, dann wird niemand anders dort durchfahren können. Das liegt in der Natur der Sache eines Fests, Wenn gefestet wird, dann kann nicht mit dem Auto herumgefahren und durchgefahren werden.

So verhält es sich mit den meisten dieser Anträge. Das Organisationskomitee hat die meisten Dinge aufgenommen. Wo es sie nicht aufgenommen hat, lade ich Sie ein, sich selbst zu beteiligen wie die Stadtpräsidentin. Die Stadtpräsidentin ist aktiv im Beirat. Ich habe sie gestern nochmal gefragt. Sie hat gesagt, sie sei sehr optimistisch: Es werde sicher ein gutes Fest und ihr sollt bitte dieses Fest unterstützen. Sie wollte herkommen, um das sicherzustellen. Jetzt ist sie nicht da, aber ich richte euch das aus von ihrer Seite. Die Anträge: Wie gesagt, ich finde es nicht schlecht, wenn man Anforderungen stellt an die Organisation. Aber das Organisationskomitee ist selbst motiviert, in diese Richtung zu arbeiten: Also: Statt Forderungen zu stellen, engagiert euch, macht mit, damit es ein farbiges, ein buntes Fest gibt, das dann auch eine Zukunft hat, so dass wir alle ungefähr vier Jahre ein solches Stadtfest und hoffentlich ein gutes, erlebnisreiches und fröhliches Stadtfest feiern können. Danke, wenn ihr der Gebührenbefreiung zustimmt.

Präsident: Wir kommen somit zu den Abstimmungen. Wir kommen direkt zur ersten Ausmehrung. Wir stellen den Antrag GB/JA! 1 dem ersten Lemma der GFL-Tischvorlage gegenüber. Wer dem Antrag GB/JA! den Vorzug geben will, stimmt Grün, wer dem Antrag GFL den Vorzug geben will, stimmt Rot.

Antrag 1

GB/JA

Der Stadtrat befreit den Verein Bärner Stadtfescht für seine Veranstaltung «Bärner Stadtfescht 2026» vom 19. bis 21. Juni 2026 von den städtischen Gebühren für die Benutzung des öffentlichen Bodens, für die Signalisation, für die Reinigung sowie für die Polizeikosten im Umfang von maximal Fr. 407'800 **unter folgender Bedingung:**

- Der gesamte Stadtfeschtperimeter ist während des Fests autofrei. Ausgenommen davon sind die Blaulichtorganisationen.

Tischvorlage GFL

Bei der Umsetzung des Stadtfests ist darauf hinzuwirken, dass die politischen Grundsätze der Stadt Bern im Sinne einer modernen, zukunftsorientierten Stadt berücksichtigt werden, indem gesorgt wird für:

- 1 Einen grundsätzlich autofreien Stadtfestperimeter. Ausgenommen hiervon sind Blaulichtorganisationen und der nötige Werk- und Lieferverkehr.
- 2 Nachhaltige und vielfältige Ernährung, insbesondere mit einem umfangreichen Angebot an vegetarischen und veganen Menüs.
- 3 Breite Zugänglichkeit, unter anderem durch ein preisgünstiges kulinarisches Angebot.

-4 Förderung der Gleichstellung, insbesondere durch eine angemessene FINTA-Quote bei der Programmgestaltung.

-5 Unterstützung junger und lokaler Kunst- und Kulturschaffender, indem ihnen angemessener Raum und Sichtbarkeit eingeräumt wird.

Abstimmung Nr. 013

2025.SUE.0031: Antrag 1 vs. Tischvorlage GFL Lemma 1

Tischvorlage GFL Lemma 1 obsiegt

Ja	25
Nein	48
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt dem Antrag der GFL den Vorzug gegeben. Wir stimmen somit ab über den obsiegenden Antrag GFL.

Abstimmung Nr. 014

2025.SUE.0031: Tischvorlage Lemma 1

Ablehnung

Ja	28
Nein	47
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 2 GB/JA!. Der wird nicht gegenübergestellt. Wir stimmen also direkt ab über Antrag GB/JA! 2.

Antrag 2

GB/JA

Der Stadtrat befreit den Verein Bärner Stadtfescht für seine Veranstaltung «Bärner Stadtfescht 2026» vom 19. bis 21. Juni 2026 von den städtischen Gebühren für die Benutzung des öffentlichen Bodens, für die Signalisation, für die Reinigung sowie für die Polizeikosten im Umfang von maximal Fr. 407'800 **unter folgender Bedingung:**

- **Der Stadtfeschtperimeter ist frei von kommerzieller Werbung.**

Abstimmung Nr. 015

2025.SUE.0031: Antrag 2

Ablehnung

Ja	23
Nein	50
Enthalten	2

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen wieder zu einer Gegenüberstellung: Antrag 3 GB/JA! wird Lemma 2 der GFL Tischvorlage gegenübergestellt. Wenn ihr dem Antrag 3 GB/JA! den Vorzug geben wollt, stimmt ihr Grün, wenn ihr Antrag Lemma 2 GFL den Vorzug geben wollt, stimmt ihr Rot.

Antrag 3

GB/JA

Der Stadtrat befreit den Verein Bärner Stadtfescht für seine Veranstaltung «Bärner Stadtfescht 2026» vom 19. bis 21. Juni 2026 von den städtischen Gebühren für die Benutzung des öffentlichen Bodens, für die Signalisation, für die Reinigung sowie für die Polizeikosten im Umfang von maximal Fr. 407'800 **unter folgender Bedingung:**

- Jeder Stand mit einem Gastronomieangebot bietet mindestens ein vegetarisches oder veganes Menu an.

Abstimmung Nr. 016

2025.SUE.0031: Antrag 3 vs. Tischvorlage GFL Lemma 2

Tischvorlage GFL Lemma 2 obsiegt

Ja	25
Nein	49
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt dem Antrag GFL den Vorzug gegeben. Wir stimmen somit ab über den obsiegenden Antrag GFL Lemma 2.

Abstimmung Nr. 017

2025.SUE.0031: Tischvorlage GFL Lemma 2

Ablehnung

Ja	28
Nein	45
Enthalten	2

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zur nächsten Gegenüberstellung: Antrag 4 GB/JA! wird Antrag GFL, Lemma 3 gegenübergestellt. Wenn ihr dem Antrag GB/JA! den Vorzug geben wollt, stimmt ihr Grün, für den Antrag GFL stimmt ihr Rot.

Antrag 4

GB/JA

Der Stadtrat befreit den Verein Bärner Stadtfescht für seine Veranstaltung «Bärner Stadtfescht 2026» vom 19. bis 21. Juni 2026 von den städtischen Gebühren für die Benutzung des öffentlichen Bodens, für die Signalisation, für die Reinigung sowie für die Polizeikosten im Umfang von maximal Fr. 407'800 **unter folgender Bedingung:**

- Jeder Stand mit einem Gastronomieangebot bietet mindestens ein preisgünstiges Menu an.

Abstimmung Nr. 018

2025.SUE.0031: Antrag 4 vs. Tischvorlage GFL Lemma 3

Tischvorlage GFL Lemma 3 obsiegt

Ja	23
Nein	52
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt dem Antrag GFL den Vorzug gegeben. Wir stimmen ab über den obsiegenden Antrag GFL.

Abstimmung Nr. 019

2025.SUE.0031: Tischvorlage GFL Lemma 3

Ablehnung

Ja	31
Nein	38
Enthalten	5

Präsident: Ihr habt diesen Antrag abgelehnt. Wir kommen zur nächsten Gegenüberstellung. Antrag 5 GB/JA! wird gegenübergestellt der Tischvorlage GFL, Lemma 4. Wer dem Antrag GB/JA! den Vorzug geben will, stimmt Grün, für den Antrag GFL Rot.

Antrag 5

GB/JA

Der Stadtrat befreit den Verein Bärner Stadtfescht für seine Veranstaltung «Bärner Stadtfescht 2026» vom 19. bis 21. Juni 2026 von den städtischen Gebühren für die Benutzung des öffentlichen Bodens, für die Signalisation, für die Reinigung sowie für die Polizeikosten im Umfang von maximal Fr. 407'800 **unter folgender Bedingung:**
- Mindestens 50% der Personen, die am Stadtfescht auftreten, sind FINTA.

Abstimmung Nr. 020

2025.SUE.0031: Antrag 5 vs. Tischvorlage GFL Lemma 4

Tischvorlage GFL Lemma 4 obsiegt

Ja	25
Nein	50
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt dem Antrag GFL den Vorzug gegeben. Wir stimmen auch hier über den obsiegenden Antrag GFL ab.

Abstimmung Nr. 021

2025.SUE.0031: Tischvorlage GFL Lemma 4

Ablehnung

Ja	33
Nein	39
Enthalten	3

Präsident: Ihr habt diesen Antrag abgelehnt. Wir kommen zur letzten Gegenüberstellung. Wir stellen Antrag GB/JA! Nummer 6 Antrag GFL, Lemma 5 gegenüber. Auch hier: Für den Antrag GB/JA! stimmt ihr Grün, für den Antrag GFL Rot.

Antrag 6

GB/JA

Der Stadtrat befreit den Verein Bärner Stadtfescht für seine Veranstaltung «Bärner Stadtfescht 2026» vom 19. bis 21. Juni 2026 von den städtischen Gebühren für die Benutzung des öffentlichen Bodens, für die Signalisation, für die Reinigung sowie für die Polizeikosten im Umfang von maximal Fr. 407'800 **unter folgender Bedingung:**
- Mindestens eine Bühne ist spezifisch für junge, lokale Kunst- und Kulturschaffende reserviert.

Abstimmung Nr. 022

2025.SUE.0031: Antrag 6 vs. Tischvorlage GFL Lemma 5

Tischvorlage GFL Lemma 5 obsiegt

Ja	27
Nein	46
Enthalten	2

Präsident: Ihr habt dem Antrag GFL den Vorzug gegeben. Wir stimmen auch hier ab über den obsiegenden Antrag GFL, Lemma 5.

Abstimmung Nr. 023

2025.SUE.0031: Tischvorlage GFL Lemma 5

Ablehnung

Ja	35
Nein	38
Enthalten	2

Präsident: Ihr habt diesen Antrag abgelehnt. Wir stimmen noch ab über die Tischvorlage der Fraktion Mitte.

Tischvorlage Mitte

Das Organisationskomitee des Stadtfests Bern soll die Möglichkeit erhalten, Sponsoren gezielt einzubinden, um das Fest finanziell zu unterstützen. Im Gegenzug können Sponsoren in einem angemessenen Rahmen auf ihre Unterstützung aufmerksam machen. Dabei ist sicherzustellen, dass das Stadtfest seinen besonderen Charakter, seine Offenheit und die hohe Aufenthaltsqualität wahrt. Sponsoren sollen einen Bezug zu Bern haben. Läuft das Sponsoring besonders erfolgreich und weist das Organisationskomitee einen Reingewinn von über 120'000 CHF aus, sollen 50 % des Gewinnanteils über diesem Betrag an die Stadt zurückgehen – als Ausgleich für den Gebührenerlass.

Abstimmung Nr. 024

2025.SUE.0031: Tischvorlage Mitte

Ablehnung

Ja	23
Nein	47
Enthalten	5

Präsident: Ihr habt diesen Antrag abgelehnt. Wir kommen somit zur Schlussabstimmung. Wer dem Antrag des Gemeinderats auf Gebührenbefreiung zustimmen will, stimmt Grün, wer ihn ablehnt, stimmt Rot.

Abstimmung Nr. 025

2025.SUE.0031

Annahme

Ja	57
Nein	17
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt diesem Geschäft zugestimmt.

2024.SUE.0038

7 Ausbildung Angehörige Zivilschutz ZSO Bern plus – Leistungsvertrag mit dem Ausbildungszentrum Bevölkerungsschutz RKZ Spiez 2026 – 2030; Verpflichtungskredit

Präsident: Wir kommen somit zu Traktandum Nummer 7, ein Sachgeschäft ohne Referendum. Es geht um die Ausbildung Angehörige Zivilschutz ZSO Bern plus – Leistungsvertrag mit dem Ausbildungszentrum Bevölkerungsschutz RKZ Spiez für die Jahre 2026 bis 2030 beziehungsweise den Verpflichtungskredit zu diesem Leistungsvertrag. Für die vorberatende Kommission RWSU erteile ich Debora Alder-Gasser das Wort. Sie müsste noch angemeldet werden. Für die RWSU hat das Wort Debora Alder-Gasser.

Debora Alder-Gasser (EVP) für die Kommission: Heute darf ich euch den Leistungsvertrag für die Ausbildung Angehörige Zivilschutz des ZSO Bern plus mit dem Ausbildungszentrum Bevölkerungsschutz RKZ Spiez vorstellen. Es geht um die Jahre 2026 bis 2030 und einen Verpflichtungskredit in der Höhe von rund 1,2 Mio. Franken. Der aktuell gültige Vertrag mit dem RKZ Spiez läuft Ende Jahr aus. Ab dem 1. Januar 2026 wird das neue kantonale Zivilschutzgesetz in Kraft treten und die Zuständigkeit für die Grundausbildung, die Zusatz- und Kaderausbildungen von den Gemeinden auf den Kanton verschoben. Laut den Übergangsbestimmungen bleiben die Gemeinden während vier Jahren nach Inkrafttreten des neuen Zivilschutzgesetzes für Grundausbildung, Zusatz- und Kaderausbildung sowie Weiterbildung zuständig. Deshalb diskutieren wir heute über diesen Leistungsvertrag mit dem RKZ Spiez bis 2030.

Das vorliegende Geschäft umfasst fünf Jahre, weil damit allfällige Verzögerungen im Aufbau eines zentralen kantonalen Ausbildungszentrums für den Zivilschutz aufgefangen werden könnten. Der Vertrag enthält aber mit der Möglichkeit zur vorzeitigen Auflösung auch die Flexibilität, um angepasste Bedingungen aufzufangen. Wenn also der Kanton wider Erwarten sein Zentrum früher bereitstellt, kann die Stadt auch früher aus dem Leistungsvertrag aussteigen.

Die Zivilschutzorganisation Bern führt bereits seit Anfang Juli 2024 seine Aus- und Weiterbildungen im RKZ Spiez durch. Das RKZ Spiez ist ein bewährter Partner, der eine hohe Ausbildungsqualität bietet. Und die Zusammenarbeit mit Spiez hat sich bisher als ausgezeichnet erwiesen. Mit dem vorliegenden Leistungsvertrag sollen jährlich 750 Ausbildungstage gemäss eidgenössischen und kantonalen Vorgaben sichergestellt

werden. Die Kosten des ZSO Bern plus für die Ausbildung im RKZ Spiez belaufen sich auf jährlich 252'750 Franken für fünf Jahre und das entspricht dem Verpflichtungskredit von 1'263'750 Franken, über den wir heute entscheiden. Die jährlichen Ausgaben sind für das Jahr 2026 budgetiert und im AFP enthalten.

Eine Unsicherheit, die in der Kommission zur Sprache kam, ist die Berechnungsgrundlage der 57 Teilnehmertage. Diese wurden zwar im Hinblick auf Erfahrungen aus den Vorjahren festgelegt und die ist im Allgemeinen sehr schwankend. Trotzdem fallen 2025 voraussichtlich 1'000 Teilnehmertage an. Sollte dies auch für 2026 der Fall sein, dann wären diese Mehrkosten im Budget 2026 nicht berücksichtigt. Falls nicht intern kompensiert werden könnte, wäre dann ein Nachkredit fällig. Trotz dieser kleinen Unsicherheit empfiehlt euch die RWSU einstimmig, diesem Verpflichtungskredit von 1'263'750 Franken zuzustimmen.

Präsident: Merci vielmals. Ihr habt es gehört: Das Geschäft wird von der vorberatenden Kommission einstimmig zur Annahme empfohlen. Besteht hier überhaupt Diskussionsbedarf? – Das ist nicht der Fall. Wünscht der Gemeinderat das Wort? – Der Gemeinderat verzichtet. Ist das Geschäft bestritten? – Das ist auch nicht der Fall. Dann ist dieser Verpflichtungskredit einstimmig genehmigt.

2024.SR.0209

8 **Motion Fraktion SP/JUSO (Chandru Somasundaram, SP/Paula Zysset, JUSO): Finanzielle Hürden bei Einbürgerungen senken; Ablehnung/Annahme Postulat**

Präsident: Wir kommen zu Traktandum Nummer 8. Es ist eine Motion der Fraktion SP-JUSO "Finanzielle Hürden bei Einbürgerungen senken". Die Motion ist vom Gemeinderat bestritten. Entsprechend erteile ich den Einreichenden das Wort. Für die Einreichenden hat Chandru Somasundaram das Wort.

Chandru Somasundaram (SP) für die Einreichenden: Mit der Staatsbürgerschaft wurde und wird seit jeher Politik gemacht, manchmal leise und manchmal sehr laut. Ein besonders drastisches Beispiel: Schweizer Frauen verloren bis 1952 automatisch ihren Pass, wenn sie einen ausländischen Mann heirateten. Sie wurden ausgebürgert; nicht etwa, weil sie die Schweiz verlassen wollten, sondern weil sie einen Ausländer heirateten. Die Schweiz betrieb mit der Regulierung des Zugangs zur Staatsbürgerschaft gezielte Bevölkerungspolitik. Klar, die 1950er-Jahre sind vorbei, aber auch heute wird mit den Einbürgerungshürden Politik gemacht. Die Botschaft war und ist über Jahrzehnte dieselbe: Staatsbürgerschaft ist nichts, was man bekommt. Man muss sie sich hart verdienen, ausser man wurde in die richtige Familie geboren – erst beweisen, dass man dazugehört und ordentlich dafür zahlen, dann aber auch nur vielleicht ein Ja von offizieller Seite. Es ist an der Zeit, die Staatsbürgerschaft neu zu denken. Teilhabe an der Demokratie darf kein Privileg sein, sie ist ein Grundrecht.

Die Motion fordert deshalb nichts anderes, als dass alle, die unsere Gesellschaft mittragen und hier mitbestimmen wollen, dies auch dürfen, und zwar ohne Eintrittsgeld. Wir müssen zur Kenntnis nehmen: Viele Berner*innen, die seit Jahren hier leben, haben längst bezahlt, und zwar mehrfach – für Aufenthaltsverlängerungen, für den Wechsel vom B- zum C-Ausweis immer wieder mehrere 100 Franken. Eine Einbürgerung bringt dann noch einmal Stadt-, Kantons- und Bundesgebühren mit sich. Das summiert sich dann leicht auf über 1'600 Franken. Diese Mehrfachbelastung wird immer wieder

mit dem Verwaltungsaufwand begründet. Und im einzelnen Gesuch mag das durchaus legitim erscheinen, aber in der Summe versteckt sich darin eine soziale Selektion, und das für ein Recht, das für andere von Geburt an selbstverständlich ist. Der Vorschlag des Gemeinderates, einkommensabhängige Gebühren oder Härtefallregelungen zu prüfen, ist gut gemeint, aber geht am eigentlichen Problem vorbei.

Der mit der Kontrolle des Einkommensverhältnisses verbundene Aufwand steht in keiner Relation zum Ertrag. Wer beurteilt denn, wer genug verdient, und wo ist die Grenze für tiefere Gebühren? Wer definiert Härtefälle? Und braucht all dies nicht noch viel mehr Aufwand und am Schluss mehr Personal, was den Ertrag wieder verpuffen lässt? Die Lösung liegt aus unserer Sicht klar auf der Hand, eine vollständige Abschaffung der Einbürgerungsgebühren. Denn seien wir ehrlich: Auch wir als gewählte Vertreter*innen haben ein Interesse daran, dass mehr Menschen in unserer Stadt mitreden und mitgestalten können. Wir gehen wie selbstverständlich davon aus, dass unsere Nachbarin, mit der wir das Wohnhaus teilen, auch wählen darf, dass die Lehrerin, die unsere Kinder unterrichtet, auch politisch gehört wird, oder dass der Lehrling in der Verwaltung nicht nur arbeitet, sondern auch mitbestimmen kann. Aber das ist nicht die Realität in der Stadt Bern.

Ein Viertel der Bevölkerung wird von unserer Demokratie ausgeschlossen. Und das müssen wir heute zur Kenntnis nehmen. Es ist unserer Meinung nach die Aufgabe dieses Parlaments, die Hürden zur Demokratie abzubauen. Uns ist aber auch bewusst: Eine Abschaffung der Gebühren wird nicht dazu führen, dass sich von heute auf morgen Hunderte mehr einbürgern lassen. Aber die Motion baut eine Hürde ab und sie setzt ein Signal. Wir senden ein Signal dafür, dass in Bern politische Teilhabe keine Frage des Einkommens ist, und das in einer Zeit, in der Herkunft, Pass und Hautfarbe verstärkt zur politischen Ausgrenzung instrumentalisiert wird; ein Signal, dass Menschen, die hier leben wollen, die unsere Stadt prägen und ausmachen, keine Bittsteller*innen sind. Wir senden ein Signal, dass wir die Mauern abbauen, welche um die Staatsbürgerschaft hochgezogen werden, und sei es nur ein Stück weit. Wir senden ein Signal an jene Schweiz, die für so viele Berner*innen schon heute Realität ist, über die wir aber mehrheitlich schweigen, die Schweiz der Einwanderinnen und Einwanderer. Wir erkennen die Schweiz als Einwanderungsland an und kommen ihr mit der Abschaffung der städtischen Einbürgerungsgebühren einen kleinen, aber einen Schritt näher. In diesem Sinne bitten wir Sie, die Motion anzunehmen.

Präsident: Ihr könnt euch anmelden für die Fraktionsvoten. Als erstes für die Fraktion FDP, Chantal Perriard.

Chantal Perriard (FDP) für die Fraktion: Die Motion spricht ein wichtiges Thema an. Menschen, die seit vielen Jahren hier leben, arbeiten und zur Vielfalt und zum Wohlstand unserer Stadt beitragen, sollen nicht an fehlenden finanziellen Mitteln scheitern, wenn sie sich einbürgern lassen möchten. Gleichzeitig müssen wir realistisch bleiben, was den Aufwand und die Zuständigkeiten im Einbürgerungsverfahren betrifft. Die Stadt Bern leistet im Verfahren mit Abstand den grössten Teil der Arbeit: Auskünfte, Prüfung umfangreicher Unterlagen, Einholung von Informationen bei verschiedensten Ämtern, ausführliche Befragungen und die gesamte Berichterstattung. Der durchschnittliche Aufwand von rund 9 Stunden pro Gesuch zeigt sehr deutlich, dass eine Einbürgerung für die Verwaltung kein administrativer Routinefall ist. Trotz dieses erheblichen Aufwands hat die Stadt Bern ihre Gebühren bereits deutlich reduziert und gehört heute zu den günstigsten Gemeinden im Kanton.

Eine Einzelperson zahlt bei uns eine Pauschale von 400 Franken, während der Kanton für denselben Fall 1'150 Franken verlangt. Schauen wir mal zur Gemeinde Ostermündigen. Die durchschnittlichen Einbürgerungsgebühren liegen bei 1'595 Franken für Einzelpersonen. Während die Stadt bewusst mit tiefen Pauschalgebühren arbeitet, erhebt Ostermündigen eine stundenbasierte Aufwandgebühr von 145 Franken, was zu deutlich höheren Gebühren führt. Auch die Gemeinde Köniz verlangt für Einzelpersonen rund 1'500 Franken. Wer hier, also in der Stadt Bern, von hohen Gebühren spricht, verkennet die Realität. Bern hat heute bereits eines der sozialverträglichsten Einbürgerungsmodelle der Schweiz. Und es ist, wie erwähnt, nicht kostendeckend. Der Bundesrat bestätigt dies im Postulatsbericht vom 5. November zur Einbürgerung der zweiten Ausländergeneration. In den 33 untersuchten Gemeinden der Kantone Bern, Obwalden, Glarus, Zug, Basel-Landschaft, Graubünden und Jura liegen die kommunalen Einbürgerungsgebühren für Einzelpersonen zwischen 0 und 3'500 Franken, die Gesamtkosten aller Ebenen zwischen 600 und 5'200 Franken.

Bern befindet sich mit 400 Franken an kommunalen Gebühren und Gesamtkosten aller Ebenen von 1'650 Franken für Einzelpersonen damit im untersten Bereich schweizweit. Würden wir die städtischen Gebühren vollständig streichen, entgingen der Stadt jährlich rund 200'000 Franken. Wir müssen uns bei dieser Entscheidung bewusst sein, dass es bei einem Einbürgerungsgesuch nicht nur um wenige Franken geht, sondern um mehrere 100 Franken pro Gesuch. Studien zeigen klar, dass nicht die kommunalen Gebühren entscheidend sind, ob jemand ein Gesuch einreicht oder nicht, sondern die formellen Voraussetzungen, die Komplexität des Verfahrens und die individuelle Lebenssituation.

Die FDP-Fraktion ist überzeugt: Gratiseinbürgerungen sind das falsche Signal und der falsche Weg. Aber wir stehen sozialverträglichen Lösungen offen gegenüber. Der Gemeinderat soll prüfen, ob Härtefallregelungen gemäss Gebührenreglement gezielt verstärkt werden können, etwa für Personen mit sehr tiefen Einkommen oder für Minderjährige, die hier aufgewachsen sind. So unterstützen wir diejenigen, die es wirklich brauchen, ohne das ganze System weiter zu unterfinanzieren. Die FDP-Fraktion wird die Motion ablehnen. Wir sind jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat anzunehmen, damit der Gemeinderat sozialverträgliche Modelle prüfen kann.

Präsident: Für die Fraktion Mitte, Andreas Egli.

Andreas Egli (Mitte) für die Fraktion: Auch der Mitte ist es wichtig, dass Einbürgerungen nicht an der finanziellen Situation scheitern. Aber ist die Stadt die richtige Adresse für dieses Anliegen? Wir wagen es zu bezweifeln. Die Stadt Bern hat, wie schon gesagt, im Vergleich mit anderen Gemeinden im Kanton schon jetzt tiefe Gebühren. Und im Vergleich zu den Gesamtkosten macht die Stadt nur einen geringen Teil aus. Wenn schon, müsste man die Forderung also wohl eher im Briefkasten des Kantons deponieren. Zudem ist eine Bedingung für eine Einbürgerung, dass man in den letzten zehn Jahren keine Sozialhilfe bezogen hat. Wer diese Bedingung erfüllt, wird wohl kaum an den 400 Franken scheitern – vielleicht auch hier der falsche Hebel. Wir betrachten die 400 Franken für Einzelpersonen, wie die Motionär*innen schreiben, also nicht als unverhältnismässige Hürde. Schlussendlich erhält man auch etwas dafür, ganz abgesehen vom Aufwand für die Stadt.

Dann noch zwei weitere Punkte. Interessant ist an der Motion ja auch, dass finanziell schwache Schweizer*innen, welche sich in Bern einbürgern lassen wollen, vom Gebührenerlass nicht profitieren würden, bliebe der Artikel 4.5.4 nämlich auch bei einer Annahme der Motion stehen. Das wäre dann also nicht ein Inländer- sondern ein Auslän-

dervorrang. Und dann gibt es in der Motion noch einen Satz, welcher uns Kopfzerbrechen gemacht hat. Ich zitiere kurz: "Anstatt die Schweizer Staatsbürgerschaft als exklusive Auszeichnung für besonders gut integrierte Personen zu betrachten, sollte sie vielmehr als Anerkennung der Zugehörigkeit zur Schweiz, als Garantie des Rechts auf politische Mitbestimmung und als Schutz vor potenziell willkürlichen behördlichen Massnahmen verstanden werden." Die Staatsbürgerschaft soll also nicht an gut integrierte Personen, sondern lieber an solche vergeben werden, welche sich der Schweiz zugehörig fühlen. Was ist denn falsch an gut integrierten Personen, welche man einbürgert?

Ich wage einmal zu behaupten, dass jene, welche sich der Schweiz zugehörig fühlen, auch gut integriert sind. Also wo liegt der Unterschied respektive was ist überhaupt die Forderung? Dann steht im zweiten Teil noch etwas anderes: "als Schutz vor potenziell willkürlichen behördlichen Massnahmen". Die Motionär*innen unterstellen den Behörden also Willkür, was wir doch etwas dicke Post finden.

Präsident: Für die Fraktion SVP hat Bernhard Hess das Wort.

Bernhard Hess (SVP) für die Fraktion: Es ist wohl klar, dass die SVP den Vorstoss für die Einbürgerungsgebühren, die man gänzlich streichen will, ablehnt. Für uns gilt, dass die Einbürgerung nicht der erste Schritt bei der Integration ist, sondern natürlich der letzte; also dass man damit zeigt, dass man nachher auch ein Teil unserer Gemeinschaft sein soll. Wenn man jetzt die Gebühren abschafft – es würde sich um rund 400 Franken handeln –, würde man im Prinzip nicht einmal mehr kostendeckende Gebühren erfassen können. Für uns ist ganz klar: Die Einbürgerung soll es nicht zum Nulltarif geben. Und wir sind deswegen der Meinung, dass wir sowohl das Postulat wie natürlich auch die Motion ablehnen.

Präsident: Für die Fraktion GB/JA! hat das Wort Mirjam Arn.

Mirjam Arn (GB) für die Fraktion: Die Stadtberner Bevölkerung ist aktuell leicht wachsend, wobei der Wanderungssaldo daran den Hauptanteil beträgt. Unsere Gesellschaft ist zunehmend geprägt von einer Durchmischung von Menschen unterschiedlicher Herkunft. Der Trend zeigt weiter in diese Richtung. Etwa ein Drittel der Stadtberner Bevölkerung hat aktuell einen Migrationshintergrund. Es ist daher gar keine Diskussion, dass eine gute und einfache Integration in der Stadt Bern Priorität haben muss. Studien der ETH Zürich zeigen sehr interessante Ergebnisse. Eine Einbürgerung fördert die soziale und politische Integration von Immigrant*innen im Aufnahmeland. Durch das Erlassen der städtischen Gebühren für die Einbürgerung kann eine Hürde gesenkt werden, was einerseits finanziell und andererseits auch symbolisch die tatsächliche Aufnahme in die Gesellschaft erleichtern kann. Mitbürgerinnen und Mitbürger können so sämtliche Rechte und Pflichten erhalten und aktiv am politischen Leben teilnehmen. Dies fördert die tatsächliche repräsentative Demokratie und stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die Einbürgerung erhöht laut einer weiteren Studie der ETH die langfristigen Einkommen von marginalisierten und ärmeren Immigrant*innen, was sehr interessant ist. Der Jahreslohn von Ausländer*innen, die sich einbürgern lassen, steige gemäss der Studie während der ersten 15 Jahre nach der Einbürgerung im Schnitt um 5'000 Franken stärker an als die jener Menschen, die sich nicht einbürgern lassen. Besonders stark steigen hier laut der Studie die tiefen Einkommen an – nur so viel zum Thema Finanzen.

Wie der Gemeinderat schreibt, ist der Aufwand von Einbürgerungen für die Stadt durch Telefonauskünfte, Prüfen von Unterlagen, Einholen von Referenzen etc. gross und die Gebühren sind nicht kostendeckend. Dieser Aufwand ist jedoch gross unabhängig von den erhobenen Gebühren. Auch nehme ich nicht an, dass die Anzahl der Gesuche gross ansteigen wird, wenn die Stadt die Gebühren erlässt, da die kantonalen Gebühren den Hauptteil der Kosten für die Gesuchstellenden ausmachen.

Die finanziellen Auswirkungen einer Annahme der Motion werden sich also in Grenzen halten. Wenn sich die Einkommen von eingebürgerten Menschen wie vorhin angetönt erhöhen, führt dies ausserdem auch zu höheren Steuereinnahmen. Was nun die Aufgabe der Stadt sei oder nicht, das kann diskutiert werden. Wir finden, der Service der Stadt in der Bearbeitung der Fragen zur Einbürgerung ist für die gesamte Bevölkerung von grosser Wichtigkeit und der Nutzen ist für alle klar. Ein Entgegenkommen durch Gebührenerlass ist ein Zeichen von Engagement für die Integration, was definitiv zu den Aufgaben der Stadt gehört. Die GB-JA!-Fraktion unterstützt das Anliegen der Motion und nimmt den Vorstoss an.

Präsident: Für die Fraktion AL-PdA- TIF, Raffael Joggi.

Raffael Joggi (AL) für die Fraktion: Es ist schon einigermaßen zum Kotzen, wenn der Gemeinderat sagt, ein Stadtfest sei hier, um den Zusammenhalt zu fördern. Und dann – zum halben Preis – wird hier vorgerechnet, 200'000 Franken würde das jährlich kosten, werden hier Leute eingebürgert. Was ist dem Zusammenhalt der Gesellschaft aber dienlicher? Es ist echt nicht nachzuvollziehen, was hier das Problem sein soll. Ich bin froh, dass nicht gewandelt wurde und wir gehen auch hier von unserer Fraktion davon aus, dass das überwiesen wird.

Der Forschungsstand ist klar: Eine der höchsten Hürden bei einer Einbürgerung sind die Kosten. Und ja, es ist auch das Problem der Stadt, da wir dreimal bezahlen dürfen, wenn wir Schweizer werden wollen: also einmal beim Bund, beim Kanton und der Gemeinde. Die Stadt Bern mit all ihren Grundsätzen und ihren löblichen Absichten kann mit gutem Beispiel vorangehen und diesen, sorry, kleinlichen Betrag einfach sprechen. Wenn man damit auch nur einige Leute zu einer Einbürgerung motivieren kann, ist es das Geld alleweil wert. Daher werden wir ganz klar annehmen und können nicht verstehen, wie man hier plötzlich kleinlich sein soll.

Präsident: Für die Fraktion GFL, Carola Christen.

Carola Christen (GFL) für die Fraktion: Die Einbürgerung ist tatsächlich ein zentraler Schritt zur politischen und gesellschaftlichen Teilhabe. Menschen, die in Bern leben, hier arbeiten, Steuern zahlen und Teil unserer Gesellschaft sind, sollen nicht durch finanzielle Hürden daran gehindert werden, Schweizerbürgerinnen und -bürger zu werden. Diese Ansicht teilen auch wir. Wir danken den Initiant*innen für die Stossrichtung sowie die Diskussion, die diese Motion angestossen hat. Nichtsdestotrotz möchten wir betonen, dass nicht alle Personen, die Schweizerbürger*innen werden möchten, über die gleichen finanziellen Mittel verfügen. Die Spannbreite an Einkommens- und Vermögenswerten ist auch hier gross. Daher macht es unserer Ansicht nach nur Sinn, dort Gebühren zu erlassen, wo dies auch tatsächlich notwendig ist – gezielt also und nicht einfach pauschal, also bei den Personen, bei denen die Gebühren eine Hürde darstellen, einen Antrag auf die Schweizer Staatsbürgerschaft zu stellen.

Einem deutschen Arzt beispielsweise mit einem hohen Einkommen müssen keine Gebühren erlassen werden. Ganz nebenbei werden gemäss Statistik schweizweit die

meisten Personen aus unseren Nachbarstaaten eingebürgert: Deutschland, Italien und Frankreich. Daher erachten wir eine klare Härtefallregelung und, wie dies auch der Gemeinderat vorschlägt, ein einkommens- und vermögensabhängiges Modell als zielführend und notwendig. Denn genau solche Lösungen sind sinnvoll und unabdingbar, wenn wir dem ursprünglichen Ziel, finanzielle Hürden für die Einbürgerung zu verringern und mehr Chancengleichheit zu erreichen, gerecht werden wollen. Mit dieser Alternative können wir in Bern Menschen mit wenig Vermögenswerten gezielt entlasten, beispielsweise mit einer Einzelfallprüfung, anstelle komplett, also pauschal, auf die Gebühren verzichten zu müssen. Zudem ist ein pauschaler Gebührenerlass belastend für das Budget der Stadt Bern. Und wie der Gemeinderat bereits in seiner Antwort festgehalten hat, sind die Einnahmen für die Stadt bereits jetzt nicht kostendeckend. Mit einer generellen Abschaffung der Gebühren auf städtischer Ebene würde sich dies nochmals verschärfen. Hinzu kommt, dass die Hauptlast der Gebühren, wie bereits mehrfach ausgezeigt wurde, auf kantonaler Ebene liegt. Der Impact bei einer Gebührenreduktion auf Stadtebene ist somit eher gering. Wir seitens der GFL sprechen uns aus für eine Chancengleichheit, damit diese Personen unterstützt und dort die Hürden abgebaut werden können, wo dies auch tatsächlich benötigt wird. Aus diesem Grund enthält sich unsere Fraktion bei der Motion. Einem Postulat würden wir jedoch zustimmen.

Präsident: Für die Fraktion SP-JUSO, Helin Genis. Ihr könnt euch anmelden für allfällige Einzelvoten.

Helin Genis (SP) für die Fraktion: Ich spreche heute nicht nur für die Fraktion SP-JUSO, sondern auch für die 25% der Bevölkerung in Bern, die heute keine politische Stimme haben. Wir sprechen heute über Menschen, die hier leben, Menschen, die seit Jahren oder Jahrzehnten Teil unserer Gesellschaft sind, die hier arbeiten, Kinder grossziehen, Steuern zahlen. Und trotzdem dürfen sie nicht mitbestimmen, nicht abstimmen, nicht wählen, weil sie keinen Schweizerpass haben. Und der Weg dorthin ist für viele voller Hürden und zusätzlich mit hohen Gebühren verbunden. Einbürgerung ist ein demokratischer Akt und darf kein Privileg für jene sein, die es sich leisten können. Trotzdem verlangen wir von diesen Menschen 400 Franken für einen Schritt, den wir selbst als zentralen Zugang für politische Teilhabe definieren.

Für viele Haushalte mit tiefen Einkommen ist das eben doch zu viel; gerade für Familien, gerade für Alleinerziehende, gerade für jene, die ohnehin schon weniger haben. Es gibt Familien, die sich entscheiden müssen, Kind 1 oder Kind 2 einzubürgern, weil das Geld einfach nicht für beide Kinder reicht. Diese Menschen erfüllen die Voraussetzungen für die Einbürgerung jedoch längst. Sie sind Teil unserer Stadt, sie gehören dazu. Einbürgerung und politische Teilhabe dürfen kein Luxus sein. Wer hier lebt, soll auch mitentscheiden können. Der Gemeinderat möchte mit einkommensabhängigen Gebühren der Motion entgegenkommen. Das ist schön und gut. Man könne im Einzelfall schauen. Aber genau da liegt immer noch das Problem: Die Hürde bleibt, die Unsicherheit bleibt, die Bürokratie bleibt, ein weiteres Verfahren, das abschreckt, und viele verzichten. Die Gebühr abzuschaffen ist ein kleiner Schritt für die Stadt, aber ein grosser für all jene, die bislang ausgeschlossen sind. Das Kostenargument überzeugt nicht: 150'000 Franken im Jahr sind für Bern verkraftbar. Für viele Betroffene aber ist es der Unterschied, ob sie mitreden können oder ob sie weiterhin stumm bleiben.

Die SP-JUSO-Fraktion nimmt die Motion klar an, denn die Stadt Bern soll ein Zeichen setzen, ein starkes Zeichen für mehr Demokratie, für mehr Teilhabe.

Präsident: Als Einzelsprecherin hat Salome Mathys das Wort.

Salome Mathys (GLP), Einzelvotum: Es war nicht vorbesprochen, weil das sehr spontan ist. Deswegen spreche ich als Einzelsprecherin und nicht für die Fraktion. Ich durfte heute tatsächlich teilnehmen an einem Research Lunch, an dem gerade eine neue Studie darüber vorgestellt wurde, weshalb Einbürgerungen von Personen, die eingebürgert werden könnten, eben nicht stattfinden. Und die hohen Gebühren sind tatsächlich ein Grund. Das ist ein Grund, weshalb Leute sich nicht einbürgern lassen. Denn in einzelnen Kantonen kann es extrem teuer werden. Ich glaube, es waren irgendwie 3'500 Franken pro Gesuch, die es kosten kann – nicht in Bern. Aber das ist ein Grund. Es gibt auch noch andere Gründe wie den Verlust der zweiten Staatsbürgerschaft, also der Staatsbürgerschaft, die sie derzeit haben. Genau, das ist auch ein Hauptgrund. Wir nehmen als Fraktion die Motion nicht an. Wir würden aber das Postulat annehmen. Denn die Gebühr der Stadt, wie vorhin ausgeführt wurde, auch von Mirjam, ist nicht das Wesentliche. Die ist relativ tief im Vergleich zu den kantonalen Gebühren. Eigentlich müsste man dazu beim Grossen Rat eine Motion eingeben. Das heisst, die Stadt macht keinen Unterschied. Und wir bezahlen ja für alles eine Gebühr, für jede Adressänderung, für jeden Niederlassungsbewilligungsnachweis. Wir bezahlen für alles eine Gebühr. Alle, also auch die wenig Verdienenden bezahlen diese Gebühren auch. Das heisst, wir verlieren eigentlich nur Geld, indem wir den Gutverdienenden diese Gebühr erlassen. Dadurch geht einfach Geld verloren in der Stadtverwaltung, das wir dann eben verwenden könnten, damit wir vielleicht alle Gebühren prüfen könnten für wenig Verdienende. Und deswegen unterstützen wir das Postulat. Wir finden, Härtefälle muss man prüfen, damit diese keine Gebühren bezahlen oder viel tiefere Gebühren – aber nicht die Motion, wonach es für alle einen Gebührenerlass geben soll.

Präsident: Als nächster Einzelsprecher, Chandru Somasundaram.

Chandru Somasundaram (SP), Einzelvotum: Es freut mich ja, dass ich in diesen verschiedenen Voten so oft gehört habe, dass man durchaus für faire Einbürgerungen ist und dass die Gebühren oder die Finanzen dabei keine Rolle spielen. Aber jetzt, da wir die Möglichkeit haben, dazu wirklich auch einen Gegentrend zu setzen, bleiben diese Bekenntnisse nur das, was sie sind – eben Lippenbekenntnisse.

Und ich möchte noch anfügen, dass eine Studie von 2024 auch zeigt, dass in den letzten Jahren die Tendenz dahin gegangen ist, dass hochqualifizierte Menschen markant öfter eingebürgert wurden, und die Zahl der geringer Qualifizierten, wie sie dort genannt werden, dagegen zurückgegangen ist. Die Hürden werden klar höher und sie gehen in die Richtung, dass es für Menschen, die weniger Einkommen haben, immer schwieriger wird. Denen, die vermögend sind, wird der rote Teppich ausgelegt. Das ist ein Trend, der mich beunruhigt. Und wir haben heute als Stadt die Möglichkeit hier ein Zeichen dafür zu setzen, dass wir den Gegentrend starten wollen. Oft ging es aus den Gemeinden hervor, wenn Fortschritt den Weg auch in den Kanton oder zum Bund fand. Und heute können wir diesen ersten Schritt machen.

Präsident: Als nächster Einzelsprecher, Szabolcs Mihályi.

Szabolcs Mihályi (SP), Einzelvotum: Der beste oder schlechteste Entscheid dieses Rates war es 1994, mich einzubürgern. Um das Beispiel des deutschen Arztes zu bemühen: In Zeiten von Fachkräftemangel in einem Land, wo wir uns zu billig sind, genügend Ärzte auszubilden und lieber Gratisärzte und -ärztinnen aus Deutschland immi-

grieren lassen – inklusive meines Hausarztes übrigens – können wir es uns, glaube ich, nicht leisten, auch den gut Qualifizierten bei den Einbürgerungen irgendwelche Hindernisse in den Weg zu stellen. Jede Person, die sich einbürgert, ist eine Bereicherung für unser Land und Teil dieser Gesellschaft. Es wird immer bemüht, wie viel man mit einem Schweizerpass eigentlich kriegt. Eigentlich das Einzige, was man wirklich kriegt mit der Einbürgerung, sind politische Rechte und Rechte zur Teilhabe. Alles andere gilt für Ausländer bis Ausländerinnen auch, Steuerpflicht etc. Deshalb – machen wir uns nichts vor – geht es darum, dass diese Leute einfach dazugehören können, auch wenn sie gut verdienen – umso besser, dann zahlen sie auch mehr Steuern.

Präsident: Als Einzelvotum, Tanja Miljanovic.

Tanja Miljanović (GFL), Einzelvotum: Ich bin grundsätzlich sehr dafür, dass die Einbürgerung vereinfacht wird, und zwar massiv, auch weil ich extrem davon profitiert habe. Ich bin ja eingebürgert. Ich möchte das unterstützen. Meine Eltern sind zum Beispiel nicht eingebürgert und sind unter anderem auch deswegen wieder ausgewandert. Also, es ist mir ein ganz persönliches, wichtiges Anliegen. Ich finde es aber sehr schwierig, wenn man die Situation so darstellt, dass es wegen dieser kleinen Gebühren, die die Stadt Bern erlässt, ein wichtiger Schritt oder ein grosser Schritt wäre oder so. Denn das ist es nicht. Meine Eltern haben die Einbürgerung nicht gemacht, weil sie es finanziell nicht hätten zahlen können, sondern weil es ganz viele andere Gründe gibt, die extrem ablehnend sind, die extrem erniedrigend sind, eigentlich fast menschenverachtend.

Aber ich finde, es ist auch ein bisschen ein schwieriges Signal, wenn man diese Gebühren nun so hervorhebt, wie wenn das Problem dann gelöst wäre. Es ist es überhaupt nicht. Ich finde: Es verwischt eigentlich die ganze Situation. Das Problem sind nicht die Gebühren. Wir können schon diesen kleinen Stein bewegen und uns dann auf die Schulter klopfen und dann zwei Jahre lang nichts mehr machen – was vermutlich kommt. Denn das andere ist ja genau die komplizierte und schwierige Diskussion. Aber ich finde: Wenn wir wirklich etwas verändern sollen, dann dort, wo wir auch einen grossen und effektiven Hebel haben. Wie informieren wir nur schon die Leute, damit sie wissen, was sie machen müssen, wo sie sich melden sollen? Das ist die ganz grosse Frage. Ich hätte gerne eine Statistik dazu, wie viele es sich tatsächlich nicht leisten können. Ich glaube, es ist ein verschwindend kleiner Prozentsatz, der diese städtischen, ich rede nicht von den kantonalen Gebühren, die städtischen Gebühren nicht zahlen kann. Und das ist für mich jetzt einfach ein bisschen eine fadenscheinige – nicht eine fadenscheinige Diskussion –, aber diese Emotionalität, die hier hochkommt, finde ich ein bisschen fadenscheinig.

Präsident: Merci. Es gibt keine weiteren Voten aus dem Saal? – Dann hat Alec von Graffenried für den Gemeinderat das Wort.

Alec von Graffenried, Direktor SUE: Herr Stadtratspräsident, liebe Stadträtinnen und Stadträte, sehr geehrte Damen und Herren, herzlichen Dank für diese engagierte Debatte. Vieles wurde gesagt, es wurde viel Richtiges gesagt. Wichtig ist, dass die Stadt, eigentlich die städtischen Behörden, das Polizeiinspektorat, praktisch das ganze Verfahren durchführt. Alle Kontakte mit den Menschen, die sich einbürgern lassen wollen, erfolgen mit dem Polizeiinspektorat. Die ganzen Auskünfte, die ganzen Erkundigungen, alles wird dort abgewickelt. Und die Gebühr der Stadt ist die niedrigste Gebühr. Sie ist bereits heute nicht kostendeckend. Der Stadtrat hat diese Gebühr vor fünf, sechs Jah-

ren gesenkt. In Kraft ist das seit Juli 2021. Sie haben das im Vortrag gesehen. Die Gebühren wurden entsprechend neu festgesetzt.

Es wurde richtig gesagt: Das Einbürgerungsverfahren ist kompliziert. Es ist in der Vergangenheit sogar noch komplizierter geworden, leider. Der Gemeinderat engagiert sich dafür, dass sich möglichst viele Leute einbürgern lassen und dass sie dieses Verfahren halt trotzdem durchlaufen. Es wird in der Stadt Bern möglichst einfach durchgeführt und entsprechend wurden auch die Gebühren gesenkt. Von der gesamten Einbürgerungsgebühr entfällt etwa ein Viertel auf die Stadt, obwohl Kanton und Bund eigentlich reine Schreibtischverfahren durchführen und die Stadt den Löwinnenanteil der Arbeit durchführt. Ob die städtische Gebühr entscheidend ist – ich würde es auch sehr bezweifeln. Wir schreiben allen Menschen, die die Voraussetzungen erfüllen, und natürlich erfüllen von den 25% Ausländerinnen und Ausländern viele die Voraussetzungen noch gar nicht. Aber von denen, die die Voraussetzungen erfüllen, lassen sich leider auch viele nicht einbürgern aus Gründen, die hier auch genannt worden sind. Es gibt sogar Leute in zweiter, dritter Generation, die hier leben und lieber als Ausländerinnen und Ausländer hier leben und von diesem wichtigen Instrument der Teilhabe, wie es hier auch gesagt wurde, nicht Gebrauch machen wollen. Wir sind bereit, diese Gebühren noch einmal anzuschauen, sie dann eben differenziert und bedürfnisgerecht anzupassen. Das wäre mit einem Postulat möglich. Der Gemeinderat wäre bereit, ein Postulat entgegenezunehmen. Die Motion in dieser Form lehnt er ab.

Präsident: Wir kommen somit zur Abstimmung. Der Vorstoss wurde nicht gewandelt. Wir stimmen also ab über die Motion.

Abstimmung Nr. 026

2024.SR.0209: Erheblicherklärung

Annahme

Ja	36
Nein	21
Enthalten	9

Präsident: Ihr habt diesen Vorstoss als erheblich erklärt.

Bevor wir zum nächsten Traktandum kommen, erlaube ich mir, eine kurze persönliche Geschichte zu erzählen, weil vorhin mehrere Personen ihre persönliche Migrationsgeschichte vorgetragen haben. Wir haben heute einen speziellen Gast auf der Zuschauertribüne, nämlich meine Mutter. Meine Mutter wurde selbst vor 44 Jahren in der Schweiz eingebürgert. Ich habe mir vorhin nochmal kurz bestätigen lassen, wann genau das war.

2024.SR.0015

9 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Bernhard Hess/Thomas Glauser): Auf öffentlich zugänglichen Plätzen, den die Stadt für öffentlich zugängliche Veranstaltungen zur Verfügung stellt (Bsp. «Sternenmärit»), muss weiterhin das Zahlen mit Bargeld möglich sein; Ablehnung

Präsident: Und somit kommen wir zum nächsten Traktandum. Wir sind bei Traktandum Nummer 9. Das ist ein Vorstoss der Fraktion SVP. Dieser wurde bereits vor längerem,

nämlich im Februar 2025, als er das erste Mal traktandiert war, in ein Postulat gewandelt. Wir werden somit also über das Postulat befinden. Das Postulat ist aber vom Gemeinderat bestritten. Für die Einreichenden hat Alexander Feuz das Wort.

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Wir haben in ein Postulat gewandelt. Ich bin von verschiedenen Seiten darauf aufmerksam gemacht worden, dass man es als Postulat unterstützen würde, und so haben wir gewandelt. Denn wir sind wirklich der Meinung, das sei ein Problem, das wir haben, und wir müssten eine Lösung finden.

Ihr habt ja auch gesehen, worum es uns geht. Wenn Private im Jachtclub nur Leute mit Platinkarten haben wollen, oder wenn es teilweise heisst, man könne nur mit der goldenen American Express zahlen, dann kann man das machen. Ich finde das zwar nicht gut, aber rechtlich zulässig. Wir greifen hier nicht in die Gewerbefreiheit ein. Nein, uns geht es darum, dass auf öffentlichen Plätzen, wo Private wie beim Sternenmarkt Veranstalter sind, alle weiterhin mit Bargeld zahlen können.

Und jetzt sollte Bern gleich gescheit sein wie Zürich. Die Stadt Zürich hat nämlich bei dieser "Polarnacht" ihr Konzept geändert. Der Veranstalter hat eingesehen, dass er hier zu weit gegangen ist. Und zwar ist es wahrscheinlich mehr darum gegangen, die eigentlichen Veranstalter, die selbst die Ladenbetreiber sind, ein bisschen zu kontrollieren, ob sie das Geld wirklich abliefern. Und ich bin der Meinung, wir Berner sollten auch den Mut haben zu sagen: Nein, wir wollen hier auf öffentlichen Plätzen genau das gleiche machen wie in Zürich. Es soll weiterhin möglich sein, – ich sage nicht: Ihr habt eine Bargeldpflicht – mit Bargeld zu zahlen. Und das ist für mich auch ein Sozialanliegen. Denkt daran, es gibt gewisse Leute, die wollen keine datentechnischen Spuren hinterlassen. Die wollen nicht hören, dass die Bank ihnen sagt, sie seien dreimal auf dem Weihnachtsmarkt gewesen und sie hätten dreimal eine Karte verlängert. Das ist der eine Punkt. Dann gibt es die, die das Konto überzogen haben. Die können gar nicht mehr mit der Karte zahlen. Und es gibt auch solche, die das Natel vergessen haben oder mit dem Natel nicht twinten wollen oder vielleicht auch die Natel-Gebühren nicht bezahlt haben. Dann schliesst ihr diese Leute alle einmal aus. Und dann gibt es für mich noch eine weitere Kategorie. Die ist vielleicht durchaus solvent, aber da sagt vielleicht die Frau, der Ehepartner oder die Freundin oder was auch immer zu Recht: Wenn der mit der Karte an den Weihnachtsmarkt geht, dann leert ihr sie. Wenn er einen 20er oder einen 50er hat, dann gibt er das Geld aus. Damit hat man eine soziale Kontrolle. Aber wenn er mit der Karte zahlt, dann braucht er die auf.

Und darum bin ich der Meinung, man sollte diesem Postulat zustimmen. Und dann gibt es einen zweiten Grund. Wer hat auch Interesse, dass man mit dem Kärtchen zahlt? Das sind die Leute, die Twint haben und dort jeweils schöne Pourcentagen haben. Darum bin ich der Meinung, das ist der falsche Weg, wie ihr heute in der Zeitung gelesen habt. Ich bin sehr froh, dass Herr Jaggy vom Weihnachtsmarkt gesagt hat, dort könne man weiterhin bar zahlen. Und diese Leute haben es sogar lieber, wenn man mit Bargeld zahlt, weil sie das Geld direkt haben und es nachher nicht noch einmal weitergeben und abrechnen müssen.

Und ich bin der Meinung: Für den Kontrollmechanismus, den der Veranstalter vielleicht haben möchte, sollte sich die Stadt auf öffentlichem Grund – und ihr habt auch gehört, dass unser Alt-Stadtratskollege MCW gesagt hat, man greife in die Handels- und Gewerbefreiheit ein. Nein, es geht hier um den öffentlichen Grund. Dort mache ich den ganz grossen Unterschied. Und darum danke ich allen Parteien und Gruppierungen, die das Postulat unterstützen. Wir haben es gewandelt. Ich beharre nicht auf einer harten Position. Mir geht es wirklich darum, im Sinne der Sache, auf öffentlichem Grund, dass man aufgrund dieser Forderungen, die wir wollen, ein Reglement macht, das si-

cherstellt, dass man die Vergaben an die Auflage knüpft, dass man weiterhin mit Bargeld zahlen kann und dass man eben nur dann öffentlichen Grund zur Verfügung stellt, wenn das eben weiterhin möglich ist. Ich danke für die Unterstützung und halte mich kurz.

Präsident: Für die Fraktion GB/JA!, Katharina Gallizzi.

Katharina Gallizzi (GB) für die Fraktion: Die Redner*innenliste ist lang. Wir hatten auch sehr lange Zeit, uns auf dieses Votum vorzubereiten. Ich glaube, ich habe es im Februar geschrieben. Aber ich glaube, jetzt ist es wieder aktuell mit dem Sternenmärit. Aber wenn wir schon beim Thema Sternenmärit sind – um es vorwegzunehmen – die GB-JA!-Fraktion hat nicht plötzlich Sympathien für diesen Sternenmärit entwickelt. Wir stehen ihm nach wie vor sehr kritisch gegenüber und sind der Meinung, dass in der Adventszeit zu viel des öffentlichen Raums durch Pop-Up-Chalets, hyperkommerzielle Markthäuschen und so weiter beansprucht wird, sodass Menschen, die aus persönlichen oder religiösen Gründen oder aufgrund ihrer aktuellen Lebenssituation nichts mit dem Weihnachtsklimbim und erzwungener Wohlfühlromantik anfangen können, im Dezember aus dem öffentlichen Raum verdrängt werden.

2023 würde sogar eine Demonstration verboten wegen der Weihnachtsmärkte. Darüber haben wir vor einem Jahr gesprochen. Eigentlich war mein Votum am gleichen Tag geplant wie die Diskussion über diese Dinge. Aber das nehmen wir jetzt nicht nochmal auf. Wie gesagt, Sternenmärit finden wir schwierig, trotzdem werden wir diesem Postulat, das es ja jetzt ist, zustimmen, und zwar, wie gesagt, nicht explizit wegen des im Text genannten Sternenmärits, sondern vor allem auch wegen all der anderen Veranstaltungen, die im öffentlichen Raum stattfinden. Die Motion fordert, dass es an Veranstaltungen grundsätzlich möglich sein muss, mit Bargeld zu bezahlen: ein Anliegen, das wir sehr begrüßen. Denn Bargeld ist das niederschwelligste Zahlungsmittel, das es gibt. Nicht alle Menschen haben Zugang zu elektronischen Zahlungsmitteln. So ist es für Sans-Papiers zum Beispiel schwierig, zu einem Konto zu kommen, das ja Voraussetzung ist für bargeldloses Bezahlen.

Aber auch Personen ohne festen Wohnsitz haben nicht zwingend ein Konto und auch Kinder und Jugendliche verfügen oft noch nicht über ein Bankkärtchen, mit dem sie elektronisch zahlen könnten. Ich habe gerade letzte Woche erlebt, dass im Bahnhof ein Kind auf die Toilette musste. Und dort kann man jetzt nur noch mit dem Kärtchen zahlen. Es stand ganz verschreckt da und hatte kein Kärtchen und wusste nicht, was es machen soll. Ich habe dann bezahlt, weil das Kind einfach wirklich nicht zur Toilette gehen konnte, weil es kein Bankkärtchen hatte. All diese Personen sollen also nicht ausgeschlossen werden, an einer Veranstaltung im öffentlichen Raum etwas zu kaufen, falls sie das wollen. Elektronische Zahlungsmittel schliessen aber nicht nur gewisse Personengruppen aus. Sie führen auch dazu, das hat Alex Feuz vorhin auch gesagt, dass Unmengen von Daten gesammelt werden können.

Aus datenschutztechnischen Gründen ist Bargeld also nach wie vor die sicherste Variante. Ich sage jetzt nicht, dass bargeldloses Bezahlen vom Teufel ist. Auch ich nutze diese Gelegenheit oft und gern. Es ist mir aber durchaus bewusst, dass ich damit eine Datenspur hinterlasse. Es gibt jedoch viele Gründe, dass man das vielleicht nicht will. Und alle Menschen sollten aus unserer Sicht selbst entscheiden können, ob sie ihre Daten irgendwo hinterlassen wollen oder nicht. Darum sollte es bei Veranstaltungen, die im öffentlichen Raum stattfinden, aus unserer Sicht möglich sein, mit Bargeld zu zahlen. Es kann durchaus sein, dass es an allen Veranstaltungen im öffentlichen Raum im Moment noch möglich ist, mit Bargeld zu bezahlen. Wir haben das nicht systema-

tisch überprüft und der Gemeinderat äussert sich nicht dazu in seiner Antwort. Er meint ja nur, es habe noch nie Klagen aus der Bevölkerung gegeben zu diesem Thema. Dieses Argument ist aber ehrlich gesagt ziemlich dürrftig, denn wie ich vorhin ausgeführt habe, sind es eher Personen in prekären Lebenssituationen, die keinen Zugang zu elektronischen Zahlungsmitteln haben. Und das sind eben gerade Menschen, von denen ich jetzt nicht annehme, dass sie beim Gemeinderat vorbeigehen, anklopfen und sagen: Hey, hallo, ich habe zwar keine Papiere, aber ich möchte gerne mit Bargeld bezahlen können.

Darum werden wir, wie ich schon eingangs gesagt habe, diesem Postulat zustimmen. Wir hätten es auch als Motion angenommen.

Präsident: Die Fraktion AL-PdA-TIF teilt sich ihr Fraktionsvotum. Für den ersten Teil hat David Böhner das Wort.

David Böhner (AL) für die Fraktion: Die Fraktion AL-PdA-TIF ist der Meinung, dass es möglich sein muss, im Jahr 2025 durch das Leben zu gehen, auch wenn man gerade kein Smartphone in der Tasche hat. Wir unterstützen darum diese Motion der SVP und setzen uns für das anonyme Bargeld ein. In Zeiten totaler digitaler Überwachung erwarten wir von der Stadt eine grössere Sensibilität. Wir haben das mit den aufladbaren Karten aber auch keine gute Idee gefunden. Jetzt ist es ja hinfällig, wie wir heute in der Zeitung gelesen haben. Diesen Service gibt es beim Sternenmarkt jetzt auch nicht mehr. Es ist so, wie das in Zürich eben für Aufsehen gesorgt hat und vorgesehen war, dass wirklich nur digital mit Karte bezahlt werden kann.

Wie ist das möglich in einer Stadt, die Inklusion gross auf ihre Fahnen schreibt? Nicht nur wird der öffentliche Raum wochenlang für einen Kommerzanlass privatisiert, es wird auch ein Teil der Bevölkerung systematisch ausgeschlossen, wie meine Vorredner*innen gesagt haben. Und eben dieses Argument, das der Gemeinderat angefügt hat, man könne ja so eine Karte aufladen, ist jetzt auch hinfällig, ich bin also gespannt, was der Gemeinderat jetzt sagt, ob er jetzt deswegen seine Meinung geändert hat.

Weiter fordern wir die Stadt auf, dass sie in ihrer Digitalstrategie festhält, dass es keine Nachteile mit sich bringen darf, dass es ein Recht auf ein analoges Leben gibt. Wenn sich jemand grundsätzlich weigert, einen kleinen Spion mit sich zu führen und aus welchen Gründen auch immer keine digitalen Spuren hinterlassen will, muss das möglich bleiben. Leider wird diesem Problem nicht die nötige Aufmerksamkeit geschenkt. So lässt Bernmobil Dutzende Billettautomaten abbauen und in einigen Restaurants in der Stadt kann ohne Handy keine Speisekarte mehr konsultiert und auch nicht mit Cash bezahlt werden. Auch im Bahnhofs-WC, wir haben es gehört, wird es schwierig, wenn man mal dringend muss und kein Telefon in der Tasche hat. Wir sind der Meinung, dass die Stadtbehörden in ihrer Digitalstrategie festhalten sollte, dass es eben auch ein analoges Leben gibt. Und die Stadt muss beim Ausstellen von Bewilligungen für Veranstaltungen oder beim Unterzeichnen von Mietverträgen festhalten, dass ein analoger Zugang zu Dienstleistungen Pflicht ist.

Wir finden es schade, dass die Motion gewandelt wurde, zumal der Punkt 1 ja eigentlich eine echte Motion war, die in der Kompetenz des Stadtrats ist, und keine Richtlinie. Und wir behalten uns vor, in den nächsten Monaten allenfalls noch eine Motion nachzuschieben.

Präsident: Für den zweiten Teil des Votums Raffael Joggi.

Raffael Joggi (AL) für die Fraktion: Viel gibt es nicht mehr hinzuzufügen, aber doch noch etwas auch zu der Form und dem Inhalt des Vortrags. Zum einen ist der erste Punkt keine Richtlinie. Das ist ganz klar. Es wird hier verlangt, dass das Reglement geändert wird. Wenn jetzt leider nicht punktweise abgestimmt wird und sowieso gewandelt wurde, ist das irgendwie ein bisschen egal. Aber ich möchte eigentlich trotzdem nochmal darauf hinweisen, dass sich der Gemeinderat bei seinen Antworten durchaus nicht extra blödstellen und immer darauf hinweisen muss, dass das alles nicht in der Kompetenz des Gemeinderats ist. Nach meinem Wissen sind drei Nationalrät*innen im Gemeinderat vertreten. Dort läuft es übrigens anders. Da gibt es keine Richtlinienmotion. Da wird einfach so lange das Gesetz geändert, bis es stimmt. Also kann man da jeden Quatsch eigentlich ins Gesetz schreiben, wenn man will.

Hier ist das übergeordnete Recht die Limite. Aber innerhalb des kommunalen Rechts ist es doch durchaus möglich, solche Dinge auch umzusetzen – das zum Formalen. Und zum Inhaltlichen: Es zeigt einfach einmal mehr, dass der Gemeinderat überhaupt nicht begreift, worum es hier eigentlich geht. Das Thema hat mit der Digitalisierung, mit dem digitalen Wandel zu tun. Und wer jetzt einfach schreibt, dass es nicht nachgefragt wird, mit Bargeld zu bezahlen, ist einfach völlig falsch gewickelt. Es geht nicht um das Nachfragen, sondern es geht um Grundrechte und Freiheiten. Wir müssen das potenzielle Recht haben, mit Bargeld bezahlen zu können. Warum? Weil im Gegensatz dazu – wie mein Vorsprecher gesagt hat – die soziale Kontrolle, die technische Kontrolle bei allen anderen Zahlungsmitteln da ist. Mit Bargeld kann ich mich tatsächlich anonym bewegen. Das muss ich nicht jedes Mal, ich muss auch nicht paranoid sein, um das zu nutzen. Aber es ist trotzdem wichtig, dass man diesen Kanal offenhält für Leute, die keine Möglichkeiten haben, so zu bezahlen, die das schlicht und einfach nicht wollen, auch für Marktfahrende, die keine Lust haben, Kommissionsgebühren an Banken zu zahlen. Das wurde auch schon erwähnt. Es gibt einfach einen Grund, warum es Bargeld gibt, und es gibt einen Grund, warum man das einfach akzeptieren sollte im öffentlichen Raum, wo wir Platz für Kommerz zur Verfügung stellen. Vielen Dank, dass ihr das berücksichtigt.

Präsident: Für die Fraktion SP-JUSO, Dominik Fitze.

Dominik Fitze (SP) für die Fraktion: Es ist jetzt lustig, wenn man ein Votum hält, das man vor zehn Monaten geschrieben hat. Aber es ist auch spannend, denn dieser Vorstoss stellt uns von der SP-JUSO-Fraktion vor eine ziemlich ungewöhnliche Situation, nämlich dass wir eigentlich keine klare Linie haben respektive uns nicht einig geworden sind. Es gibt nämlich aus sozialdemokratischer Sicht sehr gute Gründe, auch das Postulat abzulehnen, aber ebenso gute Gründe, es zu überweisen.

Zuerst ein paar Argumente, die für ein Nein sprechen. Die elektronische Zahlung ist heute eigentlich für fast alle Menschen in unserer Stadt möglich. Sie stellt denn auch für Arbeitnehmende in der Gastronomie eine grosse Erleichterung dar, wie auch für die Betreibenden dieser Stände. Man muss kein Bargeld mehr bei der Bank beziehen, das Risiko von Diebstahl und Raub ist deutlich kleiner, Fehlerquellen werden reduziert. Wenn sich also die Veranstalter entscheiden, kein Bargeld zu akzeptieren, ist das aus Sicht einiger in unserer Fraktion ihre unternehmerische Entscheidung im Wissen darum, dass sie damit eben auch die potenzielle Kundschaft verlieren. Zudem stellt sich die Frage, ob es wirklich Aufgabe der Stadt ist, das Bezahlen mit Bargeld sicherzustellen, insbesondere da ähnliche Diskussionen bereits auf nationaler Ebene laufen und dies ein doch erheblicher Eingriff in die wirtschaftliche Freiheit wäre.

Es gibt aber auch gewichtige Gründe, den Vorstoss zumindest als Postulat anzunehmen. Danke an die Motionär*innen an dieser Stelle für die Umwandlung. Als Motion hätten wir ihn nämlich nicht angenommen, da wir uns nicht sicher sind, ob ein Reglement hier der richtige Weg ist. Was spricht denn dafür, ihn anzunehmen? Besonders Sans-Papiers, aber auch andere Menschen in schwierigen Lebenslagen verfügen oft weder über ein Bankkonto noch über Twint. Das führt zu Ausgrenzung statt Inklusion einer durchaus relevanten Gruppe.

Auch der Datenschutz ist ein Thema, das wurde ja schon ausgeführt. Und einige von uns finden es befremdlich, dass der Markt vorschreibt, wie man zu bezahlen hat. Ja, am genannten Weihnachtsmarkt war letztes Jahr die Barzahlung möglich, aber das war den Leuten kaum bekannt. Und bei anderen Events ist es eben nicht so. Das Problem, dass immer seltener mit Bargeld bezahlt werden kann, wird so nicht gelöst. Die Diskussion wird sich auch im Abstimmungsverhalten unserer Fraktion widerspiegeln. Einige von uns werden das Postulat überweisen, andere werden es ablehnen. Es wird sicher auch Enthaltungen geben. Viele von uns, die zustimmen, sind auch der Meinung, dass man vielleicht weiterdenken muss als bis zu einem Reglement. Ich glaube, das zeigt auch, wie komplex das Thema aus linker, aus sozialdemokratischer Sicht ist, dass es weitergehender Abklärungen und Diskussionen bedarf, ob das in der Stadt Bern sein muss, sei jetzt von mir aus einmal dahingestellt. Besten Dank.

Präsident: Das war eine Punktlandung. Hiermit beende ich die erste Sitzung des heutigen Abends. Ich wünsche euch einen guten Appetit. Bitte seid pünktlich um 20.30 Uhr da, damit wir fortfahren können.

Schluss der Sitzung: 19.00 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

13.03.2026

X 

Signiert von: THOMAS CHRISTIAN BERGER

für das Protokoll

14.03.2026

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 22:40 Uhr

Stadtrat anwesend

Tom Berger, Präsident

Valentina Achermann	Thomas Glauser	Szabolcs Mihályi
Janina Aeberhard	Bernadette Häfliger	Tanja Miljanović
Nadine Aebischer	Georg Häsler	Dominic Nellen
Timur Akçasayar	Bernhard Hess	Roger Nyffenegger
Debora Alder-Gasser	Dominique Hodel	Shasime Osmani
Lena Allenspach	Thomas Hofstetter	Cemal Özçelik
Emanuel Amrein	Stephan Ischi	Mehmet Özdemir
Mirjam Arn	Monique Iseli	Chantal Perriard
Oliver Berger	Seraphine Iseli	Ronja Rennenkampf
Natalie Bertsch	Ueli Jaisli	Simone Richner
Gourab Bhowal	Bettina Jans-Troxler	Mirjam Roder
Lea Bill	Anna Jegher	Michael Ruefer
David Böhner	Raffael Joggi	Fabian Rüfenacht
Laura Brechbühler	Nora Joos	Judith Schenk
Michael Burkard	Barbara Keller	Lukas Schnyder
Carola Christen	Ingrid Kissling-Näf	Tobias Sennhauser
Laura Curau	Nora Krummen	Chandru Somasundaram
Andreas Egli	Mirjam Läderach	Michelle Steinemann
Nik Eugster	Anna Leissing	Ursula Stöckli
Alexander Feuz	Christoph Leuppi	Irina Straubhaar
Dominik Fitze	Maurice Lindgren	Johannes Wartenweiler
Seraina Flury	Nicolas Lutz	Lukas Wegmüller
Katharina Gallizzi	Salome Mathys	Béatrice Wertli
Franziska Geiser	Esther Meier	Janosch Weyermann
Helin Genis	Matteo Micieli	Karel Ziehli

Stadtrat entschuldigt

Laura Binz	Fuat Köçer	Corina Liebi
Jelena Filipovic		

Gemeinderat anwesend

Marieke Kruit PRD	Alec von Graffenried SUE	Melanie Mettler FPI
-------------------	--------------------------	---------------------

Stadtkanzlei anwesend

Nora Lischetti, Stv. Leitung
Stadtkanzlei

Parlamentsdienste anwesend

Nadja Bischoff, Leitung Parla- mentsdienste	Mago Flück, Weibeldienste	Cornelia Stücker, Weibeldienste
--	---------------------------	---------------------------------

2024.SR.0015

9 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Bernhard Hess/Thomas Glauser): Auf öffentlich zugänglichen Plätzen, den die Stadt für öffentlich zugängliche Veranstaltungen zur Verfügung stellt (Bsp. «Sternenmärit»), muss weiterhin das Zahlen mit Bargeld möglich sein; Ablehnung

Präsident: Es ist 20.30 Uhr. Ich habe gesagt, dass wir pünktlich in die zweite Sitzung starten werden. Wir sind im Moment bei Traktandum 9. Es geht um das Postulat: "Auf öffentlich zugänglichen Plätzen, den die Stadt für öffentlich zugängliche Veranstaltungen zur Verfügung stellt, muss weiterhin das Zahlen mit Bargeld möglich sein." Wir sind bei den Fraktionsvoten. Als nächstes für die Fraktion FDP Nik Eugster.

Nik Eugster (FDP) für die Fraktion: Ich kann mich noch gut an einen meiner Jobs erinnern, bei dem wir den Tagesumsatz spätabends in einem Plastiksack zur Bank bringen mussten. Wir mussten ihn zum Nachttresort bringen und dort runterlassen. Aber da war Geld drin. Wir fühlten uns wirklich nicht wohl dabei, mit dem Tagesumsatz durch die Strassen zu laufen. Und so geht es leider noch immer vielen Verkäufer*innen, Barpersonal, Servicefachkräften, usw. Ich bin froh, dass es nicht mehr ganz so läuft. Jetzt wird mehrheitlich bargeldlos bezahlt. Klar, auch mit dem Nachteil der Rückverfolgbarkeit der Ausgaben. Obwohl man schon auf Instagram und anderen Plattformen meistens mindestens so viele Datenspuren hinterlässt, wie wenn man eben elektronisch bezahlt. Der Nachteil ist, dass es ohne Handy oder Kreditkarte schwierig ist, aber nicht unmöglich. Aber es ist immer ein Abwägen. Ein Abwägen, wen man schützen und stützen möchte. Leider gibt es nicht eine ideale Lösung, die alle schützt und stützt. Und ich möchte eben all die Mitarbeiter*innen schützen, die dank Cashless nicht mehr mit Bargeld hantieren müssen. Denn Bargeld ist, und das kann man einfach nicht negieren, ein Risikofaktor. Also bestohlen zu werden, ist eine schlimme Sache. Oft müssen Mitarbeitende den Verlust selber tragen. Das ist zwar eigentlich rechtlich nicht so korrekt, aber es ist halt leider oft so. Dazu kommt ein seelischer Schaden, wenn man bestohlen wird. Es ist deshalb nicht gut, wenn man mit diesem Plastiksack durch die Stadt laufen muss. Dann soll das doch die Chefin oder der Chef machen, das möchten wir nun einwenden. Aber die Chefin oder der Chef sind auch Menschen. Ein Mensch, der von uns verlangen kann, dass wir ihm eine risikolose Option geben. Und genau um das geht es, wir wollen ihnen eine risikolose Option geben, das können sie bis jetzt. Der Vorstoss will ihnen diese Option nehmen. Und deshalb möchte ich euch bitten, den abzulehnen sowohl als Motion als auch als Postulat. Wir als Fraktion werden das machen. Zum Glück sind wir im Jahr 2025. Zum Glück gibt es diese Möglichkeiten zum Schutz der Menschen unserer Stadt. Danke.

Präsident: Für die Fraktion SVP, Bernhard Hess.

Bernhard Hess (SVP) für die Fraktion: Das, was du jetzt da gerade am Schluss gesagt hast, Nik, das verstehe ich nicht ganz. Das muss ich jetzt ehrlich sagen. Die Logik kann ich nicht ganz nachvollziehen, aber das "en passant". Das vorliegende Postulat verlangt, dass auf Plätzen, die die Stadt für öffentlich zugängliche Veranstaltungen zur Verfügung stellt, das Zahlen mit Bargeld weiterhin uneingeschränkt möglich sein muss. Als Anschauungsobjekt für den aktuellen Vorstoss hat uns der Sternenmarkt gedient. Trotzdem möchte ich erwähnen, dass auch auf dem Bundesplatz und auf dem Waisenhausplatz diesen Sommer anlässlich der Frauenfussball-Europameisterschaft in der

Fan-Zone ausschliesslich Cashless, also bargeldlos, bezahlt werden konnte. Sowohl auf dem Berner Sternenmarkt als auch in der Fanzone der Frauen-EM, die wirklich ein tolles Fussballfest war, konnte man ausschliesslich bargeldlos zahlen. Erlaubt waren nur Kartenzahlungen und Zahlungen mit dem Smartphone, zum Beispiel mit Twint. Sämtliche Zahlungen müssen ausschliesslich über ein Cashless-Kassensystem abgewickelt werden. Beim Sternenmarkt müssen sämtliche Händlerinnen und Händler ein eigenes Cashless-Kassensystem verwenden und täglich einen Tagesabschluss vorlegen. Kartenzahlungen, also Zahlungen mit Bargeldkarten, sind ab sofort, also ab diesem Jahr, auch nicht mehr möglich. Wie das Kassensystem bei der Frauenfussball-EM 2025 auf dem Bundesplatz und auf dem Waisenhausplatz genau war oder wie es funktioniert hat, entzieht sich meiner Kenntnis. Die UEFA, also der europäische Fussballverband, lässt sich weniger tief in die Karten schauen als zum Beispiel der Sternenmarkt. Nach eigenen Angaben hat sich der Sternenmarkt für ein bargeldloses Zahlungssystem entschieden, um die Effizienz zu steigern und den Markt zu modernisieren. Aber auch bei der UEFA steht selbstverständlich die Gewinnmaximierung im Vordergrund. Cashless grenzt aus – oder anders ausgedrückt: Bargeldlos grenzt aus. Das bedeutet, dass Menschen, die keine digitalen Zahlungsdienste wie das Bezahlen mit Karte oder Mobiltelefon nutzen wollen oder können, vom Einkaufen und der Teilnahme an Veranstaltungen ausgeschlossen werden. Auch viele ältere Menschen haben weniger Erfahrung mit der digitalen Technologie oder sind schlicht überfordert damit. Zudem hinterlassen bargeldlose Transaktionen auch immer digitale Spuren. Für Menschen, die Wert auf eine geschützte Privatsphäre legen, könnte dies ein unerwünschtes Mass an Überwachung bedeuten. Entscheidet sich ein Bäckermeister, seine Brötchen und Gipfeli künftig bargeldlos in seinem Geschäft zu verkaufen, trägt er sein unternehmerisches Risiko selber, handelt aber als Privatperson. Das Zahlen im öffentlichen Raum muss hingegen zwingend möglich sein. Wir empfehlen euch deshalb, zumindest unserem Postulat zuzustimmen.

Präsident: Merci. Bevor ich der nächsten Sprecherin das Wort erteile, noch ein kurzer wichtiger Regiehinweis, den ich vor der Pause vergessen habe zu erwähnen. Es steht auf der Traktandenliste der heutigen Sitzung, dass wir um 20.30 Uhr in die Geschäfte der FPI springen. Wir werden zeitnah – wahrscheinlich werden wir nach diesem aktuellen Traktandum noch ein weiteres SUE-Geschäft machen – zur FPI und zu Traktandum 20 wechseln. Ich bitte alle, die ein FPI-Geschäft bei sich haben, sich entsprechend vorzubereiten. Für die Fraktion Mitte hat das Wort Béatrice Wertli.

Béatrice Wertli (Mitte) für die Fraktion: Es gibt Leute, die finden für alle Probleme eine Lösung. Und es gibt Leute, die für Lösungen ein Problem finden. So kommt es uns mit diesem Vorstoss ein bisschen vor. Ohne Not will man hier ein Reglement machen. Ohne Not will man hier Bestimmungen erlassen, die nicht nachgefragt sind. In seiner Antwort schreibt der Gemeinderat, dass es bei diesen über 1'000 Veranstaltungen keine Beanstandungen gegeben hat. Wir finden, eine Stadt sollte belebt werden. Wenn man denjenigen, die das ermöglichen, mit Veranstaltungen wie einem Sternenmarkt neue Auflagen macht, ohne dass diese nachgefragt werden – weder von den Standbetreiberinnen und Standbetreibern noch von den Besucherinnen und Besuchern –, dann bringt es doch einfach nichts. Dann ist es tatsächlich ein künstliches Problem, das man hier schaffen will. Vielleicht noch eine Anmerkung zu gewissen meiner Vorrednerinnen und Vorredner, zum Beispiel zum Grünen Bündnis: Ich habe mir heute den Sternenmarkt angeschaut und mich damit auseinandergesetzt, wer dort ausstellt bzw. verkauft. Wenn man sich anschaut, welche kommerziellen Stände auf einem solchen Markt ausstellen,

dann sind das sehr viele NGO-Projekte. Aber auch Berner und Bernerinnen können dort ihre Produkte verkaufen. Und Alex Feuz, ob jetzt tatsächlich Leute ihr Geld mit dem Kauf eines Bastkorbs von WomanCraft aus Tansania „verprassen“ und nicht beispielsweise im Denner, wo sie mit Bargeld zahlen können, sei dahingestellt. Ich finde es ehrenwert, wenn man sich um die Menschen kümmern möchte, die aus sozialen Gründen mit Bargeld zahlen müssen. Ob es tatsächlich die Veranstaltungen sind, die zu weiteren Geldproblemen, sozialen Problemen oder Ausgrenzung führen können, sei dahingestellt. Zu guter Letzt ist auch noch wichtig zu sagen, dass alle, die an diesen Veranstaltungen teilnehmen, frei sind, auch eigene Verpflegung mitzubringen und dort zu konsumieren. Es besteht weder Kauf- noch Konsumzwang. Aus diesem Grund sind wir der Meinung, dass wir keine neuen Probleme schaffen sollten, wo es Lösungen oder tolle Veranstaltungen gibt. Danke vielmals.

Präsident: Gibt es zu diesem Geschäft weitere Voten aus dem Saal? Als Einzelsprecher Michael Ruefer.

Michael Ruefer (GFL), Einzelvotum: Die Bargelddiskussion scheint diesen Rat inzwischen bei fast jeder Sitzung zu beschäftigen. Wir hatten es letztes Mal beispielsweise über die Bargeldzahlungen an den Ticketautomaten von Bernmobil. Auch jetzt zeigt sich wieder exemplarisch natürlich, dass da die Wogen hochgehen. Es geht um ein Thema, bei dem es vielleicht nicht nur um die Bezahlungsmodalität geht, sondern auch um etwas anderes, nämlich um den gesteigerten Gemeingebrauch von öffentlichen Plätzen und öffentlichen Raum. Denn beim Sternenmarkt darf man sich – unabhängig davon, ob man Weihnachtsmärkte mag oder nicht – wirklich die Frage stellen, ob es für die Öffentlichkeit verträglich ist, wenn ein Anbieter von Weihnachtsmärkten eine Umsatzbeteiligung von 12 % für alle Stände und Gastronomiebetriebe einkassiert, die dort auftreten. Das geht dann wirklich schon in Richtung Hyperkommerzialisierung, das kann man wirklich so sagen. Ich war letzten Freitag gerade in Zürich im Illuminarium im Innenhof des Landesmuseums Fondue Essen. Das ist wirklich das Paradies für alle, die diese Weihnachtsmärkte über alle Masse loben und eigentlich noch etwas mehr möchten. Denn dort steht man dann 300 Meter in einer Warteschlange, um in dieses wunderschöne Paradies im Innenhof des Landesmuseums eintreten zu können. Den Predigern von Bargeldzahlungen, bei denen nur Bares Wahres ist, kann ich übrigens einen Besuch in der Lorraine sehr empfehlen. Dort gibt es mehrere Bars und Restaurants, die explizit auf Kreditkartenzahlungen oder auch auf Twint verzichten, weil sie nämlich die Twint-Gebühren ablehnen. Denjenigen, die sagen: „Ja, das ist halt so, man muss mit der Zeit gehen“, rate ich ebenfalls zu einem Besuch oder Einsatz an einem solchen Anlass auf dem Bundesplatz. Ich war im Sommer einmal an einer Bar auf dem Bundesplatz im Einsatz. Es ist denkbar mühsam, wenn man da mit Bargeld bezahlen muss. Das kann man sich vielleicht auch vorstellen. Die Diskussion zeigt auch am Beispiel des Gurtenfestivals, das ja jedes Jahr mit den Zahlungsmodalitäten variiert hat, dass wir hier längst nicht am Ende sind, sondern dass sich das auch von Jahr zu Jahr wieder ändern kann. Ich finde es aber wirklich wichtig, dass wir darüber diskutieren, wie wir unsere Plätze bespielen, ob wir die kleine Schanze einen Monat oder länger freigeben und zu welchen Konditionen. Wir haben das auch beim Stadtfest schon durchdiskutiert und ich finde, das ist wirklich eine relevante Diskussion. Wir müssen uns vertieft darüber unterhalten, welche Bedingungen wir da auferlegen möchten und dazu gehört eben auch die Bezahlungsart. In dem Sinne werden wir auch das Postulat in dieser abgeschwächten Forderungsform unterstützen.

Präsident: Als nächster Einzelsprecher Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP), Einzelvotum: Ja, die Barzahlung in Franken ist eine Währung, die wir hier in der Schweiz haben. Mit dieser Währung wachsen wir auf. Vorhin wurde gesagt, dass gerade Bars, Restaurants oder auch Festivals zum Teil bargeldlos stattfinden. Das mag sein, aber denken wir doch an unsere Kinder. Ich besinne mich: Als ich als Bub das erste "Kässeli" hatte, waren 20 Franken darin. Und gerade so ein Weihnachtsmarkt ist nicht nur etwas für Erwachsene, die Glühwein trinken. Es sind auch viele Kinder unterwegs, die etwas kaufen wollen und dann gibt man ihnen einen 2-Fränkler oder irgendwie einen 5-Fränkler. Ich habe es auf jeden Fall immer so gemacht mit meiner Tochter. Ich habe Weihnachtsmärkte sehr gerne. Man kann dafür oder dagegen sein, aber hier geht es um eine Tradition. Eigentlich geht es um Jugendliche, die mit Geld aufwachsen, die eben 1 oder 5 Franken in der Hand haben, die vielleicht auch einmal stolz eine Zehnernote in den Händen halten. Dass man das alles nachher diskriminiert, ist schlimm. Und das machen wir im öffentlichen Raum der Stadt Bern. Da kommt irgendwie ein Veranstalter, der einen Weihnachtsmarkt veranstaltet und schreibt nachher der Stadt vor, wie er die Einnahmen generieren will. Wenn er das privat machen würde, würde ich das noch verstehen. Aber es kann doch nicht im öffentlichen Raum sein. Gerade Jugendliche müssen lernen, mit Geld umzugehen. Sie sollen etwas kaufen dürfen, stolz darauf sein und mit Geld aufwachsen. Ich denke, beides hat Platz: das eine zu machen und das andere nicht zu lassen. Ich habe nichts gegen Kartenzahlung oder so, aber ich denke, es ist Tradition. Es ist vor allem für junge Leute wichtig, die halt gerne etwa noch ein "Kässeli" haben und gerne etwas kaufen möchten. Gerade in der Weihnachtszeit wäre es der falsche Weg, jemandem etwas wegzunehmen, das ihm Freude bereitet. Deshalb appelliere ich: Setzt euch für Bargeld ein. Wer Bargeld nicht mag, darf selbstverständlich auch weiterhin den Glühwein auf dem Weihnachtsmarkt mit Karte zahlen. Besten Dank.

Präsident: Als nächster Einzelsprecher Nicolas Lutz.

Nicolas Lutz (Mitte), Einzelvotum: Also zuerst muss man einmal, glaube ich, festhalten, dass die meisten Zahlungen heute schon digital passieren. Dann noch zu sagen, das sei nicht demokratisch, ist nicht nachvollziehbar. Das Gerät hat den Menschen in Afrika und vielen anderen Gegenden erstmals Zugang zu Zahlungen ermöglicht. So dass jeder Dollar kaufen kann, damit man international zahlen kann. Also das ist ein sehr demokratisches Instrument und wir reden hier jetzt über kleine Details. Dann muss man auch sagen, dass es natürlich auch Vorteile hat. Und dabei denke ich gerade an die linke Ratsseite, wenn wir über Mehrwertsteuerabrechnungen reden. Denn bei ein paar Drinks kann man das relativ einfach "schwarz" machen. Das ist bei Kartenzahlungen nicht mehr so einfach. Und es ist auch für die Unternehmen interessant, denn man kann natürlich das Bier auch selber einkassieren. Mit diesen Systemen ist demokratisch für beide und es wird auch richtig abgerechnet. Das muss man beim Ganzen einfach auch einmal sehen. Dann, wenn man sagt, gewisse Leute hätten keinen Zugang dazu. Wir haben die Traktanden zwar geändert, aber wir haben nachher noch etwas über das Oslo-Klimaabkommen. Fragt vielleicht mal eure Kolleginnen und Kollegen in Norwegen und Schweden, dort kann man nämlich praktisch nur noch digital zahlen. Ich glaube, auch dort finden sie Lösungen für Sans-Papiers. Wir müssen uns dort einmal umsehen, um zu erfahren, welche Möglichkeiten es gibt. Dann zum Thema Datenspur: Es gibt auch Währungen, die keine Datenspur hinterlassen. Dazu gehören beispielsweise Bitcoin und ähnliche Sachen. Wir könnten auch darüber diskutieren, ob die

Nationalbank einen digitalen Franken herausbringen soll, der auch so funktioniert. Also das Digitale muss nicht schlecht sein und hat durchaus auch seinen Sinn. Zum Schluss wird sich das durchsetzen, was die Leute wollen und akzeptieren. Thomas hat noch die Kinder erwähnt. Die Kinder können heute vielleicht auch einmal digital mit Twint bezahlen, dann haben sie auch Freude, dass sie jetzt einmal digital zahlen konnten. Ich glaube nicht, dass sich dadurch viel ändern wird. Und zum letzten Punkt noch: Wenn man sich fragt, ob man den Raum dort bespielen will oder nicht, muss man einfach bedenken, dass man an einem Weihnachtsmarkt etwas Warmes trinken gehen kann. Ich glaube, bei -6 Grad gehen abends relativ wenige Leute in den Park und bleiben dort sitzen, ausser sie nehmen vielleicht selbst etwas Warmes zu trinken mit. Aber dort bespielt man eigentlich etwas, das sonst wahrscheinlich am Abend leer stehen würde, weshalb das Ganze Sinn ergibt.

Präsident: Als weiterer Einzelsprecher Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Ich möchte zuerst allen danken, die diesen Vorstoss unterstützen. Wir haben ihn wirklich bewusst in ein Postulat gewandelt, damit eben alle hier zustimmen können. Dann wird von kleinen Details gesprochen. Wer aber das Handy nicht bezahlt, wer kein Handy will oder dessen Handy-Abo abgelaufen ist, kann nicht konsumieren. Jetzt will man Bitcoin einführen. Wollen wir wirklich, dass Leute, die vielleicht schon Probleme haben, jetzt auch noch mit Bitcoin-Währungen arbeiten müssen? Meines Erachtens wird der digitale Franken der Nationalbank noch nicht die nächste Weihnacht kommen, vielleicht in zehn Jahren oder so. Seien wir doch vernünftig. Ich sage immer: Das Einfache soll bestehen. Ich habe nichts dagegen. Ich zahle auch viel mit Karte. Aber es geht um öffentliche Plätze der Stadt Bern, die einem Veranstalter zur Verfügung gestellt werden, sodass er Gewinn machen kann und die Bevölkerung ebenfalls etwas davon hat. Das ist genau mein Punkt. Dort sollte man aber eben die Auflage machen, dass es barrierefrei ist, sodass auch Menschen ohne Handy dorthin gehen können. Wenn man keine Kreditkarten hat, kann man trotzdem hingehen. Wenn man nachher noch lange warten muss, um die Karten umzutauschen. Wie viele ungenutzte Geschenkgutscheine habe ich wohl bei mir zu Hause? Ich habe sicher noch x Karten, mit denen ich irgendwo irgendwelche Drinks bekommen kann. Denkt immer an die "Pourcentage": Der Betreiber möchte natürlich, dass die Leute mit Karte zahlen, denn dann kann er sie kontrollieren. Und auch die Kartenhersteller haben ein Interesse daran, dass die Leute nur noch damit zahlen. Hier geht es aber noch einmal um öffentliche Plätze, nicht um private. Auf einem öffentlichen Platz der Stadt Bern riskiert man einfach, dass die Bevölkerung eines Tages sagt: „Wir stellen den Platz nicht mehr zur Verfügung.“ Das wäre schade. Ich bin kein Freund des Sternenmarktes, aber wenn es gewissen Leuten gefällt, sollen sie ihn haben. Aber dann übt bitte keinen Zwang aus, dass man es nur so machen kann. Dem kleinen Vorteil einiger weniger Betreiber und Veranstalter – Vereinfachung und Kontrolle – stehen gewaltige Nachteile gegenüber. Ich danke allen, die das Postulat aus allen Parteien unterstützen.

Präsident: Für ein zweites Einzelvotum hat das Wort Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP), Einzelvotum: Ich wurde angesprochen: Die Jugendlichen können auch mit dem Handy zahlen. Selbstverständlich können einige auch mit dem Handy zahlen. Das Problem ist, dass viele Jugendliche bereits handysüchtig sind. Sie wachsen schon mit vier Jahren mit dem Handy auf und die Handysucht bekommt man dann nicht mehr weg. Das ist ein Grund, warum man vielleicht auch wieder mit alter-

nativen Zahlungsmitteln wie Bargeld oder den "Batzen" auf den Weihnachtsmarkt einkaufen gehen sollte. Darum befürworte ich das eigentlich. Und es schadet ja niemandem, wenn die Leute weiterhin mit Bargeld an einem Weihnachtsmarkt zahlen können. Die einen zahlen so, die anderen so. Schlimm ist es einfach, wenn man jemanden in eine Struktur zwingt, in der er gar nicht sein möchte.

Präsident: Gut. Dann hat das Wort für den Gemeinderat Alec von Graffenried.

Alec von Graffenried, Direktor SUE: Herzlichen Dank für diese sehr spannende Debatte. Sie war für mich sehr lehrreich. Vielleicht habe ich eine Deformation professionelle: Für mich ist Bargeld grundsätzlich mit Schwarzzahlungen, Drogenhandel und Geldwäsche verbunden. Ich finde, das Zurückdrängen von Bargeld ist für die Sicherheit in unserer Gesellschaft eine hervorragende Sache. Ich unterstütze diese Entwicklung und ich möchte gerne auch so weit sein wie in Schweden oder Norwegen, wo das Bargeld ganz zurückgedrängt wird. Denjenigen, die immer noch an einem Tracking-freien Zahlungsverkehr hängen, sei empfohlen, am Kiosk Prepaid-Cashlesskarten zu kaufen. Diese können überall eingesetzt werden und machen ein Tracking unmöglich. Aber sonst habe ich es eigentlich so, dass ich für einen sauberen und nachvollziehbaren Zahlungsverkehr eher auf den digitalen Zahlungsverkehr setzen möchte. Für das konkrete Problem "Sternenmärit" kann ich mich hier auch outen: Ich bin ein Fan des "Sternenmärits". Er hat das Niveau der Weihnachtsmärkte in der ganzen Stadt deutlich verbessert. Ich finde es einen schönen Markt und einen Gewinn für die Stadt Bern und für die Adventszeit. Das Cashless-System haben sie ja aufgegeben. Kinder- und Bargeldfans können seit diesem Jahr auch Bar zahlen, das Bargeld wieder zum Einsatz bringen. Langfristig hoffe ich darauf, dass wir Bargeld mehr und mehr zurückdrängen können für einen sicheren und sauberen Zahlungsverkehr und alles andere finde ich irgendwie Voodoo.

Präsident: Merci, wir kommen somit zur Abstimmung. Ihr wisst, der Vorstoss wurde in ein Postulat gewandelt. Wer das Postulat erheblich erklären will, stimmt Grün, wer es ablehnt, Rot.

Abstimmung Nr. 027

2024.SR.0015

Annahme als Postulat

Ja	47
Nein	23
Enthalten	2

Präsident: Ihr habt das Postulat erheblich erklärt.

Die Traktanden 20, 21 und 22 werden vorgezogen.

2020.FPI.000154

20 E3 Zeitmanagement; neues Lizenzmodell und Nachlizenzierung; Investitions- und Verpflichtungskredit

Präsident: Wie vorher angekündigt, springen wir jetzt auf der Traktandenliste zu Traktandum 20. Es ist ein Sachgeschäft. Es geht um das E3-Zeitmanagement: Neues Lizenzmodell und Nachlizenzierung; Investitions- und Verpflichtungskredit." Für die vorberatende Kommission RWSU hat das Wort Lena Allenspach.

Lena Allenspach (SP) für die Kommission: Ich versuche, es ohne zu husten zu machen, und werde deshalb relativ kurz bleiben. Beim vorliegenden Geschäft geht es um die Zeiterfassungssoftware "E3 Zeitmanagement", mit der die Arbeitszeiten, Abwesenheiten und Tätigkeiten der städtischen Mitarbeitenden erfasst, verwaltet und ausgewertet werden können. Die Software ist seit 2007 in der Stadt Bern im Einsatz und jetzt soll das Lizenzmodell vereinfacht und an den aktuellen Bedarf angepasst werden. Im Rahmen dieser Anpassung wurde dann eine Lizenzüberprüfung durchgeführt, bei der festgestellt wurde, dass die Zahl der Nutzenden von 3'100 auf 5'150 Mitarbeitende gestiegen ist. Deshalb ist auch eine Nachlizenzierung notwendig. Neu ist mit dieser Lizenzierung auch, dass alle Zugänge – Desktop, Web und Mobile – unter einer einheitlichen Benutzerlizenz zusammengefasst werden. Ein weiterer Vorteil ist auch, dass künftig alle Mitarbeitenden ihre Arbeitszeiten und Absenzen selbst erfassen können und das reduziert den administrativen Aufwand für Vorgesetzte und HR und verbessert gleichzeitig auch die Datenqualität. Zudem können Mitarbeitende ohne städtischen Arbeitsplatz jetzt auch über die Webapplikation oder das Smartphone orts- und zeitunabhängig auf ihre Zeitsalden zugreifen. Die Kommission empfiehlt euch das Geschäft einstimmig zur Annahme und die SP-JUSO-Fraktion stimmt dem Geschäft ebenfalls zu.

Präsident: Vielen Dank. Besteht bei diesem Geschäft Diskussionsbedarf? Das scheint nicht der Fall zu sein. Möchte die Gemeinderätin etwas sagen? Das ist nicht der Fall. Ist das Geschäft bestritten? Das ist auch nicht der Fall, dann ist dieses Geschäft einstimmig genehmigt.

Abstimmung

<i>Einstimmig genehmigt.</i>

2018.FPI.000031

21 Erwerb von Liegenschaften

Präsident: Wir kommen zu Traktandum Nummer 21. Es ist ein Sachgeschäft ohne Referendum. Es geht um den Erwerb von Liegenschaften, d.h. die Verlängerung des Rahmenkredits. Hier hat das Wort für die vorberatende Kommission RWSU Lukas Schnyder. Bitte anmelden. Merci vielmals, Lukas, du hast das Wort.

Lukas Schnyder (SP) für die Kommission: Ich spreche für die Kommission RWSU zum Punkt Verlängerung des Rahmenkredits beim Erwerb von Liegenschaften. Der Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik hat einen Rahmenkredit von 60 Mio. Franken für den Erwerb von Liegenschaften erhalten. Dem hat die Berner Stimmbevölkerung am 19. Mai 2019 mit einer Zustimmung von 74% zugestimmt. Dadurch konnte der Gemeinde-

rat während vier Jahren Liegenschaften erwerben, ohne die Bevölkerung oder den Stadtrat zu fragen. Der Kredit war dann relativ bald aufgebraucht – im Jahr 2021. Nach zwei Jahren waren 45 Mio. Franken ausgegeben. Man hat dann eine Erhöhung auf 105 Mio. Franken vorgenommen und auch dem haben die Berner*innen zugestimmt und das hat man dann um vier Jahre verlängert. Aktuell sind in dem Fonds noch 37 Mio. Franken übrig und das Ganze ist am 25. Oktober 2025 ausgelaufen. Deshalb beantragt der Gemeinderat jetzt eine Verlängerung um zwei Jahre. Wahrscheinlich wird dann der Kredit sowieso im Jahr 2026 nochmal auf 60 Mio. Franken aufgestockt. Jetzt, warum der Fonds? Der Fonds ist eigentlich ein verkürzter Entscheidungsweg und in einem so umkämpften Immobilienmarkt ein Vorteil, damit man schnell reagieren kann. Seit 2019 hat die Stadt Liegenschaften im Wert von 68 Mio. Franken gekauft und heute gehören dem Fonds 2'500 Mietwohnungen. In der Kommission war es nicht so umstritten. Die grosse Mehrheit empfiehlt euch, dieser Verlängerung zuzustimmen.

Präsident: Merci, ihr könnt euch für die Fraktionsvoten anmelden. Für die Fraktion SVP hat das Wort Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Zuerst eine Vorbemerkung: Ich wäre einfach froh, wenn man eine Traktandenliste umstellt – es gibt sicherlich Gründe dafür –, dass man die Fraktionen vorab informiert. Dann kann man sich bei der Verteilung der Geschäfte vielleicht nicht schwergewichtig auf gewisse Geschäfte konzentrieren, die anschliessend nicht mehr drankommen. Wir haben gedacht, dass Traktandum 21 nicht kommt, aber ihr kennt mich: Feuz spricht Schnauze frei. Jetzt eben zu dem Antrag, den wir gestellt haben. Wir haben ihn frühzeitig gestellt. Das Geschäft ist ein paar Mal schon verschoben worden. Das ist wahrscheinlich auch der Grund, warum man heute Abend Gnade vor Recht ergehen lässt, und die Sache vorzieht. Ich möchte an dieser Stelle einfach festhalten, dass unser Geschäft "Sternenmarkt", für das ich euch ganz herzlich danke, dass ihr dem Postulat zugestimmt habt, etwa sechs Mal verschoben worden ist. Das wurde auch schon gesagt, in gewissen Voten. Man bereitet sich im Februar vor und dann kommt es irgendwann später. Einfach als Vorbemerkung: Es würde allen gelegen kommen, wenn man ihnen sagen würde, dass es eine Verschiebung gibt. Dann haben die entsprechenden Referenden Zeit, sich vorzubereiten.

Ich komme zu diesem Geschäft: Wie ihr seht, stellen wir hier einen Rückweisungsantrag. Worum geht es uns? Wir beantragen, die Vorlage unter der Auflage, dem Stadtrat ein verbessertes Konzept vorzulegen, nach welchen Kriterien der Fonds Objekte erwerben darf, an den Gemeinderat zurückzuweisen. Das muss detailliert darüber Aufschluss geben, in welcher Zone es liegt und ob das Objekt eine strategische Bedeutung hat. Man kann vielleicht ein Objekt kaufen, das man von der Lage her nicht gut findet, das aber eine strategische Bedeutung hat. Dann sollte noch die künftige Verwendung, die Wohnungsaufteilung, der Sanierungsbedarf pro Wohneinheit, die erwartete Renditeberechnung ausgewiesen werden. Und auch eine detaillierte Begründung, wenn wider Erwarten ein sanierungsbedürftiges Objekt in schlechter Lage erworben wurde, insbesondere in Bezug auf den Preis. Worum geht es uns eigentlich hier? Ich mache jetzt ein bisschen eine Rückschau: Wir schauen zurück auf den teuersten Spielplatz. Wir schauen auf das Wildhainweg-Objekt, das man gekauft hat. Wir sind der Auffassung, dass man wahllos überteuerte Objekte kauft, von denen man teilweise nicht einmal genau weiss, was man damit machen soll. Wo man nicht abgeklärt hat, was mit der Rendite ist. Wir sind der Meinung, dass sich Fälle wie der Erwerb des Wildhainwegs nicht wiederholen dürfen. Ihr wisst, dass ich bereits im Rahmen der Finanzdebatte entsprechen-

de Anträge gestellt habe. Ich hatte da wenig Unterstützung. Mir wurde gesagt, es sei ein überbordender Bürokratie- und Formulkrieg.

Ihr seht jetzt, wie wir leichtfertig mit dem Geld umgehen. Ich kann euch informieren: Im Gaswerkareal wurde gegen die Abstimmungsvorlage Beschwerde erhoben. Vielleicht bringen es die Medien, vielleicht auch nicht. Ich habe dort nicht mitgewirkt, dass sage ich euch ganz ehrlich, aber ich habe Kenntnis davon. Mit dieser Begründung hätte man meines Erachtens auch im Viererfeld überzeugen können: Man sagt nicht, an wen die Baurechte gehen. Alles ist völlig offen. Und dann haben wir die Finanzkompetenz des Stadtrats oder der Stimmbürger, die hier missachtet wurde. Das kann der Gemeinderat nicht an sich reißen. Wenn man diese Grundsätze nicht beherrscht, dann ist das für mich entscheidend. Wenn man die Grundsätze nicht beherrscht, muss man offenlegen, welche strategischen Überlegungen zugrunde liegen, wie die Zimmer nachher aussehen usw. Beim Wildhainweg weiss ich noch heute nicht, was man dort machen will. Vielleicht muss ich einmal eine kleine Anfrage machen, um das zu erfahren. Für mich ist es ein Fehlkauf. Und wenn man die nötigen Sachen nicht weiss, dann muss man einfach den Mut haben, die Sache zurückzuweisen. Wir haben es bei der Finanzdebatte mit diesen Anträgen dann wirklich versucht. Ich kann mich genau daran erinnern, wie die FDP-Vertretung sagte, es handelt sich um überspitzten Formalismus. Aber wir reden hier von Millionen, die wir ausgeben und da sollte man ein gewisses Konzept haben. Ich habe euch immer gesagt, der Feuz hilft euch sogar mit Sozialwohnungen. Wir brauchen auch Sozialwohnungen, aber sie müssen am richtigen Ort sein. Sie dürfen nicht überteuert sein. Es bringt dann wahrscheinlich nichts, wenn man Objekte kauft, die jahrelang leer stehen. Mir sind solche Fälle bekannt. Ich glaube da muss unsere Fraktion Vorstösse einreichen. Es gibt Objekte, die jahrelang, monatelang leer stehen, weil man nicht genau weiss, was man damit machen will. Das läuft eben genau schief und darum haben wir hier Auflagen. Ich bin der Meinung, das sollte man doch machen können. Das sind doch Selbstverständlichkeiten. Ich hoffe, die Immobilienspezialisten aus den anderen Fraktionen geben mir recht. Man muss doch Dinge wie Zonen, strategische Bedeutung, künftige Verwendung, Zimmeranzahl und Wohnungsaufteilung, Sanierungsbedarf und Renditeberechnung kennen. Wenn man ein baufälliges Gebäude in schlechter Lage kauft, kann ich das manchmal sogar verstehen. Aber ich will die Begründung dafür hören. Aber wenn wir die Basics nicht haben, dann geht es wieder schief, wie auch bei anderen Projekten, die die Stadt in den Sand gesetzt hat. Ich habe immer gesagt: Die Stadt kann keine Informatik. Beispiele sind Citysoftnet und Base4Kids. Man kann es nicht. Die Stadt hatte mit den Kitas Probleme: Den Kreuzer haben sie nicht steuern können. Das war eine komplizierte Sache. Deshalb hoffe ich, dass der Antrag Unterstützung finden wird. Wir haben es einmal gesagt. Und sonst ist Feuz wieder einmal Cassandra, der etwas sagt, was der Wahrheit entspricht, aber niemand glaubt ihm. Am Ende bekommt er wie in den anderen Sachen Recht.

Präsident: Bevor ich der nächsten Sprecherin das Wort erteile, möchte ich Folgendes klarstellen. Bevor jetzt alle individuell zu uns nach vorne kommen oder sogar am Mikrofon als Ratsbüromitglied das Ratsbüro scheltet, es stand immer auf der Traktandenliste, dass wir das genauso machen werden, wie wir es jetzt gerade machen. Als Ratsbüro nehmen wir das so entgegen, dass es für euch nicht ausreicht, das lediglich auf der Traktandenliste zu vermerken. Wir hätten es wahrscheinlich in der E-Mail, die ihr mit der Einladung zur Sitzung erhalten habt, auch noch erwähnen können. Wie ich es bereits gesagt habe – ich habe mich auch schon dafür entschuldigt –, hätte ich euch vor der Pause darauf hinweisen können. Das nächste Mal machen wir das besser. Aber ich muss ganz ehrlich sagen, dass ich nachher ein wenig erstaunt bin über die Emotio-

nen, die dadurch bereits wieder ausgelöst werden. Für die Fraktion SP-JUSO hat das Wort, Lena Allenspach.

Lena Allenspach (SP) für die Fraktion: Ich habe nur positive Emotionen, weil ich mich sehr freue, dass wir endlich über dieses Geschäft sprechen können. Die SP-JUSO-Fraktion ist sehr erfreut, dass wir heute über diese Vorlage zur Verlängerung des Rahmenkredits sprechen können. Die Verlängerung und darauffolgende Aufstockung des Rahmenkredits für den Erwerb von Liegenschaften basieren auf unserer Motion, die wir hier im Rat bereits angenommen haben. Wir wissen es, und ich habe es in diesem Rat sicher schon mehr als zehnmal gesagt, aber die Miete ist für die meisten der grösste Posten im Haushaltsbudget. Der Grossteil der Schweizer Bevölkerung lebt zur Miete und Wohnen ist eines der grössten Armutsrisiken in unserem Land. Die Mietzinse steigen – und sie steigen nicht einfach so, sondern oftmals aufgrund illegal überhöhter Mieten. Die Spekulation mit Wohnraum und Boden führt mitunter dazu, dass immer weniger bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht. Grundsätzlich haben wir in der Wohnpolitik zwei Hebel, um die aktuelle Situation zu verbessern. Erstens können wir das Mietrecht verbessern, was auf nationaler Ebene geregelt ist. Zweitens können wir die Eigentumsverhältnisse verändern und damit gleichzeitig die Verfassung erfüllen. Nämlich mehr gemeinnützige Wohnungen schaffen, in denen das Mietrecht eingehalten wird und die Mieterinnen und Mieter zur Kostenmiete leben können. Und genau um diesen zweiten Hebel geht es beim Rahmenkredit für Liegenschaften. Wir wollen, dass die Stadt ihre aktive Rolle in der Bodenpolitik weiterführt und beim Erwerb von Liegenschaften rasch auf den Markt reagieren kann. Heute entscheiden wir also darüber, ob der Rahmenkredit um zwei Jahre verlängert werden soll. Die SP-JUSO-Fraktion stimmt dieser Verlängerung klar zu und erwartet gleichzeitig vom Gemeinderat, dass er alle Hebel in Bewegung setzt, damit die Stadt ihren Handlungsspielraum nutzen kann und dazu beiträgt, dass mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird, die wohnpolitischen Ziele erreicht werden und Wohnungen zur Kostenmiete oder nach GüWR-Kriterien (Günstigen Wohnraum mit Vermietungskriterien) vermietet werden. Den Rückweisungsantrag der SVP lehnen wir klar ab. 2019 haben die Stimmberechtigten der Stadt Bern den ersten Rahmenkredit von 60 Mio. Franken für den Erwerb von Liegenschaften mit knapp 75% zugestimmt. Seither konnte der Fonds seinen Wohnungsbestand um 86 Einheiten erhöhen. Im Übrigen wurde auch der Kauf beim Wildhainweg, der eine sichere und wichtige Investition für die Stadt und in eine aktive Wohn- und Bodenpolitik darstellt, deutlich von der Stimmbewölkerung angenommen. Dieser Rückweisungsantrag scheint mir daher vielmehr eine Torpedierung des Zwecks dieses Rahmenkredits zu sein als etwas anderes. Im Sinne einer Wohnpolitik, die für bezahlbare Mieten sorgt und der Spekulation entgegenwirkt und damit auch die Kaufkraft der Bevölkerung stärkt, nimmt die SP-JUSO-Fraktion dieses Geschäft an und ich bitte euch, dem ebenfalls zu folgen. Herzlichen Dank.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion GB/JA!, Esther Meier.

Esther Meier (GB) für die Fraktion: Ich kann es ganz kurz machen: Die GB-JA!-Fraktion wird die Verlängerung des Rahmenkredits einstimmig annehmen. Denn die Mieten in der Stadt Bern kennen seit vielen Jahren nur eine Richtung, stetig steil nach oben. In den letzten 20 Jahren sind sie um rund 30% gestiegen. Konstant tief bleibt demgegenüber die Leerwohnungsziffer, die seit Jahren unter einem halben Prozent liegt. Angesichts von Wohnungsnot, Mietzinsexplosion und Verdrängung braucht es dringend mehr günstigen Wohnraum. Die Stadt Bern muss alles daransetzen, zusätzliche Lie-

enschaften zu erwerben und sie so der Immobilienspekulation zu entziehen, um preisgünstigen Wohnraum zu schaffen. Damit der Fonds seine wichtige wohnbaupolitische Aufgabe fortführen kann, unterstützen wir die Verlängerung des Rahmenkredits. Den Rückweisungsantrag der SVP lehnen wir ab.

Präsident: Für die Fraktion FDP, Simone Richner.

Simone Richner (FDP) für die Fraktion: Die FDP-Fraktion lehnt die Verlängerung des Rahmenkredits für den Wert von Liegenschaften entschieden ab. Die bisherigen Massnahmen haben seit 2019 offensichtlich nicht die erhoffte Wirkung auf dem Wohnungsmarkt erzielt. Das muss jetzt einfach einmal gesagt werden. Die Wohnungsnachfrage in der Stadt Bern bleibt weiterhin hoch, das habt ihr alle bis jetzt bestätigt. Während die eingesetzten Steuergelder offenbar nicht zur Lösung des Problems beigetragen haben. Der Erwerb von Bestandsimmobilien durch die Stadt hat den Markt zusätzlich belastet und zu einer weiteren Verknappung des verfügbaren Wohnraums geführt, in dem sie als Spekulantin auf dem Markt aufgetreten ist. Etwas paradox, wenn man die Voten meiner Vorrednerinnen noch einmal Revue passieren lässt. Anstatt weiterhin in den Ankauf von Bestandsimmobilien zu investieren, sollte endlich in Neubauten investiert werden, damit alle profitieren können. Betreffend Unterstützung sollte dort angesetzt werden, wo sie wirklich gebraucht wird: Nämlich bei den bedürftigen Mieterinnen und Mietern, die auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen sind. Insofern sollte auf die Subjektfinanzierung gesetzt werden. Die FDP-Fraktion fordert deshalb eine Neuausrichtung der städtischen Wohnbaupolitik und wird dem Antrag, wie gesagt, nicht zustimmen. Wir appellieren an den Stadtrat und den Gemeinderat, einen langfristigen, tragfähigen Plan zu entwickeln, der den Markt nachhaltig entlastet und allen Einwohnerinnen und Einwohnern den Zugang zu bezahlbarem Wohnraum sichert. Die derzeit verfolgte Strategie ist offensichtlich nicht zielführend.

Präsident: Für die Fraktion GLP/EVP, Maurice Lindgren.

Maurice Lindgren (GLP) für die Fraktion: Die Stadt Bern hat ein Problem. Die Leerwohnungsziffer liegt seit Jahren unter einem halben Prozent. Ein sehr tiefer Wert, der zum politischen Kampfbegriff der Wohnungsnot geführt hat. Per 1. Juni 2025 standen gemäss Statistik 351 Wohnungen leer. Dieses Argument wird von den Befürwortern der Vorlage immer wieder vorgebracht und ist soweit bekannt. Doch wenn nun eine Liegenschaft von der Stadt Bern gekauft wird, stehen immer noch 351 Wohnungen leer, die Leerstandsquote bleibt unverändert, eine Wohnung wechselt einfach ihren Besitzer. Unter anderem, deshalb haben wir Grünliberalen diese Immobilienkäufe bislang kritisch betrachtet, denn der Erwerb von Liegenschaften lindert die Wohnungsnot nicht. Er kann höchstens die Preisnot jener kleinen Anzahl von Personen mildern, die Zugang zu diesen privilegierten Wohnungen erhalten. Das ist aber keine Ursachenbekämpfung. Denn erstens ist die Preisentwicklung nicht Ursache, sondern Folge des knappen Wohnraums und zweitens ist der Ansatz der Immobilienkäufe nicht wirklich skalierbar, denn die Mittel der Stadt sind stark begrenzt. Eine kurze Bemerkung noch zum Versprechen des Gemeinderats, dass keine spekulativen Preise bezahlt werden: Das ist doch ein Märchen und ignoriert grundlegende Marktmechanismen. Denn jeder Preis ist in einem gewissen Sinne spekulativ, insbesondere bei Immobilien, da jeder Kauf individuell verhandelt wird. Was die Stadt Bern tatsächlich braucht, sind neue, zusätzliche Wohnungen, in einer Anzahl, die mit dem Wachstum der Bevölkerung Schritt halten kann. Alternativ kann sie Massnahmen fördern, die den Fussabdruck der Stadtbevölkerung ver-

ringern, etwa durch weniger Quadratmeter Wohnfläche pro Kopf. Für beides sind Immobilienkäufe jedoch kein geeignetes Instrument. Die Stadt Bern sollte ihre Energie, ihre Ressourcen, ihr Personal darauf konzentrieren, neuen Wohnungsraum zu schaffen, statt auf dem Wohnungsmarkt als zusätzliche Konkurrentin aufzutreten. Die verfügbaren Mittel würden so wesentlich effizienter eingesetzt, um die gesetzten Ziele zu erreichen. Daher werden die Grünliberalen im Sinne unserer bisherigen Haltung auch dieser Verlängerung des Rahmenkredits um zwei Jahre nicht zustimmen. Die EVP hat hier jedoch eine andere Haltung. Sie begrüsst vor allem, dass neben der Förderung von günstigem Wohnungsraum mit den gezielten Käufen auch besondere Wohnformen gefördert werden, wie etwa generationenübergreifende, gemeinschaftliche und hindernisfreie Projekte. Daher wird sie der Verlängerung des Rahmenkredits zustimmen.

Präsident: Gibt es zu diesem Geschäft weitere Fraktionsvoten? Falls es Einzelvoten gibt, könnt ihr euch gerne anmelden. Als erster Einzelsprecher hat das Wort Johannes Wartenweiler.

Johannes Wartenweiler (SP), Einzelvotum: Es wurde jetzt wiederholt festgehalten, dass die Stadt neue Wohnungen bauen soll. Das wäre die entscheidende Wende im Kampf gegen die Wohnungsnot. Ich finde, das ist ein Element, aber ich finde auch, dass die Stadt Wohnungen auf dem bestehenden Markt beschaffen soll, genau um sie aus diesem Markt zu nehmen. Denn jede Wohnung, die die Stadt kauft, wird langfristig zur Kostenmiete vermietet. Dadurch entfällt die spekulative Note dieses Hauses, das dann der Stadt gehört. Insofern ist der Vorwurf, die Stadt betreibe hier Spekulation, ziemlich weit hergeholt. Ich glaube, das ist eigentlich selber eine Spekulation.

Präsident: Als weiterer Einzelsprecher, Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP), Einzelvotum: Dem muss ich ein bisschen widersprechen. Es ist nicht an der Stadt als Immobilienmakler oder -guru aufzutreten und die Stadt aufzukaufen. Wir wissen, dass die Stadt relativ hohe Preise bezahlt. Man hat es dann in Bümpliz gesehen: der teuerste Parkplatz der Welt mit überteuerten Preisen. Es kann nicht sein, dass Steuergelder für überteuerte Preise aufgewendet werden, der Markt aufgekauft wird und Menschen, die in der Privatwirtschaft tätig sind und sich Wohneigentum anschaffen möchten, überhaupt nicht zum Zug kommen.

Präsident: Als nächster Einzelsprecher Dominik Fitze.

Dominik Fitze (SP), Einzelvotum: Ich finde, es ist gut, wenn man auch manchmal Dinge im Rat klarstellt. Hier noch einmal, um es festzuhalten: Ihr sprecht von einer Immobilienblase, die die Stadt befeuert, und von Eigentumswohnungen, die sich vermögende Personen nicht leisten können. Aber am Schluss geht es hier doch um etwas anderes: Es geht um zwei ganz einfache Dinge. Erstens sollten wir als Stadt wieder Boden aufkaufen, um Handlungsspielräume zu sichern, günstige Mieten länger zu gewährleisten und Leerkündigungen zu verhindern. Und damit wir Plätze haben, an denen wir in Zukunft vielleicht neuere und dichtere Gebäude errichten können. Zweitens geht es darum, diese Wohnungen – wie es die Vorrednerinnen und Vorredner gesagt haben – der Spekulation zu entziehen. Das, um es hier einfach noch einmal festzuhalten. Ich stimme dem zu, was gesagt wurde: Die Stadt muss wieder bauen. Aber genau das machen wir. Ich hoffe, ihr werdet das auch in Zukunft unterstützen, wenn die Stadt Bern baut. Wenn Private bauen finde ich das auch okay. Aber es ist genauso wichtig, wenn die

Stadt Bern baut oder wenn Genossenschaften bauen. Aber da haben wir in letzter Zeit einige Mal gemeinsam abgestimmt.

Präsident: Gut, dann hat jetzt das Wort für den Gemeinderat, Melanie Mettler.

Melanie Mettler, Direktorin FPI: Danke auch an Lukas Schnyder für die Zusammenfassung des Geschäfts. In der Stadt Bern – da war ich selbst noch Ratsmitglied – haben wir diese Debatte schon geführt: Ob die Stadt Bern auch als Käuferin auf dem städtischen Immobilienmarkt auftreten sollte. Wenn sie das tun soll, dann muss sie das selbstverständlich über den Fonds machen. Denn im Fonds ist das Finanzvermögen, das in Immobilien angelegt ist, angesetzt. Der Fonds hat die Kompetenzgrenze bei 2 Mio. Franken und kann nicht so schnell auf dem Markt agieren. Deshalb gibt es diesen Rahmenkredit. Den konnte man nicht ausgeben in der erwarteten Zeit und man möchte jetzt eine Verlängerung dieses Rahmenkredits bekommen. Nach dieser Diskussion ist festzuhalten, dass es klare Kriterien für den Kauf von Liegenschaften über diesen Rahmenkredit durch den Fonds gibt. Der Fonds handelt nach seinen Teilstrategien. Diese Teilstrategien leiten sich aus dem Reglement und der städtischen Wohnstrategie ab. Es werden ausschliesslich marktgerechte Preise bezahlt. Das vielleicht ein bisschen in Abgrenzung zu diesem Wort "spekulativ". Da gibt es vielleicht auch keine so klare Definition. Aber natürlich ist es als Dämpfung von Preissteigerungen gedacht. Dies ist auch eines der erklärten Ziele dieses Rahmenkredits. Der Rahmenkredit ist also ein Instrument zur Umsetzung der städtischen Wohnbaupolitik des Fonds. Vielleicht sollte auch zuhänden der Sprecherin der FDP-Fraktion noch klar festgehalten werden: Es geht hier nicht um Steuergelder, sondern es geht hier um einen Rahmenkredit für die Verwendung der Erträge des Finanzvermögens zugunsten der Wohnpolitik in der Stadt Bern. Nun vielleicht noch zum Antrag der SVP: Die SVP fordert, dem Stadtrat ein Konzept zur Kenntnis vorzulegen. Das steht der SVP natürlich frei, das zu verlangen. Das kann man machen, aber dafür ist die Rückweisung dieses Rahmenkredits gar nicht nötig. Vielleicht noch eine Formalität zu den Liegenschaften am Wildhainweg: Diese wurden nicht über den Rahmenkredit abgewickelt, sondern es war ein Geschäft, das den Stimmberechtigten zur Abstimmung vorgelegt wurde.

Präsident: Vielen Dank, wir kommen somit zur Abstimmung. Wir stimmen als erstes über den Rückweisungsantrag der SVP ab.

Antrag 1

SVP

Rückweisung:

Die Vorlage sei an den Gemeinderat zurückzuweisen unter der Auflage dem Stadtrat ein verbessertes Konzept vorzulegen, nach welchen Kriterien der Fonds Objekte erwerben darf. Dies muss detaillierten Aufschluss darüber geben:

- Zone
- Strategische Bedeutung Objekte
- künftige Verwendung
- Zimmer / Wohnungsaufteilung
- Sanierungsbedarf pro Wohnungseinheit
- zu erwartende Renditenberechnung
- detaillierte Begründung, wenn ein sanierungsbedürftiges Objekt an schlechten Lagen erworben werden soll (Preis)

Abstimmung Nr. 028

2018.FPI.000031: Antrag 1

Ablehnung

Ja	9
Nein	64
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt diesen Antrag abgelehnt. Wir stimmen somit über das Geschäft ab.

Abstimmung Nr. 029

2018.FPI.000031

Annahme

Ja	51
Nein	21
Enthalten	2

Präsident: Ihr habt diesem Geschäft zugestimmt.

2025.SR.0270

22 Dringliche Interpellation: Massiver Mietzinsanstieg nach Sanierung der PVK an der Bahnstrasse

Präsident: Wir kommen zu Traktandum Nummer 22. Das ist eine dringliche Interpellation. Auch hier kurz eine Erklärung: Dringliche Vorstösse müssen, gemäss Ratsreglement, an der 4. Sitzung nach Dringlichkeitserklärung traktandiert werden. Deswegen würden wir ihn heute nicht behandeln, müssten wir ihn zwingend am 4. Dezember behandeln. Und er wurde schon einmal verschoben, deshalb müssen wir das Geschäft heute behandeln. Einfach das kurz zur Erklärung. Das ist das Geschäftsreglement. Wenn euch das nicht passt und wenn ihr hässig seid, dass das korrekt angewendet wird, ändert das Geschäftsreglement. Aber don't blame the player. Es ist einfach nicht fair, wenn ihr dann auf die geht, die das Geschäftsreglement korrekt anwenden. Wünschen die Einreichenden des Traktandums 22 eine Diskussion über die Interpellation? Die ist gewünscht. Dann stimmen wir zuerst ab, ob wir hier die Debatte gewähren wollen oder nicht.

Abstimmung Nr. 030

2025.SR.0270

1/3-Quorum erreicht

Ja	48
Nein	11
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt die Diskussion gewährt. Somit haben als erstes die Einreichenden das Wort. Für die Einreichenden hat das Wort, Johannes Wartenweiler, Er müsste noch angemeldet werden. Du hast das Wort, Johannes.

Johannes Wartenweiler (SP) für die Einreichenden: Alle Welt klagt über hohe Mieten und Mieten, die ständig steigen. Dann kommt die städtische PVK (Personalvorsorgekasse der Stadt Bern) leert für eine Totalsanierung zwei Hochhäuser in Ausserholligen. Das befremdliche Ergebnis: Die neuen Mieten werden noch höher sein als die ursprünglich berechneten. Und dann kommt auch noch diese Antwort des Gemeinderats auf unsere Interpellation. Was ist das genau? Ist es SUFFISANZ? Mangelndes Fingerspitzengefühl? Gleichgültigkeit? Auf jeden Fall gibt die Antwort mit jeder Pore zu verstehen, das Geschäft geht uns nichts an und wir sollen uns nicht einmischen. Es stellt sich natürlich die Frage nach der technischen Zuständigkeit einerseits und der Verantwortlichkeit gegenüber der Öffentlichkeit andererseits. Die Antworten auf der ersten Schiene zu geben, scheint uns unbefriedigend und dem Umfang des Problems nicht angemessen. Wir wissen schon, dass es technisch nicht unser Geschäft ist. Die Pensionskassen folgen einer eigenen Logik, bei der die Interessen der angeschlossenen Mitglieder im Mittelpunkt stehen, während andere Anliegen als weniger wichtig betrachtet werden. So will es die Gesetzgebung. Es ist nun einmal so: Die Städtische Pensionskasse ist eine öffentliche Einrichtung, deren Verantwortung gegen aussen nicht einfach endet, wenn dem Buchstaben des Gesetzes Genüge getan ist. Sie ist eine Exponentin der Stadt und als solche auch anders rechenschaftspflichtig als eine private Pensionskasse. Ich möchte daran erinnern, dass die Pensionskasse der Stadt bei ihrer Gründung umfangreichen Liegenschaftsbesitz der Stadt erhalten hat. Mit dem Ziel, die Renten der städtischen Beschäftigten zu finanzieren. Das war damals in Ordnung. Dadurch wird die PVK aber auch zu einer wichtigen Liegenschaftsbesitzerin, an die inzwischen hohe Massstäbe bezüglich sozialer Verantwortung gestellt werden müssten. In der Stadt gehören ihr rund 1'000 der mehr als 1'500 Wohnungen, die sie in ihrem Besitz weiss. Ich möchte daran erinnern, dass die Stadt ihre Verpflichtungen gegen die PVK jederzeit erfüllt. Nicht zuletzt, als sie zusätzliche Mittel brauchte, um den Deckungsgrad den neuen gesetzlichen Grundlagen anzupassen. Das war vor etwa zehn Jahren. Angesichts dieses Sachverhalts darf man von der PVK und dem Gemeinderat mehr erwarten als diese dünnen Antworten.

Zu Frage 1: Gemäss "Der Bund" und "Berner Zeitung" steigen die Kosten einer 3,5-Zimmerwohnung von 1'180 Franken auf 2'000 Franken, statt wie ursprünglich angekündigt auf 1'650 Franken. Das entspricht einer Steigerung von 70%. Wir lassen die Antwort des Gemeinderats in ihrer Ambivalenz und Unklarheit so stehen. Wir werden aber in zwei Jahren die Frage erneut stellen. Wir gehen davon aus, dass sich die Antwort als Haarspalterei erweisen wird. Zu Frage 3: Wenn man die Rendite einer Teilkategorie zum Mass aller Dinge nimmt, kommt es so heraus wie bei der Bahnstrasse. Einerseits gibt es dann keinen Spielraum bei der Mietzinsgestaltung und zweitens baut man so, dass die Wohnungen auf dem Markt attraktiv sind. Dies wird sowohl durch die Inserate in ihrem Liegenschaftsjargon als auch durch die Feststellung des Leiters der PVK bestätigt, dass sich die PVK Gedanken über die Ausbaustandards im Hinblick auf die Vermietbarkeit machen müsse. Hier würde ich einwenden, dass in der Stadt Bern alle Wohnungen zu vermieten sind, immer. Zu Frage 4: Die marktkonforme Rendite ist zu hinterfragen, auch wenn es eine PK ist. Ich möchte daran erinnern, dass die Pensionskassen immer wieder als Treiber auf dem Immobilienmarkt auftreten. Es gilt der Grundsatz: Was gut ist für die Versicherten, ist für die Mieterinnen und Mieter schwer zu schlucken. Das Pensionskassensystem ist leider inzwischen so tief verankert und mit einem Vermögen von mehr als einer Billion Franken nicht mehr aus dem System wegzukriegen. Die linke Absicht, statt auf eine Pensionskasse auf eine AHV-artige Volkspension zu setzen, wurde leider schon vor vielen Jahren beerdigt. Zu Frage 5:

Das ist eine dogmatische Antwort. Die PVK auf die Ebene eines privaten Investors zu stellen, geht dann doch ein bisschen am Ziel vorbei. Immerhin ist der Gemeinderat direkt im Verwaltungsrat der PVK und kann dort seinen Einfluss geltend machen. Zu Frage 6: Wir gehen leider davon aus, dass die Antwort zutrifft. Damit die Leute nach einer Sanierung wieder zurückkehren, braucht es mehr, als ihnen per Care-Team die Kündigung persönlich zu überreichen und ihnen beim Auszug zu helfen. Man muss schon wollen, dass die Leute zurückkommen und ihnen das auch zu spüren geben. Man kann solche Prozesse organisieren. Es ist schon eigenartig: Die Stadt glänzt mit Tagungen zum sozialverträglichen Wohnen, alle klopfen sich auf die Schultern – aber dort, wo sie Einfluss nehmen kann, also auch bei der PVK, interessiert das niemanden.

Da wäre ein bisschen mehr Kohärenz wünschenswert. Zu Frage 7: Es geht nicht darum, Bauprojekte zu vergleichen, es geht darum abzuschätzen, welche Signale und welche Konsequenzen durch die Art der Umsetzung einer Sanierung entstehen. Mit Blick auf die Bahnstrasse erhalten jene Stimmen Auftrieb, die sich grundsätzlich gegen Sanierungen aussprechen, weil jede Wohnung teurer wird und preisgünstige Wohnungen verloren gehen. Mit der Sanierung der Bahnstrasse mag die direkte Auswirkung auf den Wohnungsmarkt wohl bescheiden sein. Auf die feinstoffliche Auswirkung geht er ja gar nicht ein. Dabei stehen Projekte im Raum, bei denen sich solche Fragen stellen werden, deutsch und deutlich. Und zuletzt, Liegenschaftsbesitzer werden auch in Zukunft relativ frei sein bei der Sanierung ihrer Häuser. Aber wo die Bevölkerung ein Mitbestimmungsrecht hat, könnte es schwierig werden. Die Menschen wollen ihr Zuhause nicht verlieren. "Sozial sanieren" ist deshalb keine hohle Phrase, sondern sie ist eine Voraussetzung dafür, dass sich die Stadt in der aktuellen Wohnungskrise weiterentwickeln kann. Wer sich diesem Prozess entzieht, riskiert den Stillstand oder grosse Verzögerungen bei der Stadtentwicklung. Deshalb unsere Bitte an den Gemeinderat: Nehmt das Thema bitte ernst und sorgt dafür, dass es in eurem Einflussbereich umgesetzt wird – auch in der PVK. Es darf sich nicht wiederholen, was an der Bahnstrasse passiert ist.

Präsident: Entschuldigung, ich habe den falschen Knopf erwischt. Ihr müsst natürlich nicht abstimmen. Ihr könnt euch jetzt anmelden für die Fraktionsvoten. Als erstes wird Anna Leissing das Wort haben. Du kannst dich schon auf den Weg nach vorne machen. Allfällige weitere Voten dürft ihr gerne anmelden. Für die Fraktion GB/JA! hat das Wort, Anna Leissing.

Anna Leissing (GB) für die Fraktion: Ich kann mich den Worten meines Vorredners anschliessen und möchte diese Geschichte noch aus ein paar anderen Perspektiven beleuchten. Wir haben diese Interpellation eingereicht, nachdem bekannt wurde, dass die Mietzinse an der Bahnstrasse 59 nach der Sanierung um unglaubliche 70% ansteigen werden. Die Bahnstrasse 59 ist eine Immobilie im Besitz der städtischen PVK. Die Stadt ist durch Gemeinderätin Melanie Mettler als Vizepräsidentin in der Verwaltungskommission, dem obersten Organ der PVK vertreten. 70% teurer, das ist ein massiver Anstieg. Aus Sicht der GB-JA!-Fraktion hoch problematisch. Es ist ein Beispiel dafür, was falsch läuft im Wohnungsmarkt. Durch Sanierungsprojekte wie dieses werden Menschen aus ihren Wohnungen, aus ihrem Quartier und aus der Stadt verdrängt. Wegen Projekten wie diesem dreht sich die Mietzinsspirale seit Jahren praktisch ungebremsst nach oben. In der Stadt Bern sind die Mieten in den letzten 20 Jahren um satte 32 % gestiegen. Wegen Projekten wie diesem haben wir seit Jahren akute Wohnungsnot in der Stadt Bern. Und das muss uns alle als Stadt beschäftigen, insbesondere auch den Gemeinderat. Das ist der zweite Grund, warum wir diese Interpellation eingereicht haben. Im Artikel von "Bund-BZ" von Ende August haben wir es gelesen und uns gefragt,

ob der Gemeinderat zur Situation der Menschen, die ihre langjährigen Wohnungen und Quartiere verlassen mussten, nichts weiter zu sagen hat, als auf die Anlagestrategie der PVK zu verweisen. Ist es wirklich wahr, dass der Gemeinderat zu diesem krassen Anstieg der Mietzinse findet, dieser habe keine kostentreibende Wirkung auf den Immobilienmarkt? Das kann nicht sein, dachten wir uns und wurden mit der Antwort auf unsere Interpellation eines Besseren belehrt. Ich muss sagen, ich bin ehrlich gesagt schon ziemlich irritiert ab diesen Antworten.

Geschlagene sieben Mal schreibt der Gemeinderat in der Antwort, die PVK sei eine eigenständige Anstalt und müsse halt Rendite erzielen. Lieber Gemeinderat, das wissen wir, das steht im allerersten Satz unserer Interpellation. Der Gemeinderat habe keine Kompetenz, der PVK gegenüber Vorgaben zu Immobiliensanierungen zu machen, heisst es weiter in der Antwort. Auch das ist uns klar, auch das steht in unserer Interpellation. Gleichzeitig ist es doch irgendwie merkwürdig, wenn die Vizepräsidentin der Verwaltungskommission – also des obersten Organs der PVK –, zuständig für die Anlage- und Nachhaltigkeitsstrategie so überhaupt keinen Einfluss nehmen kann. Denn danach haben wir gefragt nach Einflussnahme, nicht nach Vorgaben. Wozu sitzt der Gemeinderat in diesem Gremium? Muss es nicht das Ziel sein des Gemeinderats, dort die Ziele der Wohnstrategie der Stadt Bern einzubringen und darauf hinzuwirken, dass möglichst viel preisgünstiger Wohnraum entsteht? Denn wenn wir in Bern etwas brauchen, dann sind es bezahlbare Wohnungen und keine Luxussanierungen. Und nach einer Luxussanierung klingt die Beschreibung der sanierten Wohnungen an der Bahnstrasse definitiv: "Modernes Wohnen auf neuem Level, jede Wohnung verfügt über einen Turm aus Waschmaschine und Tumbler, moderne Küchen mit viel Platz, stilvolle Bäder und, und, und." So werden die Wohnungen auf der Webseite angepriesen. Eine 3,5-Zimmer-Wohnung ist nicht nur für kleine Familien und Paare perfekt, sondern auch für Singles, die sich zusätzlichen Raum für Flexibilität wünschen. Das klingt in meinen Ohren nicht nach einer Sanierung, die möglichst kostengünstig geplant und realisiert wurde, damit die Mietzinse nach Abschluss der Bauarbeiten möglichst tief gehalten werden können, wie der Gemeinderat in seiner Antwort erklärt. Es klingt in meinen Ohren nach einer Luxussanierung, bei der es neben der Rendite vor allem auch darum geht, eine andere sozioökonomische Zusammensetzung der Mieter*innenschaft anzustreben. Ein Interesse, das die vorherigen Mieter*innen in ihre Wohnungen zurückkehren, ist nicht festzustellen, weder bei der PVK noch beim Gemeinderat.

Und das, obwohl es gute Beispiele gibt: Die Giacomettistrasse oder das Telli in Aarau etwa, wo nach Sanierungen ein Grossteil der bisherigen Mieter*innen wieder eingezogen ist. Obwohl diese Beispiele zeigen, dass dies sehr positive Effekte hat für die soziale Struktur der Mieter*innenschaft und das Quartier und auch für die Eigentümer*innen und die Liegenschaftsverwaltungen. Doch das scheint den Gemeinderat nicht weiter zu interessieren. Ein kleiner Einschub: Den vorherigen Mieterinnen stünde es frei, in eine 70 Prozent teurere Wohnung zurückzukehren. Doch Mietparteien, die in ihr altes Umfeld zurückkehren möchten, würden feststellen, dass sich sowohl die Wohnung als auch die Nachbarschaft verändert haben. Wie diese Aussage mit der Aussage des Gemeinderats, die Sanierung an der Bahnstrasse habe kaum Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt in Ausserholligen, zusammenpasst, ist mir ein Rätsel. Einerseits hat sich in der Nachbarschaft nach der Sanierung alles verändert und andererseits hat es kaum Auswirkungen. Abschliessend kann ich sagen: Wir sind nicht nur unzufrieden mit der Antwort des Gemeinderats, sondern auch irritiert über das unverhohlene Desinteresse an einer sozialen Wohnpolitik, das aus dieser Antwort spricht. Wir erwarten vom Gemeinderat der Stadt Bern, dass er sich in seiner Haltung und seinem Handeln an der Wohnstrategie orientiert, dass er sich für preisgünstigen Wohnraum einsetzt und dass

er die Probleme von explodierenden Mieten und sozialer Verdrängung ernst nimmt und vor allem auch, dass er ein Mindestmass an Empathie mit ehemaligen Mieter*innen an der Bahnstrasse zeigt, die aufgrund der Renditebestrebungen der PVK ihr Zuhause verlassen mussten. Die Sanierung an der Bahnstrasse ist aus unserer Sicht ein tristes Negativbeispiel, das in Zukunft hoffentlich durch Instrumente wie eine Mietzinskontrolle verhindert werden kann.

Präsident: Für die Fraktion GFL, Mirjam Roder.

Mirjam Roder (GFL) für die Fraktion: Die Totalsanierung der Hochhäuser an der Bahnstrasse hat offengelegt, worum es bei vielen Liegenschaften heute wirklich geht. Es geht nicht um ein menschenwürdiges, bezahlbares Zuhause, sondern um Renditen, Bilanzen und marktkonforme Vermarktung. Die Folge: Langjährige Mieter*innen werden aus ihrem Lebensumfeld verdrängt, günstiger Wohnraum geht unwiederbringlich verloren, Quartiere werden für Investoren aufbereitet. Das Ganze gibt einen Vorgeschmack auf andere Bauvorhaben wie beispielsweise die Meienegg-Siedlung, auch dort droht dasselbe Muster. Überall stehen Totalsanierungen an, es gibt Leerkündigungen und die Mieten steigen massiv. Die Frage bleibt: Wohin sollen die Menschen denn noch? Es heisst immer, eine Totalsanierung sei alternativlos, aber das stimmt schlicht nicht. Es ist eine Frage des Willens. Natürlich ist eine sanfte, bewohnte Sanierung aufwendiger, mühsamer und weniger Rendite stark, aber sie wäre sozial verträglich. Dass man diesen Weg gar nicht erst ernsthaft prüft, zeigt, welche Prioritäten gesetzt werden. Die PVK schreibt, die Ausbaustandards seien den heutigen Bedürfnissen an moderne Wohnungen angepasst worden. Doch für wen wird hier gebaut? Das Bedürfnis nach bezahlbarem Wohnraum übersteigt das nach modernen Wohnungen bei weitem. Wenn Menschen umziehen müssen, nicht weil sie wollen, sondern weil sie sich die sanierte Wohnung nicht mehr leisten können, dann läuft etwas grundsätzlich falsch. Die Stadt hat hier Verantwortung und sie muss sie wahrnehmen. Wir finden, dass die Antwort des Gemeinderats auf die Interpellation ist viel zu passiv. Sie verschweigt die politische Verantwortung, die sich aus den Beteiligungs- und Steuerungsmöglichkeiten ergibt. Die Stadt ist in der PVK betriebsrechtlich und personell involviert. Diese Sitze erlauben Einfluss auf Strategie, ESG-Parameter und Immobilienpolitik. Dieser Einfluss muss genutzt werden, um soziale Ziele verbindlich zu verankern. Diese organisatorische Nähe schafft politische Gestaltungsmöglichkeiten und wer sie nicht nutzt, macht Politik durch Unterlassung. Die Stadt muss in den zuständigen Gremien verbindliche Leitplanken erarbeiten, um eine soziale Mindestquote oder Quersubventionierung für die städtischen und an der Stadt beteiligten Immobilienprojekte innerhalb des Portfolios zu ermöglichen. Und es ist möglich: Die PVK hat ein Immobilienportfolio von rund 1'500 Wohnungen. Darin steckt Spielraum für Quersubventionierung statt reiner Einzeloptimierung. Die PVK ist seit 2009 Mitglied der Stiftung Ethos und des Ethos Engagement Pool Schweiz. Seit dem 1. Januar 2020 ist sie auch Mitglied des Ethos Engagement Pool International, welche mit den grössten börsenkotierten Unternehmen in der Schweiz und im Ausland den aktiven Dialog führt, dies mit dem Ziel, Verbesserungen bei der Unternehmensführung, dem Sozial- und Umweltverhalten zu erreichen. Bei der Nachhaltigkeit gibt es jeweils drei Dimensionen. Wenn sie ihr Ranking bei der Nachhaltigkeit wirklich verbessern möchte, könnte sie ja mal bei sozialverträglichen Sanierungen anfangen. Stadt, Verwaltung und die in der städtischen Verantwortung stehenden Gremien der PVK können und müssen mehr tun. Rechtliche Vorgaben zur Renditeerzielung entbinden uns nicht von der Verantwortung die Stadt bezahlbar, sozial und lebenswert zu erhalten. Statt uns mit Verweisen auf Marktkonformität zu bequemem, muss die Politik die

Instrumente von der Sitzverwertung in PVK-Gremien über die Wohnstrategie bis hin zu konkreten Förder- und Planungsinstrumenten bündeln und verbindlich einsetzen. Sonst wird aus sozialen Quartieren schrittweise ein Anlagemarkt.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion FDP, Georg Häsler.

Georg Häsler (FDP) für die Fraktion: Ich musste mich da ein bisschen durch die SVP durchkämpfen. Es gibt Momente in diesem Rat, da wünschte man sich fast, Ideologien würden wenigstens ein klein wenig innere Logik besitzen. Heute behandeln wir einen Vorstoss, der das genaue Gegenteil zeigt. Die Linke fordert für die Mitarbeitenden der städtischen Liegenschaften höchste Sozialstandards, grosszügige Leistungen und maximale Sicherheit. Gleichzeitig sollen diese Unternehmen jedoch keine Rendite erwirtschaften, keine Rückstellungen bilden und keine Reserven aufbauen dürfen. Das ist, mit Verlaub, das finanzpolitische Perpetuum Mobile der Stadt Bern. Es funktioniert ehrlich gesagt nicht einmal auf dem Papier. Wie soll das aufgehen? Natürlich klingen +70% nach sehr viel Geld. Aber die PVK braucht attraktive Liegenschaften, die ihr auch etwas einbringen, sonst funktioniert es nicht. Auf lange Sicht ohne Rendite zu arbeiten, bedeutet Sanierungsstau, Risiken auf das Gemeindebudget zu verlagern und am Ende höhere Kosten für alle Steuerzahler – und daneben eben auch höhere Steuern. So einfach ist das. Wir reden hier nicht von Gewinnmaximierung, sondern von betriebswirtschaftlicher Verantwortung. Die PVK braucht eine positive Rendite, nicht eine maximal hohe, aber eine verlässliche. Die Linke will also einerseits teure Sozialleistungen und andererseits eine Kasse ohne Einnahmenbasis. Funktioniert einfach nicht. Wir lehnen als FDP-Fraktion diesen Vorstoss ab, weil wir eine gesunde PVK wollen, weil wir Investitionen in den städtischen Gebäudebestand wollen und weil wir eine Stadt wollen, die ihre Finanzen ernst nimmt und nicht die Zukunft anderer Generationen verpfändet. Darum Nein zu diesem Vorstoss. Ja zu einer Stadt, die rechnen kann, sage ich als Phil-1-Absolvent.

Präsident: Für die Fraktion SP-JUSO hat das Wort Chandru Somasundaram.

Chandru Somasundaram (SP) für die Fraktion: Wir haben es heute Abend ein- oder zweimal gehört: Die Wohnungsnot in Bern ist ernst, und die Mieten steigen kontinuierlich und immer mehr Menschen haben Mühe, eine bezahlbare Wohnung zu finden. In dieser Situation kommt der städtischen Pensionskasse eine besondere Verantwortung zu. Sie ist ein öffentlich-rechtliches Organ, keine private Immobiliengesellschaft und sie besitzt einen relevanten Teil des Wohnungsbestands in unserer Stadt. Deshalb ist es wichtig, wie sie saniert, wie sie kommuniziert und welche Mietzinse sie danach verlangt. Es geht dabei nicht nur um operative Fragen, sondern auch um die Auswirkung auf die Bevölkerung. Die Antwort des Gemeinderates anerkennt zwar die formelle Eigenständigkeit der PVK, das ist korrekt, aber sie spricht kaum über den strategischen Rahmen, den die Stadt setzen kann, sei dies über das Reglement, das der Stadtrat beschliesst, über die Oberaufsicht, die wir ausüben, und über die politische Verantwortung der Stadt in den Führungsgremien der PVK. Dieser Spielraum wird in der Antwort zu klein dargestellt. Natürlich braucht eine Pensionskasse in diesem System eine Rendite. Aber Renditeziele sind immer eingebettet in Abwägungen, gerade bei einer öffentlich-rechtlichen Einrichtung. Marktkonform bedeutet nicht, dass jede mögliche Mietzinserhöhung ausgeschöpft werden soll. Es bedeutet, dass wirtschaftliche Verantwortung vor allem mit der sozialen Verantwortung verbunden werden muss. Bei Totalsanierungen stellt sich ausserdem immer die Frage der Rückkehrmöglichkeiten. Dass diese tat-

sächlich genutzt werden können, hängt nicht nur von Beratungsangeboten ab, sondern sehr stark von der Mietzinsentwicklung nach der Sanierung. Hier braucht es künftig klarere Grundsätze und mehr Engagement, damit Rückkehr nicht nur theoretisch möglich ist, sondern realistisch ist. Sanierungen werden uns in den nächsten Jahren noch häufig beschäftigen. Damit sie von der Bevölkerung getragen werden, braucht es Vertrauen in preisgünstigen Wohnraum und diesen Ansatz vermissen wir hier.

Präsident: Für die Fraktion SVP hat das Wort Stephan Ischi.

Stephan Ischi (SVP) für die Fraktion: Ich musste mich durch nichts durchkämpfen, sondern bin da relativ einfach hervorgekommen. Woher nehmt ihr die Zahlen, um beurteilen zu können, ob das ein gutes Geschäft ist oder nicht? Mir fehlen alle Faktoren und Zahlen, anhand derer wir beurteilen können, ob diese 70 % gut oder schlecht sind. Ich habe das nicht. Ihr seid stark, ihr habt das alles, ich habe das nicht. Es zeigt aber einmal mehr, dass das Immobiliengeschäft – sei es das des Wohn- und Bodenfonds oder in diesem Fall – ideologisch verbrämt ist. Es geht nicht mehr um Zahlen und Fakten, es geht einfach um Ideologie. Man muss gratis wohnen, man muss gratis alles bekommen und dann ist es gut. Was wir hier haben, ist auch noch etwas anderes, nämlich etwas Lustiges. Der grosse Immobilienhai ist nicht Melanie Mettler als Vizepräsidentin, sondern jemand aus eurer Reihe. Herr Berger ist nämlich Präsident dort, wo es gemacht wird. Wenn ihr beurteilen wollt, wie es in der Immobilienbranche läuft oder wie nicht, und welche Rendite dabei herauskommen muss, empfehle ich einen Crashkurs zum Thema Immobilien. Dort kann man relativ einfach lernen, wie man Renditen und Renovationen berechnet und wie sich das auswirkt. Und dann kommen wir vielleicht dem Ganzen ideologisch ein bisschen näher. Merci vielmals.

Präsident: Gibt es weitere Voten aus dem Saal? Als Einzelsprecherin hat das Wort Bernadette Häfliger.

Bernadette Häfliger (SP), Einzelvotum: Ich habe die Interpellation als sehr berechtigt empfunden, weil sich die Fragen stellen. Aber als Sozialversicherungsrechtsspezialistin stellen sich mir jetzt allerdings die Haare zu Berge, weil man nicht völlig jenseits der bundesrechtlichen Gesetzgebung argumentieren kann. Auch die PVK ist nicht nur dem städtischen Recht unterstellt, sondern dem Bundesgesetz und das Bundesgesetz gibt klare Rahmenbedingungen vor. Diese Rahmenbedingungen besagen, dass Investitionen von einer Pensionskasse Renditen abwerfen müssen und genau um dieses Thema geht es. Insofern ist die Antwort des Gemeinderats sehr ausführlich und sehr kompetent. Wir können nicht so argumentieren. Der Gemeinderat kann zwar als Arbeitgebervertreter in dieser Kasse Einfluss nehmen, aber die Kasse ist paritätisch geführt und hat als einziges Ziel, die Rentenversprechen an die Mitarbeitenden garantieren zu können. Und wenn sie das nicht einhalten, dann haften die Mitglieder des Gemeinderats privat für das Verletzen dieser Pflichten. Also die Diskussion hier ist irgendwie für mich als Sozialversicherungsrechtsspezialistin wirklich wirr.

Präsident: Als nächster Einzelsprecher Johannes Wartenweiler.

Johannes Wartenweiler (SP), Einzelvotum: Ja, es gibt jetzt da ein paar Dinge zu diskutieren. Ich finde, es wurde doch nie – zumindest von unserer Seite – in Abrede gestellt, dass eine Pensionskasse eine Rendite erwirtschaften muss, im Wissen, dass es bundesrechtliche Voraussetzungen gibt. Das war gar nicht der Punkt. Ich glaube, es

geht vor allem darum, dass die Art und Weise, wie die Pensionskasse mit diesen Vorgaben in diesem Sanierungsprojekt umgegangen ist, zu einem Aufschrei in der Öffentlichkeit geführt hat. Das ist nicht nachvollziehbar. Es ist nicht zu verstehen, wie sich die Preise plus minus verdoppeln können. Das ist auch dann ein etwas beunruhigendes, befremdendes Ergebnis, wenn alles korrekt gelaufen ist und die Rendite stimmt und die bundesrechtlichen Bedingungen eingehalten werden. Es geht einfach darum, dass sich vielleicht die Pensionskasse der Stadt Bern überlegen muss, wenn sie saniert, wie sie sanieren kann, dass sie einerseits die Vorgaben erfüllen kann und andererseits aber auch in der Öffentlichkeit nicht diese Reaktion hervorruft. Sie muss sich bewusst sein, dass die Art und Weise der Sanierung, dann halt auch Auswirkungen auf die Mietenden hat. Das führt dann gleich zur Diskussion, die von rechts angeheizt wurde: Einerseits die Sozialleistungen, andererseits die Renditen. Es hat auch niemand gesagt, dass die Pensionskasse keine Rendite machen darf, auch nicht in diesem Zusammenhang. Da habt ihr einfach eure Ideologie schön zusammengebastelt, damit ihr auf die Linken raufhauen könnt. Ich weiss nicht, woher ihr diese Vorstellung nehmt, aber ich gehe davon aus, das habt ihr nicht mit absolutem Wissen gemacht.

Präsident: Als nächster Einzelsprecher Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Vielleicht zunächst einmal: Euer Vorstoss war berechtigt. Ich habe sogar dafür gestimmt mit meiner Fraktion, dass man darüber diskutiert. Aber, und da möchte ich gerade auf Stephan Ischi Bezug nehmen, um das zu diskutieren, müssen wir Zahlen haben. Mit den vorliegenden Angaben können wir nicht im Geringsten beurteilen, ob die Mietzinserhöhung korrekt ist oder nicht. Wieso haben wir vorhin einen Rückweisungsantrag gestellt? Um eben die Zahlen zu erfahren: Wohnungsgrösse, Wohnungsbaustandards, Zonen. Dann hätten wir die Zahlen, die wir berücksichtigen könnten. Der 70%-Sprung scheint mir hoch. Ich kann es aber nicht beurteilen. Das wäre eben genau der Punkt. Wenn wir das anschauen wollen, müssen wir die Zahlen und Ergebnisse haben. Einfach so 60 bis 70 Prozent höher kann man das nicht beurteilen. Als Jurist muss man genau wissen, wie die Ausgleichsmiete war, wie der Wohnungsstandard ist und wie die Orts- und Quartiersüblichkeit ist. Erst dann kann man die Sache beurteilen. Sonst kann ich nur mit dem Daumen nach oben zeigen und sagen: Ja, es ist hoch. Ich habe gut zugehört, was Georg Häsler gesagt hat. Ich habe immer gesagt, dass ich nichts gegen Sozialwohnungen habe. Die Stadt braucht Sozialwohnungen. Wenn man aber gute Quartiere wie das Gaswerkareal hat, sollte man dort auch viel verdienen können, um an anderen Orten wieder billigere Wohnungen zu ermöglichen. Ich habe immer gesagt: Ihr könnt nicht ein Luxus-Penthouse neben der Autobahnauffahrt vermieten und erwarten, dass die Leute dorthin kommen. Aber es ist eben das Konzept. Die SVP-Fraktion bietet euch Hand, wenn wir einen Vorstoss machen wollen, bei dem wir sagen: "Welche Zahlen wollen wir, was wollen wir drin haben?" Und dann sind wir einmal vielleicht nicht so weit weg voneinander. Denn für den linken Mietspezialisten und den rechten Hauseigentümerspezialisten, also dem Anwalt, gelten die gleichen Grundsätze. Wir bieten euch Hand, darum haben wir uns auch für die Diskussion angeboten, aber ganz einfach, um zu sagen: Wir sind genauso schlau wie vorher, uns fehlen die Fakten. Da bin ich wirklich froh über das Votum von Stefan Ischi, der das sehr gut dargelegt hat. Und dann kann man darüber diskutieren. Dann muss man eben wissen: Wie haben wir den Zugang? Welche Zahlen brauchen wir? Welche sind nicht relevant? Dann ist es eben kein Formularkrieg. Unsere Spezialistin für Sozialversicherungsrecht gibt mir auch Recht, wenn es darum geht, wie viele Formulare jemand ausfüllen muss, der arbeitslos ist oder eine IV-Rente bezieht. Da kann

die Sachbearbeiterin nicht einfach sagen, der ist jetzt 40% invalid. Das ist auch viel komplizierter. Darum sage ich: Wir müssen die Zahlen haben. Die SVP würde da Hand bieten.

Präsident: Merci, dann hat für den Gemeinderat das Wort, Melanie Mettler.

Melanie Mettler, Direktorin FPI: Ich erlaube mir auch noch einmal eine kurze Einbettung der Ausgangslage. Sie haben es gehört, die Pensionsvorsorgekasse ist eine Organisation der Sozialpartnerschaft, wie alle anderen Instrumente des BVG, der zweiten Säule. Natürlich ist es eigentlich die ausschliessliche Aufgabe dieser PVK, die Gelder, die von Arbeitgebern und Arbeitnehmenden einbezahlt werden, um Renten zu generieren, zu verwalten. Präsiert wird sie dann auch momentan vom Regionalsekretär Michel Berger als Vertreter der Arbeitnehmenden. Abwechselnd übernimmt die Finanzdirektorin den Vorsitz, in meinem Fall als Vertreterin der Arbeitgeberschaft. Das sind die Finanzierer dieser Kasse, die dann auch in der Verwaltungskommission entsprechend eine Aufsichtsfunktion haben, wie bereits von Ihnen im Rat ausgeführt wurde. Die PVK hält rund zwei Drittel ihrer Immobilien in Direktanlagen. Es handelt sich dabei vorwiegend um Wohnliegenschaften mit etwa 1'500 Wohnungen an Standorten in Bern und der näheren Umgebung. Die strategische Bewirtschaftung des Immobilienportfolios sowie auch die Überwachung und Durchführung von Sanierungen erfolgen bei der PVK selbst. Darüber hinaus gibt es das Anlagekomitee und die Geschäftsstelle, die dann den Zustand der Liegenschaften immer überprüfen und eine Sanierungs- und Investitionsplanung für das Immobilienportfolio durchführen. Je nach Gebäudeart und Zustand werden dann bei Sanierungen verschiedene Schwerpunkte gesetzt und verschiedene Lösungen diskutiert. Grundsätzlich werden die Liegenschaften jedoch so renoviert, dass sie für künftige Vermietungen optimal, kostengünstig, energieeffizient und natürlich unter Berücksichtigung anderer Vorschriften sind. Wenn eine Liegenschaft total saniert wird, dann sind höhere Kosten unvermeidlich. Die PVK betreibt aber generell eine sehr moderate Preispolitik mit ihren Immobilien. Das kann man auch in den Vergleichswerten sehen. Man sieht es auch an der Tatsache, dass die allermeisten Mietverhältnisse langjährig sind. Nun, insbesondere an der Bahnstrasse hat sich die PVK auch enorm Mühe gegeben, umsichtig vorausgeschaut. Die Preisgestaltung ergibt sich aus einer moderaten Renditeerwartung und einem nachhaltigen Ausbaustandard.

Jetzt vielleicht noch einmal konkret zu den Fragen und zur Sachlage. Zur Frage 1: Wie ist dieses Gap zwischen der Ankündigung und den jetzt angekündigten Mietzinsen zu erklären? Die PVK hat diesen Mietzins nicht angekündigt, das war bei einer Planung vor vielen Jahren eine Schätzung, die dann einmal durch den Gemeinderat kommuniziert wurde. Man hat aber immer darauf hingewiesen, dass das eine provisorische Schätzung ist. Seither hat sich auch die Lage ein bisschen verändert. Was aber ein Fakt ist, ist, dass zum heutigen Zeitpunkt im Quartier Holligen die Hälfte der Wohnungen zu einem höheren Quadratmeterpreis vermietet werden, als hier angeboten wird und das inkludiert die Bestandesmieten. Also von den Mieten auf dem Markt und von den Mieten in den Bestandesmieten ist die Hälfte teurer, als jetzt angeboten wird. Wenn man jetzt eine moderate Rendite von unter 3 % hat, bei einer mittleren Miete für die jeweilige Ortslage kann das gar nicht preistreibend wirken und den Durchschnitt der Ortsmiete direkt in die Höhe treiben. Ein anderes Thema ist es natürlich, wenn in einem Stadtteil ganz viele Liegenschaften oder ein Grossteil der Liegenschaften gleichzeitig saniert werden, weil sie in derselben Generation gebaut wurden und altersmässig nicht viel Durchmischung stattfindet. Dann gibt es in einem Ortsteil gleichzeitig diese Total-

sanierungen, die natürlich in der Summe die Mietpreise hochdrücken. Das heisst aber nicht, dass eine einzelne Liegenschaft die ortsüblichen Mieten beeinflussen kann.

Zur Frage 2, ob der Gemeinderat von dieser Entwicklung wusste: Es ist im Reglement vorgesehen, dass die PVK den Gemeinderat einmal jährlich über das Geschäftsergebnis informiert und so war das auch diesmal und dann überweist dieser die Informationen an die GPK des Stadtrats. Die Frage, ob an der Bahnstrasse 79 auch so ein Aufstieg zu erwarten ist, ist tatsächlich so, dass man dasselbe Niveau etwa erreichen wird. Das hängt auch damit zusammen, dass die Liegenschaft in einem äusserst schlechten Zustand war. Stellen Sie sich vor, es handelt sich um eine Liegenschaft aus dem Jahr 1960, die seitdem nie einer Totalsanierung unterzogen wurde. Entsprechend niedrig waren natürlich die Mieten und eine Sanierung im Bestand war beispielsweise nicht möglich. Wie der Gemeinderat Einfluss nehmen kann, haben Sie natürlich alle schon gehört: Direkt kann er das nicht, aber er sitzt mit der Arbeitgebervertretung in der Verwaltungskommission, genauso wie die Arbeitnehmenden. Man hat da eine gewisse Einflussmöglichkeit. Bei Frage 5 verstehe ich nicht, ob die Frage irgendwie falsch verstanden wurde. Ich lese hier, dass gefragt wird, ob der Gemeinderat auch in Zusammenarbeit mit privaten Investoren Einfluss nehmen kann. Der Gemeinderat antwortet auf die Frage, ob man auf private Investoren Einfluss nehmen kann: „Das macht man natürlich, zum Beispiel im Planungsverfahren usw.“ Jetzt zur Frage 6: Die Frage, wie der Umgang mit den bisherigen Mietenden war. Die Erfahrung zeigt, dass eine Totalsanierung in diesem Umfang so lange dauert, dass die Personen, die bereits einmal ausziehen mussten, eine neue Lösung gefunden haben und nicht noch einmal zurückziehen wollen. Was aber vielleicht auch noch wichtig zu sagen ist, dass diese Mieter*innen-Unterstützung, das war nicht einfach quasi eine nette Verkündigung der Miete war, sondern es war wirklich eine individuelle Betreuung und Begleitung, und zwar bis zum Finden neuer Mietwohnungen. Man hat auch noch zusätzlich die Vereinigung Gemeinwesenarbeit beigezogen. Alle Mieter*innen der Bahnstrasse haben ein Vorzugsrecht für alle verfügbaren Wohnungen der Privera AG im ganzen Raum Bern. Sie haben natürlich dann auch ein Vorzugsrecht für die sanierten Wohnungen und ich denke, somit hat es auch eigentlich zu grossmehrerlich Zufriedenheit geführt mit sehr wenigen Ausnahmen.

Zur letzten Frage möchte ich auch noch kurz Stellung nehmen. Das ist nämlich diese Frage, ob das jetzt den Wohnungsmarkt in Ausserholigen genau beeinflusst. Da habe ich schon einmal kurz gesagt, um die Ortsüblichkeit wirklich zu erhöhen, kann natürlich eine Liegenschaft allein nicht dienen. Auch jetzt der Auswahlstandard, der ist nicht Luxus, auch wenn vielleicht die Ausschreibung das ein bisschen nahelegen würde. Aber ein Eichenparkett ist halt einfach nachhaltiger und über lange Frist auch günstiger, als wenn man alle paar Jahre ein Linoleum rausreissen und wieder neu verlegen muss.

Präsident: Vielen Dank, wir sind am Ende der Beratung dieser Interpellation. Ich halte fest und ich hoffe, das ist korrekt, dass die Interpellanten nicht zufrieden sind mit der Antwort des Gemeinderats. Das ist korrekt so. Das zuhanden des Protokolls. Wir gehen zurück auf der Traktandenliste.

Es wird mit dem Traktandum 10 fortgefahren.

2024.SR.0300

10 Motion Fraktion SP/JUSO (Chandru Somasundaram, SP/Johannes Wartenweiler, SP//Halua Pinto de Magalhães, SP/Ingrid Kissling-Näf, SP): Ausbau der Solarenergie in der Stadt Bern jetzt; Annahme als Richtlinie

Präsident: Wir gehen zurück zu Traktandum Nummer 10. Das ist eine Richtlinienmotion der Fraktion SP-JUSO. Es geht um den Ausbau der Solarenergie in der Stadt Bern. Mir wurde bereits vorgängig zur Sitzung gesagt, dass diese Motion aus dem Rat bestritten ist. Ich erteile entsprechend den Einreichenden das Wort. Das wäre für die Einreichenden Johannes Wartenweiler.

Johannes Wartenweiler (SP) für die Einreichenden: Über uns am Himmel steht Energie für eine Milliarde Jahre bereit. Man muss sie nur holen – und hier fangen die Schwierigkeiten an. Wir waren entsetzt, als wir erfuhren, dass nur 4% der Berner Dächer für die Produktion von Solarenergie genutzt werden. Angesichts der aktuellen Krise in der Energieversorgung – Stichworte Klima und Krieg –, ist es eine lächerliche Zahl, ein Witz und eine verpasste Chance. Es gibt Gründe, warum das so ist. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht sind andere Energieträger besser: Sie sind günstig, lassen grosse technische Lösungen zu und folgen einer industriellen Logik. Solarenergie hingegen ist hierzulande überwiegend kleinteilig, handwerklich und aufwendig. Lang hiess es, das machen nur überzeugte Spinner, die keine Excel-Tabellen lesen wollen. Das ändert sich gerade, aber es könnte schneller gehen. Wenn es in der Stadt Bern um Energie geht, geht es auch um EWB. Die städtische Anstalt ist in vieler Hinsicht ein solider Wert und investiert mit dem Ausbau des Fernwärmenetzes zurzeit aktiv in die Energiewende. Wenn es aber um die Solarenergie geht, dann krankt EWB an den oben erwähnten Prioritäten für die Energieproduktion. EWB ist ein industrieller Produzent und tut sich mit der Kleinteiligkeit der Solarenergie schwer. EWB könnte mehr tun. Die EWB hat einen Leistungsauftrag des Gemeinderats und ist der Klimastrategie 2035-2045 verpflichtet. Für den Stadtrat ist es nicht möglich, direkt auf EWB einzuwirken. Also spielen wir über die Bande des Gemeinderates. Wir wollen mit unserer Motion eine Verdoppelung der Solarflächen in der Stadt Bern, auch dank tatkräftiger Unterstützung durch die EWB. Wir sehen aber auch, dass EWB nicht alles machen kann und sehen davon ab, direkte Produktionsziele zu verlangen, weil das in der Logik von EWB nicht sinnvoll ist. Unsere Forderung an EWB ist Vernetzung, Kommunikation und Förderung. Zur Vernetzung stellen wir uns unter Beteiligung von EWB runde Tische auf Ebene der Stadtteile vor. Das Solarwissen soll in die Quartiere einfließen. Zur Kommunikation: Wir stellen uns Werbekampagnen für die Solarenergie vor, ähnlich wie sie in anderen Städten durchgeführt werden. Die Solarenergie muss ein Thema im öffentlichen Raum sein. Zur Förderung: Im Rahmen seiner Möglichkeit soll EWB aus Fördertöpfen verstärkt die Solarenergie fördern. Die Antwort des Gemeinderats ist wie ein Schutzschild um das Werk. Er geht weniger auf unsere Forderungen ein, als dass er erklärt, wie gross die Aufgaben sind, EWB im Rahmen der Energiewende zu übernehmen hat. Dem können wir uns selbstverständlich anschliessen. Ein stabiles Netz ist eine grundlegende Voraussetzung für die Energieversorgung und EWB investiert in die Stabilität. Wir sehen es auch an unseren Stromrechnungen. Aber das war gar nicht die Frage. Zur Vernetzung hält der Gemeinderat konkret fest, dass dies einerseits Aufgabe der Energie- und Klimakommission und andererseits Aufgabe der Energieberatung sei. Dort ist, auch EWB dabei. Zur Idee dezentraler runder Tische sagt er kein Wort.

Der Brief des Amts für Umweltschutz mit dem Titel „Kennen Sie das Solarpotenzial Ihrer Liegenschaft?“ und dem Angebot einer kostenlosen Erstberatung sowie Informationen zu Fördermitteln geht immerhin in diese Richtung. Die erste Tranche von 1'500 Briefen wurde im August 2025 verschickt. Die nächste Tranche folgt im Frühjahr 2026. In der Stadt Bern gibt es rund 15'000 Liegenschaften. Das kann also noch dauern. Zur Kommunikation sagt der Gemeinderat nichts. Hier ist festzuhalten, dass EWB über den Sommer hinweg mit einer Kampagne selbst aktiv geworden ist, zum Beispiel beim Gurtenfestival oder im Kino im Kocherpark. Diese Massnahmen gilt es aufrechtzuerhalten, denn der Umstieg auf Solaranlagen ist ein anhaltender Prozess. EWB fördert nun auch die Batteriespeicherung von Solarenergie aus dem Ökofonds. Ein Feld, auf dem noch einiges passieren wird und das für die Stabilität des Netzes wichtig ist. Erste Gesuche sind eingegangen. Auch das ist ein wichtiger Schritt. Der Gemeinderat weist darauf hin, dass die Klimastrategie 2045 um ein weiteres Handlungsfeld zur Förderung der PV-Anlagen ergänzt wurde. Dabei spielt die Kommunikation mit den Hauseigentümern eine wichtige Rolle. Wir sehen, dass sich in kleinen Schritten etwas bewegt. Wir wollen EWB weiterhin in der Verantwortung sehen, aber es liegt nicht allein bei EWB, die Solarenergie und damit die Energiewende zu stärken.

Eine wichtige Rolle nehmen die Hauseigentümer ein. Da sieht man alle Schattierungen von Engagement: Pioniere, kluge Rechner*innen mit dem Willen zur Selbstversorgung, grosse Genossenschaften, Stadt und Burgergemeinde, die das Potenzial der Solarenergie langsam erkennen, Bund und Kanton, die keine Eile haben, und private Investoren, die keinen Gewinn sehen. "Der Bund" und die Berner Zeitung haben im Frühjahr einen entsprechenden Überblick erstellt. Für alle, die zu faul oder denen der Aufwand zu hoch ist, gibt es schliesslich professionelle Kontraktoren, die Dächer mieten und Solarstrom verkaufen. "Sunraising" ist diesbezüglich in der Stadt Bern ein Begriff. Insgesamt braucht es verschiedene Massnahmen, um den Anteil von heute 4% auf 8% der Dachflächen bis 2030 zu steigern, wie von uns gefordert, oder um die Leistung bis 2035 um 596% zu erhöhen, wie der Gemeinderat es in seinem Vortrag schreibt. Wir fordern den Gemeinderat auf, den eingeschlagenen Kurs entschlossen weiter zu folgen. Wenn alle Akteure im Blick gehalten werden und EWB weiterhin eng in die Verantwortung eingebunden wird, könnten die anspruchsvollen Ziele erreicht werden. Solarenergie ist ein Instrument auf dem Weg zu "Netto Null 2045".

Präsident: Merci, ihr könnt euch anmelden für die Fraktionsvoten. Für die Fraktion GLP-EVP, Roger Nyffenegger.

Roger Nyffenegger (GLP) für die Fraktion: Der Ausbau der Solarenergie liegt in der DNA der GLP. Wir haben gerade national die heutigen energiepolitischen Instrumente massgeblich geprägt. Ein Beispiel ist der Zusammenschluss "Eigenverbrauch", den Jürg Grossen bereits 2015 in die Energiestrategie 2050 von Simonetta Sommaruga eingebracht hat und heute ein elementares Instrument ist. Die GLP-EVP-Fraktion kann hier also nichts anders tun, als diese Motion als Richtlinie erheblich zu erklären. Und trotzdem möchte ich hier noch zwei Punkte anmerken. Erstens ist die Motion gefährlich eindimensional. Eine Verdoppelung der Solarflächen auf Berner Dächern ist zwar toll, wird dem komplexen Thema aber nicht gerecht. Sie hinterlässt sogar einen leicht populistischen Nachgeschmack. Die Energiewende scheitert momentan nicht am Zubau von Solarflächen, das war auch schon bei der Einreichung im Oktober 2024 klar. Wir haben Zubauraten von 43 % bzw. 51 % in den letzten Jahren. Man muss sich das mal vorstellen: Das ist eine Verdoppelung des Zubaus.

Vielmehr scheitert die Energiewende, weil sie eben zu eindimensional gedacht wird und genau das ist in dieser Motion eben auch der Fall. Solarzubau ohne Speicherung zu denken, ist nicht zielführend. Solarzubau ohne Stromnetzstabilität zu denken, ist nicht zielführend. Solarbau ohne Netzbaukosten zu denken, ist nicht zielführend. Solarbau ohne Energieeffizienzmassnahmen zu denken, ist auch nicht zielführend und Solarausbau, ohne gleichzeitig intelligente Digitalisierung zu denken, ist auch nicht zielführend. Ich bin mir sicher, liebe SP, das könnt ihr eigentlich besser. Zweitens, damit anknüpfend: Angesichts der Komplexität der Energiewende möchte ich darauf hinweisen, dass solche Motionen unnötig Ressourcen in der Verwaltung binden. Die gleichen Anliegen hätten auch einfach in die Diskussion bezüglich der Energie- und Klimastrategie 2035 eingebunden werden können, die ja quasi gleichzeitig mit der Einreichung dieser Motion stattfand. Dann wäre euch auch aufgefallen, dass eine Verdoppelung auf 8% jetzt nicht wirklich ambitioniert ist.

Lassen wir die Mitarbeitenden von Adrian Stiefel doch lieber an der Umsetzung der Energie- und Klimastrategie arbeiten, anstatt ihre Ressourcen für die Beantwortung dieser Motion oder solcher Motionen zu verschwenden. Dort haben wir ja auch einige kluge Planungsänderungen eingebracht. Du hast sie angesprochen: Sie sollen den Solarausbau forcieren. Ein Beispiel sind die Briefe an private Eigentümer*innen mit geeigneten Dach- und Fassadenflächen. In diesen werden die Vorzüge und Umsetzungsmöglichkeiten der Solarenergie aufgezeigt. Diese Briefaktion ist jetzt angelaufen. In diesem Sinne ist das doch ein guter erster Schritt. Dann möchte ich noch Folgendes anmerken: Solar sei schwer skalierbar und teuer, weil kleinteilig. Das galt vielleicht vor fünf oder zehn Jahren. Heute ist sie die günstigste Energieerzeugungsart. Bern hat ausserdem eine wirklich gute Einspeisevergütung im Vergleich mit anderen Gemeinden. Ich glaube, EWB macht da nicht so einen schlechten Job. Daher bitte ich euch abschliessend: Lasst uns mit einem intelligenten, ganzheitlichen Solarausbau vorwärts machen und keine einfachen Verdoppelungsziele verfolgen. Lassen wir unnötige Streufeuer in Form solcher Vorstösse in Zukunft sein. Ich glaube, das ist im Sinne von uns allen.

Präsident: Für die Fraktion GB/JA!, Mirjam Läderach.

Mirjam Läderach (GB) für die Fraktion: Der Solarausbau muss rasch vorwärts gehen, und zwar in erster Linie auf bestehender Infrastruktur, auf Dächern und an Fassaden. Das Potenzial, wir haben es schon gehört, ist riesig und bisher kaum genutzt. In diesem Punkt ist die GB-JA!-Fraktion mit den Motionär*innen einig. Bei vielen weiteren Aspekten vermissen wir jedoch die Ambition. Die Forderung der Motion, die Solarfläche von 4% auf 8% zu verdoppeln, greift aus Sicht der GB-JA!-Fraktion viel zu kurz und ist angesichts der Dringlichkeit der Klimakrise fast schon beschämend bescheiden. Die neue Energie- und Klimastrategie (EKS), über die wir im Februar diskutiert und die wir zur Kenntnis genommen haben, sieht nicht nur eine Verdoppelung, sondern eine Versechsfachung vor. Konkret soll die Stromproduktion aus PV bis 2035 um etwa 600% gegenüber dem Stand von 2021 erhöht werden. Es ist also auffallend, wie die Motion deutlich unter den Zielen der EKS und den zusätzlichen, gemeinsam überwiesenen Planungserklärungen im Bereich Solarenergie bleibt. Diese Diskrepanz erstaunt besonders, weil die Grundzüge und die Ziele der Strategie zum Zeitpunkt der Einreichung eigentlich bereits bekannt waren. Auch die EKS ist uns zu zaghaft, das haben wir bereits bei der Diskussion im Februar klar gemacht. Die GB-JA!-Fraktion sieht die Energie- und Klimastrategie als Schritt in die richtige Richtung, sie reicht aber nicht und ist zu langsam. Wenn die Stadt im Solarausbau wirklich Vorreiterin sein will, müssen neue Ansät-

ze aufgenommen und mit Tempo umgesetzt werden. Die GB-JA!-Fraktion begrüsst das Ziel der Motion, dass EWB als städtisches Unternehmen in die Pflicht genommen wird, diesen Solarausbau voranzubringen. Auch der Gemeinderat meint in seiner Antwort, dass die Energie- und Klimastrategie für EWB verbindlich ist. Das ist unbestritten. Was uns jedoch an der vorliegenden Motion irritiert, ist, dass EWB keine eigenen Projekte finanzieren soll, sondern lediglich koordinieren, Impulse geben und einen runden Tisch mit den Beteiligten einberufen soll. Ein runder Tisch ist schön und gut, aber dann wollen wir auch die echten Big Player am Tisch sehen, also die grossen Liegenschaftsbesitzenden wie Versicherungen, Pensionskassen und nicht zuletzt die Burgergemeinde. Der Gemeinderat betont in seiner Antwort die Bedeutung der Energie- und Klimakommission der Stadt. Die Kommission ist unbestritten ein gutes Beratungsgremium, aber die Umsetzung der Forderungen der Motion und ganz allgemein die Umsetzung der Solaroffensive in der Stadt Bern liegt klar in der Verantwortung des Gemeinderats. Wir erwarten, dass er neben EWB auch die grossen Liegenschaftsbesitzenden in die Pflicht nimmt. Diese müssen ihren Beitrag leisten und ihre Gebäude und Fassaden mit Solaranlagen ausstatten, damit der Zubau nicht bloss ein nettes Ziel bleibt, sondern wirklich vorankommt. Insbesondere bei der Burgergemeinde als eine der grössten Grundeigentümer*innen Berns fordern wir mehr Verbindlichkeit. Darum haben wir vor der Sommerpause einen Vorstoss eingereicht. Der Gemeinderat soll mit der Burgergemeinde einen Vertrag aushandeln, der vorsieht, dass bis 2040 alle geeigneten Dächer der Burgergemeinde mit Solaranlagen ausgestattet werden. Die GB-JA!-Fraktion wird der Motion zustimmen, auch wenn sie aus unserer Sicht zu kurz greift und kaum Wirkung entfalten wird.

Präsident: Für die Fraktion FDP, Thomas Hofstetter.

Thomas Hofstetter (FDP) für die Fraktion: Zuerst möchte ich Roger danken für sein Votum. Dem kann ich mich hundertprozentig anschliessen. Die Fraktion FDP ist gegenüber Solarstrom und dem Bau von PV-Anlagen sehr positiv eingestellt und unterstützt die Stossrichtung dieses Geschäfts. Trotzdem werden wir dieser Motion nicht zustimmen. Warum? Erstens: Der Grossteil der Forderungen dieser Motion sind in der neuen Energie- und Klimastrategie enthalten. Zweitens: Die neuen Aufgaben zur Förderung des Solarausbaus benötigen zusätzliche personelle Ressourcen. Diese zusätzlichen personellen Ressourcen können ihre Aufgabe nicht erfüllen, da der Gemeinderat keine Möglichkeit hat, auf den bestehenden Gebäuden von Privaten in der Stadt Solaranlagen auf rechtllichem Weg einzufordern. Die Aufgabe dieser personellen Ressourcen beschränkt sich somit auf das Informieren und Beraten der Hauseigentümer*innen. Wer aber von den Hauseigentümer*innen braucht noch eine Beratung der Stadt Bern? Niemand, denn es gibt bereits ein grosses Angebot an professionellen Solarberater. Es besteht überhaupt kein Bedürfnis nach einem städtischen Angebot. Ich kenne einige Liegenschaftsbesitzer, welche bereits in Solaranlagen investiert haben oder dies noch machen möchten. Aber niemand von diesen hat auf die Kommunikations-, Informations- und Sensibilisierungsmassnahmen der Stadt gewartet. Wer eine Liegenschaft in der Stadt Bern besitzt, kann sich beim Hauseigentümerverband, bei EWB oder bei einem Gebäudetechnikunternehmen seines Vertrauens ausführlich informieren. Die Forderung der Motion bläht die Verwaltung nur auf, ohne einen wertstiftenden Nutzen zu haben. Das ist der wichtigste Punkt. PV-Anlagen müssen rentieren, das heisst der Vergütungspreis für Strom muss attraktiv sein. Denn nur so macht es für die Liegenschaftsbesitzer*innen Sinn, in Solaranlagen zu investieren. Wenn das Installieren von PV-Anlagen ein finanzielles Verlustgeschäft ist, macht es niemand. In diesem Zusammenhang

ist EWB ein Kränzchen zu winden, denn der Vergütungspreis für Solarstrom EWB ist vorbildlich. Im Gegensatz zum Beispiel zur BKW. Nochmals nur wenn der Vergütungspreis für Solarenergie angemessen ist, werden die Liegenschaftsbesitzer*innen investieren. Das ist der wirksamste Hebel. Alles andere ist vergebliche Liebesmühe. Vielen Dank.

Präsident: Für die Fraktion SVP, Stephan Ischi.

Stephan Ischi (SVP) für die Fraktion: Ich komme einfach nicht dahinter, was ihr mit dieser Motion beabsichtigt. Wer sich im echten Leben schon einmal effektiv mit der Renovierung von Immobilien auseinandergesetzt hat, ist nicht um die Energieberatung Bern-Mittelland herumgekommen. Sie ist sehr sichtbar und präsent. Dort kann man nicht einfach ein paar Siliziumblätter auf das Dach legen. Sondern die Beratung von Spezialisten aus verschiedenen Bereichen, die analysieren die gesamte Liegenschaft umfassend. Geht es euch also um den Umweltschutz oder um 2-3 Silizium-Plättchen? Wenn euch der Umweltschutz wichtig ist, dann ist die Energieberatung der Stadt Bern genau das Richtige für euch. Sie analysiert das Ganze umfassend und erstellt einen Empfehlungsbericht. Auf dieser Grundlage könnt ihr die massgeblichen Renovationen realisieren. Noch einmal: Sie ist für alle, die sich in diesem Netzwerk mit Immobilienrenovationen beschäftigen, sehr sichtbar. Die Forderung der Motion ignoriert zentrale wirtschaftliche und ordnungspolitische Grundsätze. Es kann nicht die primäre Aufgabe einer städtischen Anstalt sein, federführende Impulsgeberin zu sein und Kampagnen voranzutreiben. Der Ausbau der Solarenergie muss marktwirtschaftliche Anreize und Eigeninitiativen der Hauseigentümer erfordern. Auch der Hauseigentümerverband setzt sich dafür ein. Also im Moment läuft gerade eine Messe „Bauen Wohnen Energie Bern“ und wir haben dort einen Stand. Das war noch spannend. Ich war heute Morgen dort. Die Leute kommen nicht und fragen, was sie machen sollen, sondern sie wissen genau, dass es die Energieberatung in Bern gibt, und dann geht es um Details. Die wollen wissen, was dort gemacht werden muss. Der Hauseigentümer will also sanieren – und zwar nicht nur drei oder vier Siliziumblätter, sondern umfassend und wirklich global. Es ist fraglich, ob die EWB neben ihren bestehenden Aufgaben – Versorgungssicherheit, Netzunterhalt und Preisstabilität – überhaupt noch eine zusätzliche Rolle in dieser Impulsgebung übernehmen kann. Denn der Ökofonds, über den jetzt immer gesprochen wurde, ist auch nicht unerschöpflich. Am Ende zahlen eure so arg unter Schutz gestellten Mieter den Preis für die Einzahlung des Ökofonds. Statt neuen Runden Tischen, weiteren staatlichen Eingriffen und Märchen, die man der Hauseigentümerschaft, in der es im Moment wirklich viel Bewegung gibt, erzählen will, braucht es saubere Bewilligungsverfahren und attraktive Investitionsanreize. Eine staatliche Steuerung ist nicht nötig. Darum lehnen wir von der Fraktion die Motion ab.

Präsident: Für die Fraktion Mitte, Laura Curau.

Laura Curau (Mitte) für die Fraktion: Die Mitte steht hinter der Förderung der Solarenergie und respektiert die Planungserklärung, die fordert, dass die Solarenergie noch stärker in der Energie- und Klimastrategie 2035 aufgenommen wird. Die Stadt ist hier dran. Die Verwaltung informiert auch regelmässig die Energie- und Klimakommission und durch Antworten auf Vorstössen. Sie sind mit noch deutlich ambitionierteren Zielen unterwegs, als es die Motion fordert. Wir sind uns mit den Motionären einig, dass es noch mehr Engagement für mehr Solarenergie in der Stadt braucht. Solche Motionen als Beschäftigungstherapie auf dem Weg sind jedoch nicht nötig. Ich freue mich

sehr, dass von linker Seite Forderungen nach Werbekampagnen kommen. Das ist doch einmal ganz überraschend. Aber leider muss ich sagen, dass es hier nicht zielführend ist. Ich habe selbst in diesem Bereich bei Energie Schweiz gearbeitet, die zahlreiche Kampagnenarbeit leistet, auch zusammen mit Städten, im Bereich Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Jede Untersuchung zeigt, dass wenn man wirklich ganz spezifisch die Immobilienbesitzende angehen will, dass man dann nicht die Öffentlichkeit informieren muss. Nicht die Massen dieser Stadt haben es heute in der Hand, darüber zu entscheiden, ob sie Solarstrom auf ihrem Dach wollen. Die Eigentümer müssen fast schon im Einzelantrieb motiviert werden. Das kann man gut oder schlecht finden. Ich würde es auch besser finden, dass sie sich von der Kampagne der letzten 20 Jahre motivieren lassen würden, wir wären schon weiter. Aber im Moment sind wir wahrscheinlich an dem Punkt, an dem man fast im Einzelantrieb motivieren muss. Da hilft keine teure Kampagne, die sich an alle richtet. Da helfen die Energiefachstellen, die bereits mehrfach erwähnt wurden. Sie sprechen mit den Eigentümern*innen über mehr als nur Solarzellen auf dem Dach: Sie beraten auch über erneuerbare Heizsysteme, Elektromobilitätsinfrastruktur für die Mieter*innen oder Speicherinfrastruktur. Runde Tische sind wunderbar. Aber seien wir ehrlich: Wenn noch einmal alle zusammenkommen, die sowieso schon wissen, dass sie Solarenergie fördern wollen, aber kein Eigentümer dabei ist, dann bringt jeder schöne runde Tisch nichts. Die Mitte respektiert die Aufgabenteilung zwischen der Stadt und EWB und kann damit leben, dass die Motion als Richtlinie erheblich erklärt wird.

Präsident: Merci, ich habe einen Ordnungsantrag von Roger Nyffenegger.

Roger Nyffenegger (GLP) für die Fraktion: Ich stelle den Antrag, dass wir dieses Traktandum noch zu Ende diskutieren.

Präsident: Wir stimmen ab über diesen Ordnungsantrag.

Abstimmung Nr. 032

2024.SR.0300: Ordnungsantrag

Annahme

Ja	53
Nein	15
Enthalten	2

Präsident: Ihr habt diesen Antrag angenommen. Somit hat das Wort für die Fraktion GFL, Christoph Leuppi.

Christoph Leuppi (GFL) für die Fraktion: Die GFL wird diese Richtlinienmotion annehmen. Wir unterstützen das Ziel, die Solarflächen auf den Dächern der Stadt zu verdoppeln und weiter zu erhöhen. Das ist zwingend notwendig, wenn wir unsere Energie- und Klimastrategie wirklich ernst nehmen wollen. Das gleiche Anliegen wurde ja, wie auch schon bereits erwähnt, mit der überwiesenen Planungserklärung der RWSU in der Energie- und Klimastrategie 2030 in der Massnahme EGG 10 verankert. Dort sind Umsetzungsschritte definiert, die das Maximum aus den kantonalen Vorgaben herausholen sollen. Aber klar ist auch: Für den Solarausbau braucht es auch ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen. Es wäre widersinnig, ambitionierte Ziele zu beschliessen und dann bei der Umsetzung zu sparen. Genau das wurde ja zum Glück mit einer

Planungserklärung in der Budgetdebatte verankert. Wir hoffen sehr, dass das auch entsprechend umgesetzt wird. Gleichzeitig sind wir der Meinung – und dabei möchte ich auch auf den Vorredner der GLP eingehen –, dass es sich lohnt, den Blick etwas zu weiten. Denn das sehe ich gleich. Die Diskussion über Dachflächen ist wichtig, aber fast zu kleinteilig. Entscheidend wäre, endlich einen verbindlichen Solarstromanteil von mindestens 10% in der Grundversorgung festzulegen. Doch Ausbau allein genügt nicht. Bei Gesprächen mit EWB wurde der GFL-Fraktion gesagt, dass insbesondere die Netzstabilität und Einspeisungstarife problematisch seien. Hier braucht es zwingend Innovationen, wie etwa dynamische Tarife. Die Zentralschweizerischen Kraftwerke haben diese beispielsweise bereits eingeführt. Dadurch können Lastspitzen geglättet und auch der Netzausbau auf ein vernünftiges Mass begrenzt werden. Das wäre ein echter Hebel für Kosten und Klimaschutz zugleich. Offenbar möchte EWB das im Moment aber nicht, was sehr schade ist. Stattdessen wurde ein Förderprogramm für Speicher von Solarstrom eingeführt. Der Beitrag mit nur 100 Franken pro Kilowattstunde ist aber sehr tief. Wir finden, EWB müsste hier bei der Integration von Solarstrom ins Verteilnetz offensiver sein. Die Verdoppelung der Solarflächen ist ein notwendiger Schritt. Davon kommen wir nicht weg, aber noch wichtiger ist es, dass wir das System als Ganzes denken: Wir brauchen klare Ausbauziele, faire Tarife und intelligente Netze. Nur so kommen wir vorwärts und nur so wird Bern zu einer wirklichen Solarstadt.

Präsident: Gibt es noch Voten aus dem Saal? Als Einzelsprecher Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Ich habe mir auch überlegt, einen Ordnungsantrag zu stellen. Ich habe ihn leider nicht gestellt. Es ist 22:30 Uhr und wir haben einen sehr strengen Tag hinter uns. Wir hatten noch eine Abendveranstaltung, weshalb ich es kurz mache. Denkt bei den Solaranlagen mit dieser Verdoppelung daran, dass viele Dächer nicht geeignet sind. Ich habe immer gesagt: Ich biete immer Hand an. Bei Industriebauten oder grossen landwirtschaftlichen Grundstücken kann man etwas machen, aber bei Krüppelwalmdächer geht "Laubsägeli"-Arbeit nicht. Dann ist für mich auch der Ansatzpunkt. Das wurde bereits vorher gesagt. Ich möchte nicht Eulen nach Athen tragen. EWB könnt ihr dann auch nicht verpflichten, mit den privaten Eigentümern dieser Liegenschaften Solaranlagen zu installieren, wenn es dort nicht geeignet ist. Ich sage es euch noch einmal: 9 % dieser Ausstösse stammen von EU-Ländern. Wir bewegen uns hier im Promillebereich. Man kann uns das Fleisch verbieten, wie man will, das ändert nichts am Weltklima. Immer wenn ich in China oder der Mongolei bin, sehe ich dort neue grosse Kohlekraftwerke. Was wir machen, ist teilweise einfach Schikane. Ihr seht es ja jetzt an gewissen Orten – ich meine auch mit den anderen Vorstössen – dass man den Leuten sagt: „Gas dürft ihr nicht mehr haben.“ Die EWB-Karte sagt, dass man dort eine Wärmepumpe und eine Erdsonde installieren könnte. Teilweise ist das jedoch nicht möglich, da es geologisch nicht zugelassen ist. An gewissen Orten kommt dann auch der Denkmalschutz. Wenn die Leute nachher fragen, was sie machen sollen, heisst es, es sei die Aufgabe des Eigentümers. Nur damit ihr es wisst: Das ist die städtische Rot-Grün-Energiepolitik – ein Fiasko.

Präsident: Dann hat für den Gemeinderat das Wort Alec von Graffenried.

Alec von Graffenried, Direktor SUE: Herzlichen Dank für diese Diskussion. Der Gemeinderat ist bereit, diese Motion entgegenzunehmen. Es wurde bereits gesagt, dass unsere eigenen Ziele ambitionierter sind als die in der Motion. Nichtsdestotrotz nehmen wir die Motion entgegen. Ich möchte nur davor warnen. EWB wird nicht alle unsere Pro-

bleme beim fehlenden Solarzubau in der Stadt Bern lösen können. EWB leistet durch vorteilhafte Einspeisevergütungen bereits einen wichtigen Beitrag. Die Arbeit müssen wir selber machen. Leider wurde die Arbeit, durch die nicht angenommene Solarinitiative, nicht erleichtert. Es wird eine neue Solarinitiative kommen. Wir haben die Energievorschriften für Neubauten im Bestand, trotzdem bleibt die Arbeit anspruchsvoll. Wir haben neue Instrumente mit den LEG (Lokale Elektrizitätsgemeinschaft) und den ZEV (Zusammenschluss zum Eigenverbrauch), die wir dafür einsetzen können. Die Arbeit bleibt aber bei der Stadt im Verbund mit EWB, damit wir das Beste herausholen und die ambitionierten Ziele des Gemeinderats, die über die in der Motion genannten hinausgehen, erreichen können. Sie können dieser Motion zustimmen oder auch nicht. Wir werden so oder so in Richtung Solarzubau in der Stadt vorwärtsgehen. Aber die Versorgung der Stadt Bern mit erneuerbarem Strom werden wir allein in der Stadt Bern nicht lösen können. Dafür braucht es auch Solaranlagen ausserhalb der Stadt Bern. Und dafür braucht es alle übrigen Energieträger genau gleich, wie zum Beispiel auch die KWO. Wir kämpfen dafür, dass wir für EWB vorteilhafte Bedingungen für die Zukunft erreichen können. Herzlichen Dank und einen schönen Abend miteinander.

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung. Wer diesen Vorstoss als Richtlinienmotion erheblich erklären will, stimmt Grün, wer sie ablehnt, Rot.

Abstimmung Nr. 033

2024.SR.0300

Annahme als Richtlinienmotion

Ja	55
Nein	12
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt diesen Vorstoss erheblich erklärt. Wir sind somit am Ende der heutigen Sitzung. Ich wünsche euch einen schönen Abend und bis in 14 Tagen.

Verschoben und eingereicht

Verschobene Traktanden

Der Stadtrat verschiebt die Beratung der folgenden Traktanden auf eine spätere Sitzung:

Traktandum: 11 | 2021.SR.000129

Postulat Fraktion GB/JA! (Eva Krattiger, JA!/Katharina Gallizzi, GB): Klimabudget nach dem Vorbild von Oslo auch für Bern; Prüfungsbericht

Traktandum: 12 | 2025.SR.0064

Motion: Förderung einheimische Produktion erneuerbarer Gase und Verbesserung Sammlung biogener Abfälle!; Ablehnung/Annahme Postulat/Prüfungsbericht

Traktandum: 13 | 2025.SR.0097

Postulat: Langfristige Sicherstellung der Gasversorgung; Ablehnung

Traktandum: 14 | 2025.SR.0096

Postulat: Prüfung der Weiterverwendung des Gasnetzes: z.B. Verkauf an Dritte Abgabe im Baurecht? Wie können die drohenden Verluste, die infolge des vorge-

sehenen Abbruchs der bestens ausgebauten Gasleitungen entstehen, minimiert werden?; Ablehnung

Traktandum: 15 | 2018.SR.000129

Interfraktionelle Motion GB/JA!, SP/JUSO, AL/GaP/PdA (Leena Schmitter, GB/Se-raina Patzen, JA!/Yasemin Cevik, SP/Christa Ammann, AL) - übernommen durch Katharina Gallizzi (GB): Keine Kostenüberwälzungen auf OrganisatorInnen von nicht-kommerziellen, ideellen oder politischen Veranstaltungen; Begründungsbericht

Traktandum: 16 | 2025.SR.0052

Motion: Lärm, Stress und Schadstoffe reduzieren: Einschränkung von Feuerwerk zum Schutz von Mensch, Tier und Umwelt; Ablehnung/Annahme als Postulat/Prüfungsbericht

Traktandum: 17 | 2025.SR.0125

Interpellation: Fraktion FDP Auswirkungen und Umsetzungsprobleme des Vollzugskonzepts Geschäftsauslagen – Klärungsbedarf zur Gleichbehandlung und Sicherheit im öffentlichen Raum; Antwort

Traktandum: 18 | 2025.SR.0135

Interpellation: Vegane Mensen – wird die Universität Bern zum Vorbild für die Stadt Bern?; Antwort

Traktandum: 19 | 2025.SR.0191

Interpellation: Polizeigewalt an Palästina-Demo; Antwort

Eingereichte Vorstösse

Anlässlich der heutigen Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:

<https://stadtrat.bern.ch/de/aktuelles/meldungen/4576448609.php>

2025.SR.0378 | Motion | Eingereicht

Motion: Stadtteilpark Egelsee: Etappierung statt Resignation

2025.SR.0377 | Motion | Eingereicht

Motion: Schulraum Baumgarten: Kinderfreundliche Rahmenbedingungen schaffen

2025.SR.0379 | Motion | Eingereicht

Interfraktionelle Motion: Koexistenz auf der Thunstrasse verwirklichen

2025.SR.0380 | Motion | Eingereicht

Motion: Prüfung Wärmverbünde mit anderen Gemeinden, insbesondere im Stadtteil IV

2025.SR.0382 | Motion | Eingereicht

Motion: Schulkreisgrenzen sind keine «Berliner Mauer»!

2025.SR.0387 | Motion | Eingereicht

Motion Fraktion GB/JA!: Einführung von Schulstrassen

2025.SR.0388 | Motion | Eingereicht

Motion: Nachtfahrverbot für Mähroboter - für Igel und andere Kleintiere

2025.SR.0385 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage Alexander Feuz, SVP/Thomas Glauser, SVP: Abgewiesene Asylbewerber und EU-Ausländer ohne gültige Aufenthaltsberechtigung, die nicht nur «nothilfemässig» während einer Nacht sondern während Tagen und Wochen auf Kosten der Stadt in öffentlichen Passantenheimen logierten: Wieso negieren der Gemeinderat und die BSS die Rechtsprechung des Bundesgericht zu Art. 12 BV?

2025.SR.0384 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Turnhalle Schulhaus Gaswerkareal im Winter zu kalt im Sommer zu heiss

2025.SR.0386 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage Alexander Feuz, SVP/Thomas Glauser, SVP: Thunstrasse Bern: Verbesserung der Signalisierung auf dem Trottoir im Sinne der Verbesserung der Verkehrssicherheit aller Verkehrsteilnehmer!

2025.SR.0389 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage Fraktion GB/JA! (Franziska Geiser, GB/Anna Leissing, GB): Wie positioniert sich der Gemeinderat zur Podiumsdiskussion «Der neue Kulturkampf»?

2025.SR.0381 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Neue Hotline-Struktur zur Unterstützung von Betroffenen in häuslicher Gewalt

2025.SR.0383 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Stand und Weiterentwicklung der Umsetzung der Istanbul-Konvention in der Stadt Bern

2025.SR.0390 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Die Swiss Skills gehen nach St. Gallen - hat sich die Stadt Bern ausreichend für das eigene Dossier eingesetzt?

Schluss der Sitzung: 22.39 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

13.03.2026

X



Signiert von: THOMAS CHRISTIAN BERGER

für das Protokoll

14.03.2026

X



Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Redaktion: Clara Rüsi